D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 33
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

14. August 1981
Preis 1 DM

Hintergründe um dem Bau der Mauer vor 20 Jahren
Mit dem Mauerbau sicherte sich die SED-Führung ihre Herrschaft. Der Aufbau des Sozialismus in der jungen DDR war mißlungen .... Seite 3



Frankreich: Der Fall Massie wird zum Skandal
Die Untersuchung eines Polizistenmordes bringt enge Beziehungen zwischen Rechtsgaullisten und einer terroristischen Bürgerwehr ans Licht ... Seite 8

Argumente im Kampf gegen die Startbahn West
Regionale Freizeitinteressen hätten sich den Gesamtinteressen unterzuordnen, sagt Holger Börner. Aber was er präsentiert, sind falsche Karten . S. 11

Debatte in der Linken um die 35-Stunden-Woche
Welcher Kurs soll verfolgt werden? Positionen der DKP, des KABD, der GIM und der Zeitschriften „Revier" und „Express" .... Seite 13

Neutronenbombe und NATO-Doktrin

Von Lutz Plümer

Am vergangenen Samstag, kurz bevor er sich in Urlaub auf seinen Landsitz in Südkalifornien begab, setzte Roland Reagan noch seine Unterschrift unter die Anordnung zum Bau der Neutronenwaffe, deren Fertigung unter Jimmy Carter nach massiven Protesten in Westeuropa zwar gestoppt, die in ihren Einzelteilen gleichwohl weiterentwickelt worden war und von der inzwischen bekannt ist, daß sie in einigen Versionen bereits existiert. Kurz vor der Entscheidung Reagans soll es noch zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen Verteidigungsminister Weinberger und Außenminister Haig gekommen sein. Der ehemalige NATO-Oberkommandierende Haig ist beileibe kein Gegner des Baus der Neutronenbombe. Noch in Brüssel hatte er 1978 die Neutronenbombe als „militärisch äußerst wünschbaren Schritt der Modernisierung" bezeichnet. Trotzdem hielt er die Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt angesichts der anhaltenden Opposition gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen für inopportun. Haig hätte es vorgezogen, zunächst die Auseinandersetzung über die Mittelstreckenraketen auszutragen, bevor die Entscheidung über den Bau der Neutronenbombe präsentiert wird.

Weinberger und Reagan aber hielten es offenbar gerade auch angesichts der Opposition in Westeuropa für klug, gerade zu diesem Zeitpunkt die Entscheidung über den Bau der Neutronenbombe zu präsentieren. Wo käme man hin, wenn man seine Entscheidungen von den in Europa herrschenden Stimmungen abhängig mache?

Als entwickelte atomare Gefechtswaffe eignet sich die Neutronenbombe zur Abschreckung einer vorstoßenden Panzerarmee. Freilich läßt sie sich auch hervorragend zur Vorbereitung eines Angriffs mit Panzerwaffen durch vorherige Vernichtung des feindlichen Panzerpotentials gebrauchen.

Die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten traf offenbar selbst die Verbündeten europäischen NATO-Regierungen aus heiterem Himmel, folgt man ihren öffentlichen Erklärungen. Allerdings nicht alle. Margret Thatcher, bekannt als eifrige Befürworterin dieser neuen Waffe, soll vorher unterrichtet gewesen sein. Prinzipiell aber handele es sich um eine rein amerikanische Angelegenheit, erklärte Weinberger, an eine Stationierung in Europa sei gegenwärtig nicht gedacht. Wenn sie gebraucht würde, könne sie allerdings innerhalb weniger Stunden eingeflogen werden. Vorher allerdings würden die betroffenen Länder konsultiert.

Die unmittelbaren Auswirkungen der Neutronenbombe sind nicht verheerender als die der bereits existierenden, in Europa stationierten atomaren Gefechtswaffen. Das neue an der Neutronenbombe besteht darin, daß die Druck- und Hitzewirkung schwächer ist, daß ihre Hauptwirkung in der kurzfristig wirkenden Neutronenstrahlung besteht, die abgegebene radioaktive Strahlung, die langfristig ganze Gebiete verseucht, aber relativ gering ist. Deshalb kann sie Panzerbesatzungen – und natürlich auch Zivilbevölkerung – vernichten, ohne große Gebäudeschäden anzurichten, und das Einsatzgebiet kann bereits nach kurzer Zeit wieder von Panzern durchfahren werden.

Bestimmt ist die Argumentation zynisch, daß die Neutronenwaffe den Vorteil habe, daß sie bloß Menschen, nicht aber Gebäude vernichte. Nicht zynischer allerdings als das, was zur Begründung der bereits stationierten Atomwaffen vorgetragen wird. Gefährlich ist die Neutronenwaffe vor allem deshalb, weil sie die Schwelle zum Einsatz von Nuklearwaffen bedeutend senkt – gerade aufgrund der an ihr gepriesenen „chirurgischen Wirkung", die die Abschreckung glaubhafter mache.

Die Neutronenwaffe soll ein Gegengewicht zur Übermacht des Warschauer Paktes an Panzerwaffen darstellen, denen mit den konventionellen Waffen der NATO nicht beizukommen sei. Gerade das aber macht es *unwahrscheinlicher*, daß auch ein konventionell beginnender Krieg *nicht* in einen nuklear geführten Krieg umschlägt, dessen weitere Eskalation politisch kaum noch kalkulierbar wäre.

Egon Bahr hat die Neutronenwaffe als die „Perversion des Denkens" bezeichnet. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. In der Neutronenwaffe kommt nur heraus die Perversion der gültigen NATO-Doktrin, die von vornherein davon ausgeht, daß auch ein konventionell vorgetragener Angriff des Warschauer Paktes nur durch den Einsatz nuklearer Waffen zurückgeschlagen werden kann, wobei die physische Vernichtung jedenfalls eines größeren Teils der westdeutschen Bevölkerung von vornherein einkalkuliert ist. Wird die Bundesregierung wenigstens ein Einspruchsrecht gegen eine Stationierung der Neutronenwaffe in Westdeutschland haben? Regierungssprecher Rühl erklärte, eine Stationierung werde nicht ohne Zustimmung der Bundesregierung erfolgen. Später war von Konsultation die Rede. Ein andermal hieß es wiederum, man werde „bestimmt vorher unterrichtet". Die „Lance"-Systeme und die Feldhaubitzen, mit denen sie abgeschossen werden können, stehen bereits hier. Und auch wenn es formelle Einspruchsrechte gibt – im Rahmen des bestehenden Verteidigungskonzeptes, das gegenüber einer konventionellen Übermacht des Warschauer Paktes auf die nukleare Abschreckung durch die USA setzt, wird sich die Bundesregierung einem amerikanischen Verlangen nach Stationierung schwerlich entziehen.

Beide Supermächte basieren ihre Militärdoktrinen längst nicht mehr hauptsächlich auf der abschreckenden Wirkung der Nuklearwaffen. Beide entwickeln seit langem die Techniken, einen Krieg auch nuklear führbar zu machen. Im Rahmen einer solchen Doktrin ist der Bau der Neutronenwaffe konsequent. Mindestens wird man von der Bundesregierung verlangen müssen, ein striktes Verbot für die Stationierung von Neutronenwaffen auszusprechen. Das allein reicht aber nicht. Nicht nur in der BRD kommt es darauf an, der Regierung eine Außen- und Verteidigungspolitik aufzuzwingen, die sie nicht in die sklavische Abhängigkeit von der amerikanischen Supermacht bringt und die die europäischen Völker aus der Rolle befreit, Spielball und Opfer des Ringens der beiden Supermächte zu sein.

wickelt worden war und von der inzwischen bekannt ist, daß sie in einigen Versionen bereits existiert. Kurz vor der Entscheidung Reagans soll es noch zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen Verteidigungsminister Weinberger und Außenminister Haig gekommen sein. Der ehemalige NATO-Oberkommandierende Haig ist beileibe kein Gegner des Baus der Neutronenbombe. Noch in Brüssel hatte er 1978 die Neutronenbombe als „militärisch äußerst wünschbaren Schritt der Modernisierung" bezeichnet. Trotzdem hielt er die Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt angesichts der anhaltenden Opposition gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen für inopportun. Haig hätte es vorgezogen, zunächst die Auseinandersetzung über die Mittelstreckenraketen auszutragen, bevor die Entscheidung über den Bau der Neutronenbombe präsentiert wird.

Weinberger und Reagan aber hielten es offenbar gerade auch angesichts der Opposition in Westeuropa für klug, gerade zu diesem Zeitpunkt die Entscheidung über den Bau der Neutronenbombe zu präsentieren. Wo käme man hin, wenn man seine Entscheidungen von den in Europa herrschenden Stimmungen abhängig mache?

lem deshalb, weil sie die Schwelle zum Einsatz von Nuklearwaffen bedeutend senkt – gerade aufgrund der an ihr gepriesenen „chirurgischen Wirkung", die die Abschreckung glaubhafter mache.

Die Neutronenwaffe soll ein Gegengewicht zur Übermacht des Warschauer Paktes an Panzerwaffen darstellen, denen mit den konventionellen Waffen der NATO nicht beizukommen sei. Gerade das aber macht es *unwahrscheinlicher*, daß auch ein konventionell beginnender Krieg *nicht* in einen nuklear geführten Krieg umschlägt, dessen weitere Eskalation politisch kaum noch kalkulierbar wäre.

Egon Bahr hat die Neutronenwaffe als die „Perversion des Denkens" bezeichnet. Das ist aber nur die halbe Wahrheit. In der Neutronenwaffe kommt nur heraus die Perversion der gültigen NATO-Doktrin, die von vornherein davon ausgeht, daß auch ein konventionell vorgetragener Angriff des Warschauer Paktes nur durch den Einsatz nuklearer Waffen zurückgeschlagen werden kann, wobei die physische Vernichtung jedenfalls eines größeren Teils der westdeutschen Bevölkerung von vornherein einkalkuliert ist. Wird die Bundesregierung wenigstens ein Einspruchsrecht gegen eine



In der Ostsee, nahe der polnischen Grenze, findet neuerlich ein gemeinsames Flottenmanöver sowjetischer, tschechoslowakischer und polnischer Verbände statt, die sowjetische Kriegsflotte, die immer mehr Einheiten in die Ostsee entsendet, soll in Alarmzustand versetzt worden sein. *(Archivbild)*

Saudi-Arabiens Friedensplan

Das Recht aller Staaten auf Frieden

chm. Der saudische Premierminister, Prinz Fahd, hat einen neuen Friedensvorschlag für eine Gesamtlösung im Nahen Osten vorgelegt:

1. Rückzug Israels aus allen im Krieg von 1967 besetzten Gebieten einschließlich dem arabischen Teil Jerusalems,
2. Auflösung der jüdischen Siedlungen in den 1967 besetzten Gebieten,
3. Garantie für die freie Religionsausübung aller Religionsgemeinschaften – Moslems, Juden und Christen – im Heiligen Land einschließlich Jerusalems,
4. Anerkennung des Rechtes aller Palästinenser auf Rückkehr in ihr Heimatland und auf Entschädigung für jene, die nicht zurückkehren wollen,
5. Treuhandschaft der Vereinten Nationen über Westjordanien für die Dauer weniger Monate,
6. Bildung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit dem arabischen Teil Jerusalems als Hauptstadt,
7. Anerkennung des Rechtes aller Staaten im Nahen Osten auf eine Existenz in Frieden,
8. Die Vereinten Nationen oder einige ihrer Mitgliedstaaten garantieren die Einhaltung und Durchführung der Bestandteile des Abkommens.

Den Plan bezeichnete Fahd als eine Zusammenstellung verschiedener UN-Dokumente und Resolutionen, was auch richtig ist. Seine Bedeutung liegt darin, daß es gerade Saudiarabien ist, die ihn vorlegt – nach Israel und Ägypten der dritte Staat im Nahen Osten, auf den die USA ihre größten Hoffnungen beim Aufbau einer antisowjetischen Front setzen. Saudiarabien hat ein Interesse an dem Aufbau dieser Front, hat jedoch wiederholt erklärt, daß es sich nur daran beteiligen werden, wenn die Palästinafrage gelöst sei. Den Lösungsweg, den die USA ihr vorgeschlagen haben, das Separatabkommen von Camp David zu unterstützen, hat es abgelehnt.

Daß dieser Plan unmittelbar nach Sadats Erklärungen in den USA kommt, ist wichtig. Sadat hatte die USA aufgefordert, die PLO anzuerkennen und sie in den Friedensprozeß im Nahen Osten einzubeziehen. Er berief sich dabei auf die bereits vollzogene *faktische* Anerkennung der PLO durch Israel, wie sie sich in den am 24.7. durch Vermittlung des amerikanischen Unterhändlers Habib und unter Mitwirkung Saudiarabiens geschlossenen Waffenstillstand im Libanon manifestiert. Sadat schlug den USA vor, falls sie vorerst nicht direkt mit der PLO verhandeln wollten, dann sollten sie doch Kontakte mit den Bürgermeistern in den besetzten Gebieten aufnehmen, die mit der PLO sympathisierten.

Der saudische Plan weicht in wesentlichen Punkten von den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenzen ab. In dem Plan wird die PLO nicht erwähnt. Der Plan differenziert zwischen Flüchtlingen, die zurückkehren und solchen die nicht zurückkehren wollen und entschädigt werden. Zum ersten Mal, wenn man von Ägypten absieht, erklärt ein arabischer Staat, daß *alle* Staaten der Region das Recht haben, in Frieden zu leben.

Fahds Vorschlag baut auf die langfristigen Interessen der USA in der Region auf und nutzt geschickt die Isolierung Israels, die massive Kritik, die z.B. die großen jüdischen Verbände sowohl an seiner Politik gegenüber dem Libanon als auch an Begins Regierungserklärung geübt haben.

An die europäischen Staaten richtete Fahd die Empfehlung, die „europäische Initiative" neu zu beleben. Die europäischen Staaten sollten Vermittler sein zwischen der USA und dem Nahen Osten.

Zu Fahds Vorschlägen liegt von der PLO noch keine Stellungnahme vor. Arafat hatte auf einer Pressekonferenz in Beirut Sadats Erklärungen in den USA als „Wende" hervorgehoben.

chm. Der saudische Premierminister, Prinz Fahd, hat einen neuen Friedensvorschlag für eine Gesamtlösung im Nahen Osten vorgelegt:
1. Rückzug Israels aus allen im Krieg von 1967 besetzten Gebieten einschließlich dem arabischen Teil Jerusalems,

Daß dieser Plan unmittelbar nach Sadats Erklärungen in den USA kommt, ist wichtig. Sadat hatte die USA aufgefordert, die PLO anzuerkennen und sie in den Friedensprozeß im Nahen Osten einzubeziehen. Er berief sich dabei auf die bereits vollzogene *faktische* Anerkennung der PLO



In der Ostsee, nahe der polnischen Grenze, findet neuerlich ein gemeinsames Flottenmanöver sowjetischer, tschechoslowakischer und polnischer Verbände statt, die sowjetische Kriegsflotte, die immer mehr Einheiten in die Ostsee entsendet, soll in Alarmzustand versetzt worden sein. *(Archivbild)*

Saudi-Arabiens Friedensplan

Das Recht aller Staaten auf Frieden

Ölprofite steigen immer

frb. Für die Preisbildung am Mineralölmarkt gelten offenbar ganz eigene Gesetze. Herrscht Knappheit am Ölmarkt – wie um die Jahreswende 1979/80 – oder Überfluß – wie gegenwärtig – jedesmal steigen die Preise. Aral macht den Vorreiter bei der 7. Benzinpreiserhöhung in diesem Jahr und verlangt jetzt 1,49 DM für den Liter Normalbenzin. 1976 hat der Liter noch 90 Pfg. gekostet.

Verlegen um Rechtfertigung für ihre Preiserhöhugen waren die Konzerne noch nie. Zu Jahresbeginn war es der steigende Dollarkurs, der die Begründung abgab. Klar, kostet ein Faß Rohöl 32 Dollar und tauscht sich ein Dollar jetzt gegen 2,50 DM statt zuvor gegen 2,00 DM, so steigen die DM-Preise um ¼. Steigende Einfuhrpreise nennt sich dies. Bloß: 1978 waren die DM-Preise infolge *sinkenden* Dollarkurses um 13% unter den Stand von 1976 gefallen, ohne daß die Benzinpreise damals gesunken wären.

Jüngst hat das Kartellamt ermittelt, daß die statistisch erfaßten westdeutschen Einfuhrpreise um 10 – 50 DM/t über den entsprechenden OPEC-Preisen liegen. Gefolgt ist daraus nichts. Zu vielseitig ist das Geschäft der Konzerne, zu groß ihr Wirkungsbereich, als daß ihnen Manipulationen nachzuweisen wären.

Doch jedermann weiß, daß mit den Benzinpreisen auch die Ölprofite weiter klettern. Von den rund 54 Mrd. $ Profiten, die die 50 größten privaten Industrieunternehmen der Welt im vergangenen Jahr eingesackt haben, entfielen immerhin 41 Mrd. $ auf Ölkonzerne. Mit Mrd.-Beträgen waren sie eben erst an der US-Börse auf Jagd nach aufzukaufenden Konzernen.

Zwar sind die Ölkonzerne heute eines Teils ihrer billigen Ölquellen beraubt, aber nach wie vor beherrschen sie Transport, Verarbeitung und Vertrieb. Selbst die „Freien Tankstellen" kaufen ihr Benzin heute zu 80% bei Konzernraffinerien, anders als noch vor einigen Jahren. Konkurrenz bei den Preisen gibt es nicht. Damit läßt sich bei schrumpfendem Markt und langfristigen Lieferverträgen nichts holen. Der Krieg wird geführt um die Eroberung neuer Ölquellen, und das wiederum erfordert hohe Investitionen. Wer die billigsten Quellen hat, steht am besten da.

Mit Sicherheit werden damit die Überkapazitäten der Zukunft gebaut, deren Leerstand dann neue Preiserhöhungen begründet. Denn auch unbeschäftigtes Kapital verlangt Profit. So wie heute die Raffineriekapazität verflogener Zukunftsträume zu 50% überflüssig ist und gerade dadurch Anlaß zu neuerlichen Preiserhöhungen bot. Alle Konzerne haben heute leerstehende Raffinerien, und zur Sicherung künftiger Profite werden neue Investitionen in Exploration und Ölgewinnung verlangt. Hohe Preise sind dafür günstig, in dieser Hinsicht ist sich die Handvoll Profitgeier, die die Ölversorgung beherrschen, ganz einig.

Zwar sind die Ölkonzerne heute ei-
noch nie. Zu Jahresbeginn war es der steigende Dollarkurs, der die Begründung abgab. Klar, kostet ein Faß Rohöl 32 Dollar und tauscht sich ein Dollar jetzt gegen 2,50 DM statt zuvor gegen 2,00 DM, so steigen die DM-Preise um ¼. Steigende Einfuhrpreise nennt sich dies. Bloß: 1978 waren die DM-Preise infolge *sinkenden* Dollarkurses um 13% unter den Stand von 1976 gefallen, ohne daß die Benzinpreise damals gesunken wären.

Jüngst hat das Kartellamt ermittelt, daß die statistisch erfaßten westdeutschen Einfuhrpreise um 10 – 50 DM/t über den entsprechenden OPEC-Preisen liegen. Gefolgt ist daraus nichts. Zu vielseitig ist das Geschäft der Konzerne, zu groß ihr Wirkungsbereich, als daß ihnen Manipulationen nachzuweisen wären.

Doch jedermann weiß, daß mit den Benzinpreisen auch die Ölprofite weiter klettern. Von den rund 54 Mrd. $ Profiten, die die 50 größten privaten Industrieunternehmen der Welt im vergangenen Jahr eingesackt haben, entfielen immerhin 41 Mrd. $ auf Ölkonzerne. Mit Mrd.-Beträgen waren sie eben erst an der US-Börse auf Jagd nach aufzukaufenden Konzernen.

Die Steuerskandale zugunsten des Reichtums müssen beseitigt werden

Von Friedemann Bleicher

Wenn man liest, was die westberliner ,,tageszeitung", die ja für einen gehörigen Teil der Linken schreibt, seit den finanzpolitischen Beschlüssen der Bundesregierung zu diesem Thema abgesetzt hat, so versteht man ein klein wenig besser, weshalb es der Regierung um Schmidt und Genscher bisher so leicht fällt, ihre Sorte Haushaltssanierung durchzusetzen. Gemütlichkeit und Poetengeist stechen da hervor. ,,Was die Koalitionspartner bei ihrer Debatte um Einsparungen zum Haushalt '82 vermeiden wollten", steht dort zu lesen, ,,ein fruchtloses Hin und Her in der Sommerpause, ist nun doch eingetreten: Gegner und Befürworter der Ergänzungsabgabe auf die Lohn- und Einkommensteuer haben sich aufs Heftigste in die Wolle bekommen." Namentlich das Wörtchen ,,unfruchtbar" spricht Bände über die Unfähigkeit, den Regierungsbeschlüssen etwas auf Veränderung Zielendes entgegenzusetzen.

Es kommt eben darauf an, die gegenwärtige Debatte so fruchtbar wie möglich zu machen, ohne darüber die Kritik des bereits Beschlossenen zu vergessen. Dazu freilich muß die falsche Enthaltsamkeit in Fragen, die den unmittelbaren Lebensumständen scheinbar entrückt sind, abgelegt werden, und es muß in Rechnung gestellt werden, daß die politische Bewegung, auf die es ankommt, sich nicht erschöpft in der auf der Straße sichtbaren Bewegung.

Man mag viel Kritik an den Führungen der DGB-Gewerkschaften haben, an Vetters Vorschlägen oder an ihrer Geheimdiplomatie nach dem Treffen mit Schmidt. Indes ist es ihnen zu verdanken, wenn z.B. die Höhe des Arbeitslosengeldes oder die Lohnfortzahlung (die mit dem Haushalt gar nichts zu tun hat!) bisher unangetastet blieben.

Auch die Ergänzungsabgabe war durch den DGB ins Gespräch gebracht worden. Daß sie zur Finanzierung eines Konjunkturprogramms gefordert war, entspricht eben jener sozialdemokratischen Richtung; entscheidend war, daß sie ausschließlich für hohe Einkommen gefordert war. Dies ist etwas ganz anderes, als was jetzt im Gespräch ist: Der Steuerzuschlag auf alle Einkommen. Wird es dabei bleiben, so wäre dies mehr als bloß ,,fruchtlos", gleichgültig was damit finanziert wird.

Seit Jahren wird die insgesamt stark gestiegene Steuerbelastung einseitig auf die Löhne und Gehälter verlagert. Reichtum und Besitz werden vergleichsweise mit Samthandschuhen behandelt. Die Gewerbesteuer, die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftssteuer auf den Gewinn der Kapitalgesellschaften und die Ertragssteuern sind in den zehn Jahren von 1970 bis 1980 um etwa das 1,3fache gestiegen. Dagegen ist die Lohnsteuer in diesem Zeitraum um bedeutend mehr, nämlich um das 2,2fache gestiegen. In absoluten Zahlen ausgedrückt: Wäre die Lohnsteuer im selben Ausmaß gestiegen wie die Steuern auf hohe Einkommen und Profit, so hätte sie vergangenes Jahr 30 Mrd. DM niedriger gelegen als sie tatsächlich bei den Einnahmen des Finanzministers verzeichnet war.

Soll man dieser Entwicklung wirklich gleichgültig zusehen? Vielleicht noch mit dem Hinweis, auch eine andere Besteuerung hebe nicht den Gegensatz von Arm und Reich, von Ausgebeuteten und Ausbeutern auf. Oder mit dem Hinweis, in der ,,großen Politik" habe man doch keine Chance, man wolle lieber wirkliche Alternativen setzen, dort wo es geht. Nach dem Motto, was ficht es uns an, wenn sich die Bonner Akteure ,,in die Wolle kriegen"? Es muß aber eine Haushaltspolitik, die dem Armen nimmt, um dem Reichen zu geben, für sich bekämpft werden. Und wird dieser Kampf, von dessen Ausgang zig Millionen zutiefst betroffen sind, fallen gelassen, so geht auch sonst nichts mehr, oder eben weniger.

Die propagandistischen Weisheiten der herrschenden Parteien gerinnen immer mehr zu der so einfältigen Rechenaufgabe, um wieviel der Profit der Kapitalistenklasse zu steigen habe, damit die 1,2 Mio. Arbeitslosen Beschäftigung fänden. Unersättliche Raffgier ist die Grundlage dieser Sachlichkeit. Auch sie gilt es in einer ,,fruchtbar" gewendeten Debatte um die Ergänzungsabgabe zu isolieren. Denn unverholen hat Graf Lambsdorff diese (selbst auf alle Einkommen) abgelehnt, weil sie ,,auf die Finanzmärkte und auf die Investitionsbereitschaft drückt". Was zeigt, daß auch für den Kampf gegen solche Kapitalisten-Ideologie einiges auf dem Spiel steht.

Viel Wirbel um TuWat-Kongreß

Westberlins Innensenator Lummer sieht den Bürger, seine Gesundheit und sein Eigentum gefährdet / Ein Erfolg des Kongresses steht auf des Messers Schneide

wat. Westberlin. Am 5.8. gaben Hausbesetzer auf einer Pressekonferenz die Pläne für einen TUWAT-Kongreß ab dem 23.8. in Westberlin bekannt. In der Erklärung heißt es u.a.: ,,Die Berliner Regierung will ... 9 besetzte Häuser räumen, deren Bedeutung für uns mehr ist als nur der bloße Wohnraum. Sie wollen unseren Lebensraum und unsere Zusammenhänge vernichten. Wir werden ihnen, stellvertretend für alle Regierungen, die noch immer glauben, daß sie mit uns machen können was sie wollen, zeigen, was wir davon halten ... Wir werden Feste feiern, die die Stadt erzittern lassen! Wir werden Demonstrationen machen, die ihnen die nackte Furcht lehren wird! Und wir werden uns unterhalten; werden erzählen von den vielen kleinen Kämpfen, von unseren Erfahrungen und unserem Wissen ... Der Sturm auf Berlin wird alle Mauern niederwalzen!" In einer weiteren Erklärung wurde aufgerufen, auf den großen Plätzen Wehrdörfer zu errichten. Es sollen die Bewegungen aus ganz Europa eingeladen werden, aus Amsterdam, Zürich, Liverpool, Warschau usw. Das Programm soll aus vielen dezentralen Aktivitäten bestehen, alle Organisationen sind zur Teilnahme aufgefordert. Es werden 50000 erwartet.

Die bürgerlichen Politiker reagierten äußerst heftig. Insbesondere von der Springer-Presse wurde der Aufruf fast vollständig verbreitet, wofür sich die Hausbesetzer inzwischen ironisch bedankten. Die Staatsschutzabteilung der Berliner Polizei hat ein Ermittlungsverfahren gegen die Herausgeber und Verteiler des Flugblatts eingeleitet, Montag wurden zwei besetzte Häuser, die als Kontaktadressen für den TUWAT-Kongreß angegeben waren, durchsucht. Der Landesverband der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund will gleich die Freiwillige Polizeireserve mobilisieren und Polizei aus Westdeutschland herbeigeholt wissen. Innensenator Lummer sieht den Bürger, seine Gesundheit und sein Eigentum, das Ansehen der Stadt gefährdet. Kommentator R. Stiege von der Springer-eigenen ,,Berliner Morgenpost" brachte es auf die Formel: ,,Es wäre weit mehr als ein flüchtiges Handikap, wenn auf bedeutsame städtische Ereignisse wie die Preußen-Ausstellung oder die Funkausstellung die Schatten besessener Gewalttaten fielen." Bedauerlicherweise fügte der Vorsitzende der Westberliner IG Metall hinzu, bei den TUWAT-Veranstaltern handele es sich um ,,faschistoides Gesindel".

Wie ist die Härte der Auseinandersetzung zu erklären? Die CDU hat bisher kein Konzept gegen die Besetzerbewegung entwickeln können. Ihr erster Versuch, die Zentren der Besetzer wie das Kuckuck zu schlagen, handelte ihr die Straßenschlacht am Schöneberger Rathaus ein, seitdem sind keine Häuser mehr geräumt worden. Nun sind die nächsten Räumungen angekündigt, da vorher geprüft werden soll, wie sich die Unterstützung der Instandbesetzer entwickelt. Die Ergebnisse sind nicht eben günstig für die CDU. Die Patenschaften für besetzte Häuser konnten vermehrt werden, die ÖTV-Betriebsgruppe beim Bausenat hat die Initiative ergriffen, eine gewerkschaftliche Arbeitsgruppe für eine wirkliche Wende in der Wohnungspolitik zu gründen. Zwischen sechs und acht Tausend demonstrierten am Dienstag gegen die Räumungsdrohung. Eine inhaltliche Diskussion über die Wohnungspolitik fürchtet die CDU am meisten. Angesichts der Instandbesetzungen macht sich bereits unter den Wohnungsgesellschaften Zersetzung breit. Mittlerweise haben Hausbesitzer von 4 der 9 räumungsbedrohten Häuser sich gegen die Räumung ausgesprochen und wollen lieber mit den Instandbesetzern verhandeln. Sie haben erklärt, daß sie dabei sind, ihre Sanierungspolitik zu ändern. Unter diesen Bedingungen sucht die CDU jetzt ihr Heil darin, gegenüber der Ankündigung des TUWAT-Kongresses ideologisch Boden zurückzugewinnen. Hier werde nun wirklich klar, daß es den Hausbesetzern nicht um Wohnungsprobleme, sondern um Chaos gehe.

Inzwischen beginnen die Vorbereitungsgruppen für den TUWAT-Kongreß ihre Arbeit. Die Idee ist bei den Hausbesetzern äußerst populär, die AL und die Jungdemokraten haben ihre Unterstützung erklärt, auch wenn sie mit den Formulierungen des Aufrufs nicht ganz einverstanden sind. Die Chancen für den Kongreß stehen ziemlich auf Messers Schneide. Der Aufruf begibt sich freiwillig in den Clinch mit dem CDU-Senat über die Gewaltfrage. Bisher fanden die Hausbesetzer für alle gewalttätigen Demonstrationen Verständnis, weil der Zusammenhang zu ihren sozialen Interessen deutlich war. In dieser Richtung sind auch die positiven Seiten der Idee des TUWAT-Kongresses zu sehen. Es handelt sich immerhin um den ersten größeren Versuch, die bisherige Politik auszuwerten, in Auseinandersetzung mit anderen Bewegungen zu treten und davon zu lernen und nicht zuletzt auch in der Diskussion der Wohnungspolitik Fortschritte zu machen. Da es vor allem kleinere dezentrale Veranstaltungen geben wird, sind allen Initiativen viel Raum gegeben. Die Arbeit in den Vorbereitungsgruppen in den nächsten zwei Wochen wird über den Erfolg des Kongresses entscheiden.



SZ-Zeichnung: Marie Marcks

gelegt werden, und es muß in Rechnung gestellt werden, daß die politische Bewegung, auf die es ankommt, sich nicht erschöpft in der auf der Straße sichtbaren Bewegung.

Man mag viel Kritik an den Führungen der DGB-Gewerkschaften haben, an Vetters Vorschlägen oder an ihrer Geheimdiplomatie nach dem Treffen mit Schmidt. Indes ist es ihnen zu verdanken, wenn z.B. die Höhe des Arbeitslosengeldes oder die Lohnfortzahlung (die mit dem Haushalt gar nichts zu tun hat!) bisher unangetastet blieben.

Auch die Ergänzungsabgabe war durch den DGB ins Gespräch gebracht worden. Daß sie zur Finanzierung eines Konjunkturprogramms gefordert war, entspricht eben jener sozialdemokratischen Richtung; entscheidend war, daß sie ausschließlich für hohe Einkommen gefordert war. Dies ist etwas ganz anderes, als was jetzt im Gespräch ist: Der Steuerzuschlag auf alle Einkommen. Wird es dabei bleiben, so wäre dies mehr als bloß ,,fruchtlos", gleichgültig was damit finanziert wird.

an, wenn sich die Bonner Akteure ,,in die Wolle kriegen"? Es muß aber eine Haushaltspolitik, die dem Armen nimmt, um dem Reichen zu geben, für sich bekämpft werden. Und wird dieser Kampf, von dessen Ausgang zig Millionen zutiefst betroffen sind, fallen gelassen, so geht auch sonst nichts mehr, oder eben weniger.

Die propagandistischen Weisheiten der herrschenden Parteien gerinnen immer mehr zu der so einfältigen Rechenaufgabe, um wieviel der Profit der Kapitalistenklasse zu steigen habe, damit die 1,2 Mio. Arbeitslosen Beschäftigung fänden. Unersättliche Raffgier ist die Grundlage dieser Sachlichkeit. Auch sie gilt es in einer ,,fruchtbar" gewendeten Debatte um die Ergänzungsabgabe zu isolieren. Denn unverholen hat Graf Lambsdorff diese (selbst auf alle Einkommen) abgelehnt, weil sie ,,auf die Finanzmärkte und auf die Investitionsbereitschaft drückt". Was zeigt, daß auch für den Kampf gegen solche Kapitalisten-Ideologie einiges auf dem Spiel steht.

Die bürgerlichen Politiker reagierten äußerst heftig. Insbesondere von der Springer-Presse wurde der Aufruf fast vollständig verbreitet, wofür sich die Hausbesetzer inzwischen ironisch bedankten. Die Staatsschutzabteilung der Berliner Polizei hat ein Ermittlungsverfahren gegen die Herausgeber und Verteiler des Flugblatts eingeleitet, Montag wurden zwei besetzte Häuser, die als Kontaktadressen für den TUWAT-Kongreß angegeben waren, durchsucht. Der Landesverband der Polizeigewerkschaft im Deutschen Beamtenbund will gleich die Freiwillige Polizeireserve mobilisieren und Polizei aus Westdeutschland herbeigeholt wissen. Innensenator Lummer sieht den Bürger, seine Gesundheit und sein Eigentum, das Ansehen der Stadt gefährdet. Kommentator R. Stiege von der Springer-eigenen ,,Berliner Morgenpost" brachte es auf die Formel: ,,Es wäre weit mehr als ein flüchtiges Handikap, wenn auf bedeutsame städtische Ereignisse wie die Preußen-Ausstellung oder die Funkausstellung die Schatten besessener Gewalttaten fielen." Bedauerlicherweise fügte der Vorsitzende der Westberliner IG Metall hinzu, bei den TUWAT-Veranstaltern handele es sich um ,,faschistoides Gesindel".

bei sind, ihre Sanierungspolitik zu ändern. Unter diesen Bedingungen sucht die CDU jetzt ihr Heil darin, gegenüber der Ankündigung des TUWAT-

Raum gegeben. Die Arbeit in den Vorbereitungsgruppen in den nächsten zwei Wochen wird über den Erfolg des Kongresses entscheiden.



SZ-Zeichnung: Marie Marcks

Innenminister Baum: Neofaschisten werden gefährlicher

bep. Anders als in früheren Jahren üblich, war Innenminister Baum bei der Vorstellung des ,,Verfassungsschutzberichtes '80" genötigt, auf die ,,gestiegene Gewaltbereitschaft" und den ,,wachsenden Fanatismus" der organisierten neonazistischen Gruppen hinzuweisen. Die schwerwiegendsten Beispiele: die Ermordnung vietnamesischer Flüchtlinge in Hamburg, der Oktoberfest-Anschlag in München mit 13 Toten, die Erschießung zweier schweizerischer Grenzbeamter Weihnachten 1980. Nach den Angaben des Berichts gibt es heute insgesamt 19800 Mitglieder in faschistischen Organisationen; das bedeutet einen Zuwachs von 2500 gegenüber dem Vorjahr. Der rechtsextremistische Publizist Dr. Gerhard Frey in München habe 1980 seine Anhängerschaft erheblich vergrößert, verbunden mit einer Erhöhung der Gesamtauflage seiner Zeitungen. Allein in seiner ,,Deutschen Volksunion" (DVU) seien inzwischen 10000 Mitglieder organisiert, gegenüber 6000 im Jahr 1979. Damit ist die noch 7200 Mitglieder starke NPD überrundet.

Asylsuchende demonstrieren in Westberlin

kvz. Die Tamilen, Angehörige eines diskriminierten und verfolgten Volkes in Sri Lanka, demonstrierten am Samstag in der Westberliner Innenstadt gegen die politischen Verhältnisse in ihrer Heimat. Praktiken des Senats im Zusammenhang mit einer Flüchtlingswelle aus Sri Lanka hatten für heftige Kritik an Innensenator Lummer (CDU) gesorgt. In einem Gespräch mit Amnesty International, das Strafanzeige gegen Unbekannt wegen der ,,freiwilligen Rückkehraktion" für eine größere Zahl von Tamilen gestellt hatte – als ,,faktische Abschiebung" – kündigte Lummer an, die Vorgänge (wie Verhaftungen von Asylbewerbern vor dem Gebäude der Ausländerpolizei) würden sich nicht wiederholen. Zur Zeit sind noch fünf Tamilen in Abschiebehaft, 14 warten auf ihre ,,freiwillige Rückkehr".

Richtlinien zur Gen-Technologie weiter gelockert

fr. Die 1978 vom Bundesforschungsministerium herausgegebenen Richtlinien zum Schutz vor Risiken der Gen-Technologie werden abermals gelockert. Das Bundeskabinett werde in den nächsten Tagen im Umlaufverfahren die überarbeiteten ,,Richtlinien zum Schutz vor Gefahren durch in-vitro neukombinierte Nukleinsäuren" billigen, teilte das Bundesforschungsministerium letzte Woche mit. Bereits 1979 und 1980 waren die Richtlinien angepaßt und weniger streng gefaßt worden. Die Gen-Technologie befaßt sich unter anderem mit der künstlichen Herstellung neuartiger Kombinationen von Erbanlagen, der ,,Gen-Manipulation". Die Richtlinien gelten nur für dert. Nach Auskunft des Bundesforschungsministeriums habe die Industrie jedoch zugesagt, sie zu akzeptieren; eine gesetzliche Regelung werde deshalb nicht vorbereitet. Eine 1978 Forschungsarbeiten, die der Bund föreingesetzte Gen-Technologie Kommission (Zentrale Kommission für die biologische Sicherheit), die die Aufgabe hat, die Anwendung der Richtlinien zu überprüfen, hat letzte Woche einen ersten Bericht vorgelegt.

Vorzensur für Schülerzeitungen

kvz. Das Koblenzer Oberverwaltungsgericht hat in einem Urteil festgestellt, Schülerzeitungen dürften weder gegen geltende Pressegesetze verstoßen noch zensiert werden. Da sie rechtlich gesehen aber ,,Schulveranstaltungen" seien, müsse der beratende Lehrer mit dienstrechtlichen Konsequenzen rechnen, wenn es trotz seiner Kontrolle zu Gesetzesübertretungen komme. Der Verband der Deutschen Jugendpresse, der nach eigenen Angaben etwa 2500 Jugend-Redaktionen vertritt, hat sich auf einer Pressekonferenz gegen die drohende Zensur gewandt. Bislang würden nur in Bayern Schülerzeitungen auf diese Weise behandelt.

Verheugen schlägt Umorganisierung der Bundeswehr vor

kvz. Auf einer Parteiveranstaltung äußerte letzte Woche FDP-Generalsekretär Verheugen, ,,daß der Verteidigungshaushalt 1981 unnatürlich aufgebläht war und daß es bei der Bundeswehr einen nennenswerten Nachholbedarf an moderner Rüstung nicht gibt". Verheugen rechtfertigte damit die geplante reale Senkung des Verteidigungshaushalts '82. Die Verteidigungslasten und die Bevölkerungsentwicklung zwängen zur Frage, ob die Verteidigungsleistung der Bundeswehr auch mit einem geringeren Aufwand gehalten werden könne, ob die Bundeswehr eine Armee mit ständiger Präsenz von 500000 Mann sein müsse und ob man nicht in weiten Bereichen das Prinzip der Kaderung von Verbänden einführen könne, bei denen eine kleine Stamm-Mannschaft Waffen und Geräte einsatzfähig hält und das Gros der Soldaten nur im Kriegsfall oder zu Manövern einberufen wird. Die FDP könne sich gut eine Armee ohne ständig strammstehende Truppe vorstellen, und es gebe eine Menge Fachleute, die ihr bestätigten, daß auf diese Weise die Effizienz der Verteidigungsanstrengungen sogar verbessert werden könne.

NRW in der Krise

bep. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Rau (SPD) zeigt Anzeichen von Verzweiflung. Während am Bundeshaushalt noch herumgekürzt wird, verlangt er eine Neuverteilung der Finanzen zwischen Bund und Ländern und innerhalb der Länder. Vor allem fordert er, daß die anderen Bundesländer die in erster Linie von NRW und vom Bund zu tragenden Kosten der Subventionierung der Steinkohle sowie die der kommenden Subventionierung der Stahlindustrie mittragen. Bei einem Haushaltsvolumen von ca. 54,7 Milliarden Mark hat die Gesamtverschuldung des Landes schon jetzt die Summe von 42 Milliarden erreicht. Die für 1982 vorgesehene Neuverschuldung von 7 Milliarden DM reicht nicht einmal mehr dazu, den derzeitigen Schuldendienst (Tilgung und Zinsen) von 8,2 Milliarden DM zu decken. Die Arbeitslosenquote im Ruhrgebiet liegt um 7,5% (Juli), in den Arbeitsamtsbezirken Dortmund, Gelsenkirchen, Duisburg, Köln und Aachen beträgt sie über 8%. Nach einem für das Bundesbauministerium erstellten Gutachten müssen viele große Ruhrgebietsstädte bis 1990 mit dramatischen weiteren Verlusten an Arbeitsplätzen rechnen. Für Essen wird ein Minus von 20, für Bochum von 17 und für Oberhausen von 14 Prozent vorausgesagt. Da ab 1982 die Zuweisungen des Landes an die Gemeinden erheblich zurückgehen werden, ermuntert die SPD jetzt die Gemeinden, die Hebesätze der Gewerbesteuer weiter zu erhöhen. (FAZ 11.8.)

Heidelberger Buchhandlung nimmt Kündigungen zurück

bep. Die Heidelberger Universitäts-Buchhandlung Ziehank hatte sechs Beschäftigte, darunter drei Betriebsratsmitglieder, entlassen, nachdem diese eine Zeitungsanzeige gegen die Verurteilung des Rechtsanwalts Härdle unterzeichnet hatten. Nachdem das Arbeitsgericht die Zustimmung zur Kündigung der Betriebsratmitglieder verweigert hatte, wurde in einem Vergleich die Weiterbeschäftigung vereinbart; zwei Angestellte schieden gegen Abfindung freiwillig aus. Das Arbeitsgericht äußerte verfassungsrechtliche Bedenken gegen die der Buchhandlung durch einige Juraprofessoren und das juristische Seminar angekündigten Boykottmaßnahmen.

Der Bau der Mauer, 1961

ror. Der Bau der Berliner Mauer, die Errichtung einer unpassierbaren Staatsgrenze, wird mit Recht von der Führung der SED als der entscheidende Wendepunkt in der deutschen Nachkriegsgeschichte bezeichnet. Ihnen schwant, daß ohne diese Maßnahme ihre Herrschaft vielleicht heute nicht mehr existieren würde oder zumindest in der Art und Weise wie heute nicht ausgeübt werden könnte.

Der Mauerbau diente der Beendigung einer langanhaltenden Krise der jungen DDR, der es nicht gelungen war, den ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat zu errichten. Ebenso ist er aber der Schlußpunkt unter eine Friedenspolitik der Sowjetunion, die endgültig an der Zementierung der Spaltung Deutschlands für ihre imperiale Politik Gefallen gefunden hatte.

Eine steigende Fluchtwelle

Von 1949 (erst ab diesem Datum gibt es eine Registrierung) bis zum 13. August 1961 waren 2686942 Deutsche aus der DDR geflüchtet. Hiervon waren 50% jünger als 25 und über 60% waren erwerbstätig. Die SED spricht von einem wirtschaftlichen Schaden in Höhe von 112 Milliarden Mark durch Produktionsausfälle.

Die DDR verlor 5000 Ärzte, fast 17000 Lehrer und etwa die selbe Zahl Ingenieure und Techniker sowie 800 Richter und Rechtsanwälte. Berücksichtigt man dann noch die Währungsaggression gegen die DDR, wo aus 50 Westmark schnell 250 Ostmark beim Tauschen wurden (fragt man heute ältere Berliner, alle haben damals in Ostberlin eingekauft), kann man den Bau der Mauer begreifen, denn die Menschen- und Geldströme bewegten sich vorwiegend durch Berlin.

Ein neuer Kurs?

Die SED verkündete 1953 auf Druck Moskaus den neuen Kurs, der zeitweilig demokratischere Verhältnisse versprach. Es gelang ihr damit zwar nicht, den Flüchtlingsstrom zu stoppen, ihn aber 1954 gegenüber 1953 (331000 Flüchtlinge) zu halbieren. Schon 1956 stiegen die Zahlen wieder an. Aber bereits 1953 bereitet die Ulbricht-Fraktion das Ende des kurz ausgefallenen Neuen Kurses vor. In einer Säuberung des ZK verloren Wilhelm Zaisser und Rudolf Harnstedt ihre Posten und wurden aus der Partei ausgeschlossen. Anton Ackermann, Elli Schmidt und Hans Jandretzky mußten ebenfalls das ZK verlassen.

Worum ging es bei dieser Auseinandersetzung? Die 2. Parteikonferenz der SED vom 9. – 12. Juli 1952 hatte den „Aufbau des Sozialismus als grundlegende Aufgabe in der DDR“ beschlossen. Ein Jahr später mußte sich das Politbüro der SED an das Politbüro der KPdSU wenden mit der Bitte, „die entstandene Lage zu überprüfen und uns mit Rat und Tat zu unterstützen“. Als Folge kündigte die Zeitung der sowjetischen Besatzungsmacht in Ostberlin „Täglich Rundschau“ an, daß „bedeutende prinzipielle Veränderungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der Republik“ vorgenommen werden müßten. Eine der prinzipiellen Veränderungen erklärte der Redakteur des Neuen Deutschland, Rudolf Herrnstadt später: „Die Klassenfrage kann erst nach der nationalen Frage gelöst werden.“ Die Genossen um Anton Ackermann sprachen sich ihrerseits zumindest für einen eigenen Weg der sozialen Entwicklung für Deutschland aus. Damit bekam der von der Sowjetunion am 10. März 1952 vorgelegte Vorschlag für einen Friedensvertrag, der die Einheit Deutschlands auf demokratischer Grundlage, ihre politische und militärische Neutralität und die Freiheit der Wahl des wirtschaftlichen Weges Deutschlands vorsah, nochmals Bedeutung. Der Sturz Berijas und Malenkows in der UdSSR ermöglichte es Ulbricht, die Gruppe um Zaisser auszuschalten.

Bezüglich des sowjetischen Vorschlages von 1952 erklärte Ulbricht 1960 rückblickend, sicherlich mit einem nachträglichen Seufzer der Erleichterung: „Ich sage ganz offen: Unser Vorschlag von 1952 war auch für die DDR, für die Werktätigen, mit einem Risiko verbunden. Damals war die DDR noch nicht gefestigt und es waren noch nicht in der ganzen Bevölkerung die Fragen der Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung und des Charakters der westdeutschen Herrschaft so klar wie jetzt. Aber wir waren bereit, auf offenem Felde den Kampf zu führen. Das wäre ein langer Weg des Kampfes in Deutschland geworden.“ (ND, 10.6.1960)

Auch die Sowjetunion begann bald von der Grundlage eines Friedensvertrages abzurücken. Chruschtschow klagte Berija an, daß er „nach dem Tode Stalins begann, Schritte zu unternehmen, die auf die Untergrabung der freundschaftlichen Beziehungen zu den Bruderländern des sozialistischen Lagers gerichtet waren. Gemeinsam mit Malenkow schlugen sie beispielsweise provokatorisch vor, die Deutsche Demokratische Republik als sozialistischen Staat zu liqudieren und empfahlen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, auf die Losung des Kampfes für den Aufbau des Sozialismus zu verzichten.“ Festhalten an der Einheit Deutschlands wurde zu der Zeit also bereits zum Verrat. Kräfte, die das Ziel einer Wiedervereinigung auf Grundlage der Prinzipien der Volkssouveränität noch vertraten, wurden in der SU wie in der DDR aus dem politischen Leben ausgeschaltet.

Und Adenauer zur selben Sache: „Ich denke mir die Entwicklung folgendermaßen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrußland, dann ist der Tag der Verhandlungen mit Sowjetrußland gekommen.“ (Bulletin, 5.3. 1952) Den sowjetischen Vorschlag für einen Friedensvertrag bezeichnete er als einen „Fetzen Papier“.

Die Zeit 1956 – 1961

In dieser Zeit geht die DDR den Weg, den ihr die Mehrheit um Ulbricht herum vorschreibt. Die SED wird nochmals 1956 von einer politischen Auseinandersetzung in der Partei und auch außerhalb ihrer Reihen erschüttert. Eine intellektuelle Opposition um Bloch, Havemann und Harich, die einen dritten Weg zum Sozialismus vorschlägt, Veröffentlichungen zur Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform, die sich an der jugoslawischen Selbstverwaltung orientieren sollte, erreichen Auseinandersetzungen, die bis in Politbüro reichen. 1958 gelingt es Ulbricht u.a. die Oppositionsgruppe um Schirdewan, Wollweber, Ziller, Oelsner auf dem 35. Plenum des ZK auszuschalten und zu entmachten. Die Zeitschrift „Neue Zeit“ berichtet stolz, daß es bis 1961 gelingt, 4000 Oppositionelle unschädlich zu machen. Der V. Parteitag verkündet dann, daß es jetzt um die „Vollendung des Sozialismus“ gehe. Es gilt, „die Volkswirtschaft so zu entwickeln, (daß) innerhalb weniger Jahre der Pro-Kopf-Verbrauch unserer werktätigen Bevölkerung mit allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland erreicht und übertrifft“ (Protokoll V. Parteitag Bd.1, S.68). Dies wird niemals erreicht, aber es gelingt eine gewisse Stabilisierung, und die Flüchtlingszahlen sinken auf den niedrigsten Stand seit 1950.

Der 2. Fünfjahrplan wird 1959 abgebrochen, seine völlig illusorischen Planziele führen zu Disproportionalitäten, vor allem was die Investitionen bei der Schwer- und Konsumgüterindustrie betrifft. Der daraufhin angesetzte 7-Jahrplan mußte 1961/62 ebenfalls abgebrochen werden. Die 1960 mit aller Brutalität vorangetriebene Kollektivierung der Landwirtschaft führte zu einem rasanten Ansteigen der Flüchtlingszahlen.

Widerspruch und Zusammenspiel der beiden Supermächte

Dem Bau der Mauer waren tiefgreifende Erschütterungen im Herrschaftsbereich der Sowjetunion vorausgegangen. Der Aufstand in Polen 1956, der ungarische Aufstand, die eigenständige Politik Jugoslawiens, als Anführer der Blockfreienbewegung, und auf der anderen Seite der sich verschärfende Konflikt mit der KP Chinas. Die Sowjetunion konnte sich einen Zerfall ihres Satelliten an der Nahtstelle zur Nato nicht leisten.

Der US-Imperialismus begann sich tiefer im Vietnamkrieg zu verstricken, und die kubanische Revolution hatte die Unabhänigkeitsbewegung der Länder der III. Welt bis vor seine Tür gebracht. Beide waren potente Atommächte geworden. Die USA wählten sich Kennedy zum Präsidenten, der als erstes den Militärhaushalt um 2 Mrd. Dollar erhöhte. Die begonnenen Verhandlungen über die Begrenzung der Atomwaffen kam nicht von der Stelle. Während des ganzen Jahres versicherten beide, daß die Kriegsgefahr wachse, sie aber auf eine friedliche Lösung hofften.

War die Maßnahme der SU auch eine Defensivmaßnahme, so zeigt sie, daß den USA ein Kontrahent erwachsen war, den sie militärisch kalkulierbar nicht an der Sicherung seines Herrschaftsbereiches hindern konnten.

Am 26./27. Juli trafen sich McCloy, der Abrüstungsbeauftragte und Chruschtschow. Über dieses Treffen gibt es kein offizielles Dokument. Chruschtschow soll dargelegt haben, daß seine Wissenschaftler „scharf darauf seien, eine Hundert-Megatonnen Superbombe zu testen“ und daß der Flüchtlingsstrom gebremst werden muß. Am 31.7. empfing Kennedy McCloy. Am selben Tage erklärte er seinem Berater Walt Rostow: „Chruschtschow steht vor einer untragbaren Situation. Ostdeutschland blutet sich zu Tode, und als Folge ist der gesamte Ostblock in Gefahr. Er muß etwas tun, um das zu stoppen. Vielleicht eine Mauer.“ Dies deckt sich mit der Behauptung der SU, daß die USA im Bilde waren, wie weit die SU gehen würde.

Inzwischen war es der SU auch gelungen, den Widerstand der Sekretäre der kommunistischen Parteien des Warschauer Paktes zu brechen. Im März hatten sich vor allem Janos Kadar und der rumänische Parteichef Gehorghui-Dej gegen einen Mauerbau gewandt. Erich Honecker brüstet sich heute damit, daß er die Aktion geleitet hat, sicherlich zutreffender ist die vom Botschafter der BRD überlieferte Fassung eines Gespäches mit Chruschtschow. „Es gab nur zwei Arten von Gegenmaßnahmen: Lufttransportsperre oder die Mauer. Die erstgenannte hätte uns in einen ernsten Konflikt mit den USA gebracht, der möglicherweise zum Krieg geführt hätte. Das konnte und wollte ich nicht riskieren. Ich möchte ihnen nicht verhehlen, daß ich es gewesen bin, der letzten Endes den Befehl dazu gegeben hat. Ulbricht hat mich zwar seit längerer Zeit und in den letzten Monaten heftiger gedrängt, aber ich möchte mich nicht hinter seinem Rücken verstecken. Er ist auch viel zu schmal für mich.“

Und die westdeutsche Kapitalistenklasse?

Die Bildzeitung vom 16. August hat als Stacheldraht umrandete Schlagzeile: „Der Osten handelt – Was tut der Westen? Der Westen tut nichts! US-Präsident Kennedy schweigt ... McMillan geht auf die Jagd ... und Adenauer schimpft auf Brandt.“ Der westdeutschen Bourgeoisie wird dieser Tag auch deswegen unvergeßlich bleiben, weil er zeigte, daß sie die Verlierer des II. Weltkrieges waren und eigenständige Aktionen, nach militärischen Aktionen und Eroberung der DDR, wie sie damals durch die Presse gingen, oder ihre Pläne, wie die volkseigenen Betriebe wieder privatisiert werden könnten, doch nur Planspiele einer kräftig zusammengestutzen Macht waren, die wollte, was sie nicht mehr konnte. Dabei hatte sie alles unternommen, von der Subversion bis zur Sabotage.

Und die Einheit der Nation?

1961 betrug der Warenaustausch zwischen der DDR und der UdSSR 8,3 Mrd. Valuta-Mark, der Austausch zwischen der DDR und der BRD (einschließlich Westberlin) 1,8 Mrd. Valuta-Mark. Soweit war die Trennung vorangeschritten.

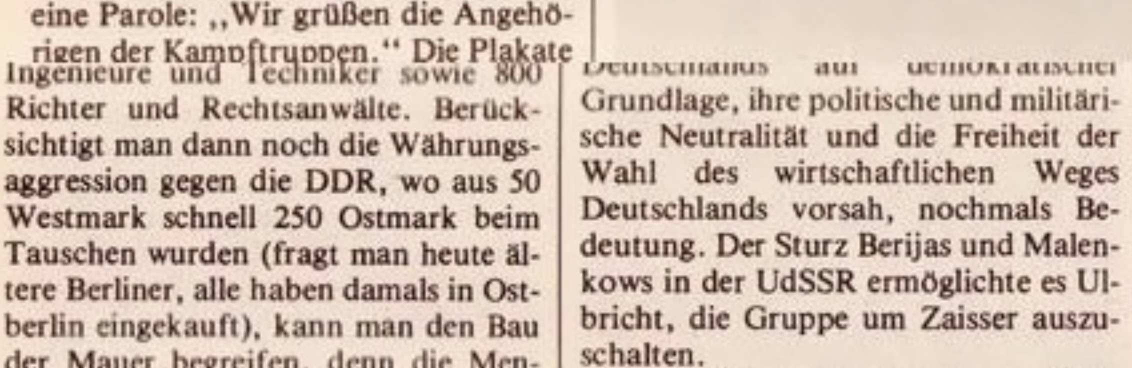
Am 16. August demonstrierten in Westberlin 250000 gegen den Mauerbau. Aus der DDR sind keine Demonstrationen oder größeren Versuche öffentlicher Kritik bekannt. Sicher, die Abstimmung mit den Füßen ging weiter, noch über 50000 fliehen in diesem Jahr. Es gab aber in der DDR eine Strömung, die hoffte, der Bau der Mauer wäre ein Neuanfang, weil die Subversion durch die BRD beendet wäre. Eine Reihe von Erklärungen aus Betrieben zeigen die Bereitschaft, den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Eine Verbindung mit den Demonstranten in Westberlin hat es nicht gegeben, denn diese beschränkten ihre Kritik auf die Mauer, sie kritisierten nicht die Politik der Bundesregierung und die der Supermächte.

Heute sichert die Mauer nicht nur, daß die Staatsbürger der DDR dem Regime nicht entweichen können, sondern daß die eigenen ausgewiesenen Kritiker auch nicht mehr ins Land hineinkönnen. Die blauäugigen Beteuerungen, mit der Anerkennung der DDR würde sich über die Beseitigung der Mauer reden lassen, sind mehr als fragwürdig. Dennoch muß die Anerkennung verlangt werden, weil die DDR ein Staat ist. Die Anerkennung wird *eine* Voraussetzung schaffen, damit beide deutsche Staaten gleichberechtigt eine gemeinsame Politik gegen die Supermächte für den Abschluß eines Friedensvertrages machen können, weil gerade auch die Anerkennung der DDR die SED in einen Zugzwang gegenüber der politischen Opposition der DDR bringen würde. Eine wünschenswerte Entwicklung.

ror.Berlin. Fünf Tage vor den Feierlichkeiten zeigte sich die Hauptstadt der DDR, was die unumgängliche Ausschmückung mit Parolen, Plakaten und Transparenten angeht, noch angenehm unaufdringlich. Der Fahnenschmuck, eine rote, eine mit dem Zirkel, eine rote usw. war zwar schon überall angebracht, aber am Alex (dem Zentrum der Hauptstadt) prangte nur eine Parole: „Wir grüßen die Angehörigen der Kampftruppen.“ Die Plakate

„Bist du bescheuert, hier freiwillig rüber zu kommen!“



verweigerung im Westen? „Bei uns gibts zwar auch einige Spatensoldaten, aber wer verweigert, riskiert den Bau. Ich habe meine Zeit schon runter, aber das Vierteljahr zur Reserve werden sie mich noch mal holen.“

Auf meine Frage, was denn nun mit den Feierlichkeiten zum Mauerbau sei, erhielt ich die lakonische Antwort: „Das interessiert mich nicht, ich will frei reisen können, das interessiert mich.“

Ingenieure und Techniker sowie 800 Richter und Rechtsanwälte. Berücksichtigt man dann noch die Währungsaggression gegen die DDR, wo aus 50 Westmark schnell 250 Ostmark beim Tauschen wurden (fragt man heute ältere Berliner, alle haben damals in Ostberlin eingekauft), kann man den Bau der Mauer begreifen, denn die Menschen- und Geldströme bewegten sich vorwiegend durch Berlin.

Ein neuer Kurs?

Die SED verkündete 1953 auf Druck Moskaus den neuen Kurs, der zeitweilig demokratischere Verhältnisse versprach. Es gelang ihr damit zwar nicht, den Flüchtlingsstrom zu stoppen, ihn aber 1954 gegenüber 1953 (331000 Flüchtlinge) zu halbieren. Schon 1956 stiegen die Zahlen wieder an. Aber bereits 1953 bereitet die Ulbricht-Fraktion das Ende des kurz ausgefallenen Neuen Kurses vor. In einer Säuberung des ZK verloren Wilhelm Zaisser und

Grundlage, ihre politische und militärische Neutralität und die Freiheit der Wahl des wirtschaftlichen Weges Deutschlands vorsah, nochmals Bedeutung. Der Sturz Berijas und Malenkows in der UdSSR ermöglichte es Ulbricht, die Gruppe um Zaisser auszuschalten.

Bezüglich des sowjetischen Vorschlages von 1952 erklärte Ulbricht 1960 rückblickend, sicherlich mit einem nachträglichen Seufzer der Erleichterung: „Ich sage ganz offen: Unser Vorschlag von 1952 war auch für die DDR, für die Werktätigen, mit einem Risiko verbunden. Damals war die DDR noch nicht gefestigt und es waren noch nicht in der ganzen Bevölkerung die Fragen der Sicherung des Friedens und der Wiedervereinigung und des Charakters der westdeutschen Herrschaft so klar wie jetzt. Aber wir waren bereit, auf offenem Felde den Kampf zu führen. Das wäre ein langer

um vorschreibt. Die SED wird nochmals 1956 von einer politischen Auseinandersetzung in der Partei und auch außerhalb ihrer Reihen erschüttert. Eine intellektuelle Opposition um Bloch, Havemann und Harich, die einen dritten Weg zum Sozialismus vorschlägt, Veröffentlichungen zur Notwendigkeit einer Wirtschaftsreform, die sich an der jugoslawischen Selbstverwaltung orientieren sollte, erreichen Auseinandersetzungen, die bis in Politbüro reichen. 1958 gelingt es Ulbricht u.a. die Oppositionsgruppe um Schirdewan, Wollweber, Ziller, Oelsner auf dem 35. Plenum des ZK auszuschalten und zu entmachten. Die Zeitschrift „Neue Zeit“ berichtet stolz, daß es bis 1961 gelingt, 4000 Oppositionelle unschädlich zu machen. Der V. Parteitag verkündet dann, daß es jetzt um die „Vollendung des Sozialismus“ gehe. Es gilt, „die Volkswirtschaft so zu entwickeln, (daß) innerhalb weniger Jahre

tiefer im Vietnamkrieg zu verstricken, und die kubanische Revolution hatte die Unabhänigkeitsbewegung der Länder der III. Welt bis vor seine Tür gebracht. Beide waren potente Atommächte geworden. Die USA wählten sich Kennedy zum Präsidenten, der als erstes den Militärhaushalt um 2 Mrd. Dollar erhöhte. Die begonnenen Verhandlungen über die Begrenzung der Atomwaffen kam nicht von der Stelle. Während des ganzen Jahres versicherten beide, daß die Kriegsgefahr wachse, sie aber auf eine friedliche Lösung hofften.

War die Maßnahme der SU auch eine Defensivmaßnahme, so zeigt sie, daß den USA ein Kontrahent erwachsen war, den sie militärisch kalkulierbar nicht an der Sicherung seines Herrschaftsbereiches hindern konnten.

Am 26./27. Juli trafen sich McCloy, der Abrüstungsbeauftragte und Chruschtschow. Über dieses Treffen gibt es kein offizielles Dokument. Chruschtschow soll dargelegt haben,

nem Rücken verstecken. Er ist auch viel zu schmal für mich.“

Und die westdeutsche Kapitalistenklasse?

Die Bildzeitung vom 16. August hat als Stacheldraht umrandete Schlagzeile: „Der Osten handelt – Was tut der Westen? Der Westen tut nichts! US-Präsident Kennedy schweigt ... McMillan geht auf die Jagd ... und Adenauer schimpft auf Brandt.“ Der westdeutschen Bourgeoisie wird dieser Tag auch deswegen unvergeßlich bleiben, weil er zeigte, daß sie die Verlierer des II. Weltkrieges waren und eigenständige Aktionen, nach militärischen Aktionen und Eroberung der DDR, wie sie damals durch die Presse gingen, oder ihre Pläne, wie die volkseigenen Betriebe wieder privatisiert werden könnten, doch nur Planspiele einer kräftig zusammengestutzen Macht waren, die wollte, was sie nicht mehr konnte. Dabei hatte sie alles unternommen, von der Subversion bis zur Sabotage.

Und die Einheit der Nation?

1961 betrug der Warenaustausch zwischen der DDR und der UdSSR 8,3 Mrd. Valuta-Mark, der Austausch zwischen der DDR und der BRD (einschließlich Westberlin) 1,8 Mrd. Valuta-Mark. Soweit war die Trennung vorangeschritten.

„Bist du bescheuert, hier freiwillig rüber zu kommen!“



3 000 Mitglieder von FDJ-Studentenbrigaden sowie Abordnungen ihrer ausländischen Kommilitonen am Ehrenmal in Berlin-Treptow.

ror.Berlin. Fünf Tage vor den Feierlichkeiten zeigte sich die Hauptstadt der DDR, was die unumgängliche Ausschmückung mit Parolen, Plakaten und Transparenten angeht, noch angenehm unaufdringlich. Der Fahnenschmuck, eine rote, eine mit dem Zirkel, eine rote usw. war zwar schon überall angebracht, aber am Alex (dem Zentrum der Hauptstadt) prangte nur eine Parole: „Wir grüßen die Angehörigen der Kampftruppen.“ Die Plakate mit dem Slogan „Wir sichern den Frieden“ sind wenig zu sehen. In den Schaufenstern der Geschäfte stehen die industriell gefertigten Solidaritätsschilder (ca.30x35 cm) mit der Aufschrift „13. August 20 Jahre sicherer Schutz der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin“, aber damit hat es sich auch schon. Völlig verdutzt reagierte eine Verkäuferin im „Internationalen Buchladen“ auf meinen Wunsch, einen Veranstaltungskalender zu den Feierlichkeiten zu erhalten „Nein“ da habe sie nichts da.

Wenn es in Ostberlin etwas Staatstragendes zu feiern gibt, dann ist man im Palast der Republik, einem prächtigen Bau, innen alles in Marmor, richtig. Am Eingang hing aber nur ein Plakat „Sing Dean Sing“, die Ankündigung eines Musikvergnügens mit internationalen Gästen. Dean Reed, ein in der DDR lebender Vorführamerikaner und mir unbekannte „Stars aus Hollywood und Prag“ gestalten dort die Abende mit Countrymusic und Schlagern. Auch im Inneren kein Hinweis auf etwaige Festveranstaltungen, lediglich eine längere Schlange Platzsuchender vor dem Palastrestaurant.

Die Cafés und Erfrischungsstände auf dem Alex waren dicht belagert, die Versorgung der Hauptstadt mit Softeis scheint unbegrenzt gesichert. Am großen Brunnen bei der Weltzeituhr spricht mich ein Jugendlicher an. Er kommt aus Zwickau, öffnet seinen Rucksack, holt zwei Bier heraus, eins für mich. „Woher kommst du denn?“ – „Aus Westberlin“, antworte ich. „Bist du bescheuert, hier freiwillig rüber zu kommen?“ Bis nach Berlin sei er jetzt gekommen, aber eigentlich will er nach Australien, da hätte er Verwandte. „Hier sitze ich nun und komme nicht weiter“, wobei er schon sein zweites Bier öffnet. Er verflucht die DDR, seine Arbeit und überhaupt alles. Als ich drei Stunden später wieder vorbei gehe, sitzt er mit anderen jungen Leuten zusammen, alle sind schon ziemlich betrunken.

Im Café am Palast, es muß ein Exquisitladen sein, mit den für die DDR teuren Preisen (1 Kännchen Kaffee = 1½ Tassen = 4 Mark) komme ich ins Gespräch mit zwei jungen Leuten, einer ist Schlosser in Rostock. Sein Lohn beträgt 800 Mark, erzählt er, so wenig, daß er sowieso 10 Jahre sparen müßte, um eine Auslandsreise zu machen. „Aber sie wenigstens machen zu können, wann man will und wohin man will, daß ist das Wichtigste. Jetzt dürfen wir nicht mal mehr nach Polen, das ist ein gutes Reiseland gewesen, da hat man was bekommen fürs Geld, aber die Partei hat ganz schön Bammel bekommen.“

Er ist schlecht informiert über Polen. Das, was er aber wisse, fände er recht gut. Wie es denn bei uns ist mit Wohnungen, wollte er wissen. „In der DDR ist die Lage katastrophal, Wohnungen sind zwar billig, aber selten.“ Und wie ist es mit Jeans? „Eine gute Cordhose, Lewis, da mußte 200 Mark hinlegen, da bleibt vom Lohn nicht viel übrig.“ Völlig unglaubwürdig behandelt er meinen Einwand, daß die veröffentlichten Zahlen bei der letzten Planabrechnung (Halbzeit 81) wieder beträchtliche Steigerungsraten aufwiesen und eine Verbesserung sich doch bemerkbar machen müßte. „Das geht fast alles in den Export, auf einen Wartburg wartest du jetzt 14 Jahre. Und die Zahlen ... In Leipzig ist ein ganzer Kaufhallenneubau abgerechnet worden, in Wirklichkeit hatten sie noch nicht einmal die Fundamente gesetzt.“ Wie ist es mit der Wehrdienstverweigerung im Westen? „Bei uns gibts zwar auch einige Spatensoldaten, aber wer verweigert, riskiert den Bau. Ich habe meine Zeit schon runter, aber das Vierteljahr zur Reserve werden sie mich noch mal holen.“

Auf meine Frage, was denn nun mit den Feierlichkeiten zum Mauerbau sei, erhielt ich die lakonische Antwort: „Das interessiert mich nicht, ich will frei reisen können, das interessiert mich.“

Am Freitag, dem 7.8., erschien im Neuen Deutschland der Aufruf zum „Kampfappell in der Hauptstadt der DDR“: „Begrüßt die Genossen der Kampftruppen der Arbeiterklasse! Bildet Spalier! Bekundet durch Eure Teilnahme Eure Entschlossenheit, das sozialistische Vaterland und den Frieden mit aller Kraft zu verteidigen!“ Sicherlich wird Honecker auf der Karl-Marx-Allee nicht allein sein, aber die Probleme, diesen „Zweiten Gründungstag der DDR“ zu verkaufen, sind unübersehbar. Die Ausgaben des Neuen Deutschland und der Gewerkschaftszeitung Tribüne der letzten Woche sind ein weiteres Indiz. Es finden sich keine zu derlei Anlässen üblichen Verpflichtungen, noch mehr zu produzieren, es fehlen Zustimmungsschreiben von Betriebsgruppen und gesellschaftlichen Organisationen, lediglich die FDJ mußte herhalten. Die Gewerkschaftszeitung selber brachte in der Woche überhaupt nur den Aufruf zur Demonstration. Auch das Fernsehprogramm ist zu diesem Thema dünn. Am 12. gibt es eine dreiviertelstündige Sendung ‚Sonntag, der 13.‘, und die Parade wird eine Stunde am 13. übertragen. Die Last der Rechtfertigung trägt das ND mit einigen Artikeln, mit Berichten über Ordensverleihungen an Betriebskampfgruppen u.ä. Die politische Wochenzeitung Horizont bringt auch nur eine langweilige Serie. Das ND versucht zu erkären, daß der Bau der Mauer der Sicherung des Friedens diente – warum es die Mauer heute noch gibt, darauf findet sich keine Antwort.

Wie gegen die Kriegsgefahr kämpfen? Kritik einer Kritik

Zum Leserbrief von Janto Just in KVZ 30/81

In der KVZ 30/81 hat der Genosse Just die Fücks'sche Behauptung von der Gegenoffensive kritisiert. Die Kritik ist wohl nötig. Ich meine aber, daß sich bei dieser Kritik einige Auffassungen eingeschlichen haben, die auf Leugnung des imperialistischen Charakters sowohl der USA wie der westeuropäischen Länder hinauslaufen. Das ist gar nicht nötig; es schwächt die Argumentation gegen Fücks und hindert v.a., zu der beginnenden Debatte in den Gewerkschaften (vgl. dieselbe KVZ, S. 14) was beizutragen, weil es in Widerspruch zu den Tatsachen steht. Ich will das an drei Punkten erläutern.

1. Die USA werden zur Defensivmacht frisiert. ,,Die USA können also den Krieg gewinnen, aber in dem Krieg werden sie nichts gewinnen, sondern verlieren.'' Grund: ,,Westeuropa wird keine blühende, sondern eher eine Wüstenlandschaft sein. In Osteuropa ist schon ohne Kriegsverwüstungen wenig zu holen.'' Letzteres ist schlicht falsch. Z.B. Schätzung der Welterdölreserven nach ,,Global 2000'': Die USA 29,5 Mrd. Barrel, UdSSR 75 Mrd. Barrel (S. 435); geschätzte Anteile an den Weltressourcen an Rohstoffen für die Stahlherstellung: Nordamerika, Westeuropa, Australien, Japan *zusammen* 40%, UdSSR und Osteuropa 30% (S. 488), usw. – Ersteres ist ein unterstelltes US-Kriegsziel, das weder zu beweisen ist, noch wenigstens einigermaßen plausibel. Was ist, wenn die US-Imperialisten das Kalkül haben, nach einem Krieg ginge zwar das europäische und sowjetische Industriepotential drauf, aber als alleinige Supermacht könne man dann langfristig unbeschränkt Höchstprofite realisieren?

Gefolgert wird aus dieser ,,Kosten-Nutzen-Analyse'', die USA seien auf einen Krieg mit der UdSSR ,,nicht versessen'', ,,weil sie ihre Überlegenheit ohne militärisches Kräftemessen viel souveräner und kräfteschonender zur Geltung bringen können.'' Gen. Just unterstellt dazu den USA ökonomische Allmacht: ,,Wer in der Welt wollte oder könnte ihnen was, sind sie doch nach wie vor Industrienation Nr. 1.'' Freilich, sie *sind* Nr. 1, aber diese Stellung wird angegriffen und das Monopol will verteidigt sein. Es *beruht* u.a. auf der außerökonomischen Kontrolle über enorme Rohstoffvorkommen außerhalb der USA. Umgekehrt ist kein Kapitalismus selbstgenügsam, von wegen ,,riesiger innerer Markt.'' ,,Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten'' (Lenin, S. 91). Ein Ausdruck davon ist z.B. die Nahostpolitik der USA vermittels Israels, die auch auf potentiellen militärischen Zugriff auf die Ölreserven zielt (und wo übrigens aktuell die Kategorie ,,Eindämmung'' ziemlich irrwitzig ist).

2. Mit ,,Eindämmen'', ,,der SU Einhalt gebieten'', ,,Kriegsvermeidung'' wird man keinem Imperialisten gerecht. Es ist richtig, die europäischen Imperialisten sind solche zweiter Wahl, platonische, die nach der Weltherrschaft greifen wollen, aber nicht können. Insoweit soll man ihnen keine Kamikaze-Mentalität unterstellen, etwa dergestalt, daß Schmidt sich an die Spitze einer BRD-Heeresgruppe Ost stellte und *allein* losmarschierte. Aber daraus folgt nicht Kriegsvermeidung, sondern bloß ein Zwang, sich einer Supermacht anzuschließen. Bei Erfolgsaussicht sind die westeuropäischen Imperialisten allemal für einen Krieg zu haben und werden lokal selbst zu Eroberern (z.B. Frankreich bei verschiedenen Aktionen in Afrika). – Die USA dagegen haben überhaupt keinen platonischen Zug: sie wollen und könnten auch: *die Gefahr, daß sie losschlagen, ist real.* Insofern gibt es keinen Punkt, bis zu dem sie SU-Vorherrschaft ,,eindämmen'', und jenseits davon ,,schlagen sie über die Stränge.'' Sie stellen sich der SU nicht selbstlos entgegen, sondern kämpfen um *eigene* Vorherrschaft. Deswegen ist ihr ,,Eindämmen'' (etwa in El Salvador) auch nicht weniger expansionistisch als die Einmischhung der SU. Auch von den USA geht Kriegsgefahr aus, und kein Interesse an Kriegsvermeidung. Wir sollten vernünftigerweise bloß unterstellen, die USA wie die SU hätten ein Interesse an Kriegs*gewinn* – und dieses mag sie unter bestimmten Bedingungen hindern, loszuschlagen. Man müßte also diese Bedingungen untersuchen und beeinflussen. Die ,,Kostenthese'' ist jedenfalls keine hinreichend glaubhafte Bedingung für Kriegsvermeidung seitens der USA.

3. Die vier Just'schen Verteidigungsmöglichkeiten sind borniert. ,,Wir lassen'' dies oder das tun, die USA oder die westeuropäischen Bourgeoisien verteidigen. Was ist, wenn die nicht wollen? Genauer, nicht so wollen, wie wir wollen? So, wie beschrieben stellen sich die Möglichkeiten nämlich nicht. Man muß m.E. davon ausgehen, daß die westeuropäischen Länder Imperialisten der Zweiten Welt sind; sie nehmen eine Zwischenstellung ein: sie sind Unterdrücker, aber sie sind gleichzeitig selbst unterdrückt durch die US-Supermacht. ,,Wir lassen uns von den USA verteidigen'' kann daher nicht unser Ziel sein, denn es beinhaltet der Tendenz nach, wir lassen uns von den USA ,,schlucken'' (was zwar besser ist, als von der SU geschluckt zu werden, aber doch nicht viel besser). Sich einfach so von den westeuropäischen Bourgeoisien verteidigen lassen, beinhaltet partiell das gleiche, nur in geringerer Quantität. Und die Kehrseite ist: die USA wie die westeuropäischen Bourgeoisien könnten solche zusätzliche Bewegungsmöglichkeit nutzen, um eigene hegemonistische Bestrebungen zu verstärken (Beispiel: hätte man etwa die NATO im Sinne des ,,Sich-verteidigen-lassens'' bereits gestärkt und die erst beginnenden Widersprüche in einigen europäischen Ländern gegen expansive NATO-Politik gedämpft – dann hätte das sicher die USA zu einem offensiveren Vorgehen in der ,,Iran-Krise'' ermuntert).

Wir haben insoweit überhaupt keine Wahl, diesen oder jenen was *für uns* tun zu lassen – es wird sich nämlich *gegen uns* richten. Sondern wir können versuchen, die westdeutsche Bourgeoisie – solange sie nicht gestürzt ist, was zweifellos das wirksamste wäre – zu einer Militärpolitik zu zwingen, die den Krieg möglichst hinauszögert (man muß dabei beachten, da hat Gen. Just völlig recht, daß man nicht alternativlos aus der jetzigen Konstellation ausscheren kann).

Zusammengefaßt habe ich den Eindruck, daß in dem Artikel des Gen. Just die Drei-Welten-Theorie ziemlich degeneriert ist. Von der Ersten Welt ist bloß die SU geblieben (die USA dämmen ein); die Zweite Welt scheint schon abgestiegen zu sein und gar keine imperialistischen Bestrebungen zu haben. Oder: Vom Hauptwiderspruch ist bloß die Hauptseite geblieben, alle anderen Widersprüche sind glatt verschwunden!

Ich bin eigentlich der Ansicht, daß man sich mit der Drei-Welten-Theorie ganz gut in der gegenwärtigen Lage zurechtfinden kann. ,,Die *beiden* imperialistischen Supermächte, die SU und die USA, bilden die erste Welt. Sie *sind* die größten internationalen Ausbeuter, Unterdrücker und Aggressoren und die gemeinsamen Feinde der Völker der Welt. Ihre *Rivalität* wird notwendigerweise zu einem neuen Weltkrieg führen.'' (S. 22). Die Kriegsgefahr geht vom *Ringen* beider aus – nicht vom Angreifen des einen, wogegen der andere bloß verteidigt. Verbessert ein Rivale *seine* Position, so expandiert er (und gebietet nicht Einhalt), denn dies Verbessern beinhaltet, daß er als Unterdrücker gegenüber anderen Völkern auftritt. Das wird nicht dadurch geändert, daß die SU gegenwärtig Hauptseite des Widerspruchs, Hauptkriegstreiber ist.

,,Die entwickelten Länder zwischen den beiden Welten bilden die Zweite Welt. Sie *unterdrücken* die unterjochten Nationen und *beuten sie aus,* sind jedoch gleichzeitig der Kontrolle und Schikane durch die Supermächte ausgesetzt. Sie besitzen Doppelcharakter und stehen im Widerspruch sowohl zur Ersten wie zur Dritten Welt. Aber sie sind noch eine Kraft, die die Dritte Welt im Kampf gegen die Hegemonismus gewinnen oder mit der sie sich zusammenschließen kann (...) meinen wir keinesfalls, daß die Widersprüche zwischen den Ländern der Zweiten Welt einerseits und den Ländern der Dritten Welt andererseits ... erlöschen ... Der Zusammenschluß kann nur dann aufrechterhalten werden, wenn man ihn *durch Kampf erringt*'' (S. 67).

Solange wir eine revolutionäre Selbstverteidigung noch nicht haben und einen gesicherten Zusammenschluß mit der Dritten Welt, brauchen wie andere ,,erste Schritte''. Ein solcher ist ein blockfreies Europa. Unabhängig davon wäre es unsere Aufgabe, unsre Bourgeoisie zum Zusammenschluß mit der Dritten Welt zu drängen. *Aber dazu können wir ihren imperialistischen Charakter nicht leugnen* – man muß ihn wirksam bekämpfen. D.h., ein europäischer Verteidigungspakt müßte enthalten: Nichteinmischung eines beteiligten Landes in die inneren Angelegenheiten irgendeines anderen Landes; gegenseitige Achtung der Souveränität; die beteiligten Länder unterhalten keine eigenen Truppen bzw. Stützpunkte in anderen Ländern und sie dulden keine ausländischen Truppen auf ihrem Territorium, u.ä. Dies ist eine Voraussetzung, die seitens der Zweiten Welt geschaffen werden muß, damit ein Bündnis mit der Dritten Welt nicht von vornherein illusorisch, weil für letztere gefährlich, ist. Auf der Grundlage könnte man überlegen, ob so ein europäisches Bündnis einen Beistandspakt mit den USA schließt für den Fall einens erfolgenden sowjetischen Angriffs (die USA könnten dafür interessiert werden, erstens, um die SU nun wirklich einzudämmen, zweitens, weil sie eigene Kapitalanlagen zu verteidigen haben). Der Unterschied zur NATO ist der, daß Unterdrückung durch die US-Supermacht vermieden wird, daß gleichzeitig den imperialistischen Bestrebungen sowohl der US- wie der westeuropäischen Bourgeoisien wirksamere als die existierenden Grenzen gezogen sind. Strategisch *wird die Position der ersten Welt geschwächt,* weil der Zusammenschluß von Zweiter und Dritter Welt gefördert wird. Allein das mindert die Kriegsgefahr wirklich. Ein verstärkter Zusammenschluß der Zweiten Welt ist erforderlich, damit Europa nicht zur leichteren Beute der SU wird nach einem NATO-Austritt. Aber diese Stärkung der westeuropäischen Imperialisten können die Massen nur fördern, wenn sie die imperialistischen Blütenträume ihrer Bourgeoisien beschneiden. So oder so könnte man die Friedensbewegung nicht zusammenschließen, wenn man den aggressiven Charakter der einen oder andern Supermacht leugnet. Der Zusammenschluß ist aber Voraussetzung, um der Bourgeoisie eine Änderung ihrer Militärpolitik aufzuzwingen.

s.w., Regensburg

Literatur: Lenin, ,,Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus'', Beijing 1975/,,Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten'', Verlag Zweitausendeins, Frankfurt 1980 / Redaktion der ,,Renmin Ribao'', ,,Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt'', Beijing 1977.

Zu einem Aufsatz aus der Zeitschrift ,,Befreiung''

Wer herrscht in der Sowjetunion?

bep. Über die weltpolitische Rolle der USA wird derzeit mehr gestritten als über die der Sowjetunion. In Teilen der Friedensbewegung, bis hin zu einigen Initiatoren des ,,Krefelder Appells'', gilt die Übereinkunft: Was die Sowjetunion macht, finden wir auch nicht (alles) gut. Aber darum geht es gegenwärtig nicht. *Unsere* Probleme sind NATO-Truppen und US-Raketen, die in unserer Reichweite liegen.
Nun liegen *wir* bekanntlich in Reich-
wjetische Industriepotential drauf, aber als alleinige Supermacht könne man dann langfristig unbeschränkt Höchstprofite realisieren?
Gefolgert wird aus dieser ,,Kosten-Nutzen-Analyse'', die USA seien auf einen Krieg mit der UdSSR ,,nicht versessen'', ,,weil sie ihre Überlegenheit ohne militärisches Kräftemessen viel souveräner und kräfteschonender zur Geltung bringen können.'' Gen. Just unterstellt dazu den USA ökonomische Allmacht: ,,Wer in der Welt wollte oder könnte ihnen was, sind sie doch nach wie vor Industrienation Nr. 1.'' Frei-
und imperialistische) Macht betrachtet werden, oder auch nur, weil eben jeder zuerst vor seiner Tür kehren muß.
Eine vehemente Kritik dieser Sichtweise findet sich bei Cornelius Castoriadis: Im Angesicht des Krieges. Über das russisch-amerikanische Kräfteverhältnis und die Rolle des Militärs in Rußland (*). C., Verfasser zahlreicher Arbeiten über Politik und Philosophie, ehemaliger Trotzkist, Vertreter eines freiheitlichen Sozialismus, aber Kriti-
nen Aktionen in Afrika). – Die USA dagegen haben überhaupt keinen platonischen Zug: sie wollen und könnten auch: *die Gefahr, daß sie losschlagen, ist real.* Insofern gibt es keinen Punkt, bis zu dem sie SU-Vorherrschaft ,,eindämmen'', und jenseits davon ,,schlagen sie über die Stränge.'' Sie stellen sich der SU nicht selbstlos entgegen, sondern kämpfen um *eigene* Vorherrschaft. Deswegen ist ihr ,,Eindämmen'' (etwa in El Salvador) auch nicht weniger expansionistisch als die Einmischhung der SU. Auch von den USA geht Kriegsgefahr aus, und kein Interesse an Kriegsvermeidung. Wir sollten vernünftigerweise bloß unterstellen, die USA wie die SU hätten ein Interesse an
sten Militärmacht der Welt mit allen dazugehörigen industriellen und technologischen Voraussetzungen und ist zur gleichen Zeit außerstande, die Ernte des ohnehin schon nicht ausreichenden Weizens rechtzeitig einzuholen. Wir beobachten zwei praktisch getrennte Welten – nur daß die zweite der ersten Rohmaterial liefert, von der Kohle bis zum Rekruten. Alles vollzieht sich so, als ob Gesellschaft und Wirtschaft gänzlich zweigeteilt wären, als ob die ,militärische Gesellschaft' eine *separate Gesellschaft* in der ,,großen Gesellschaft'' Rußlands bilde.'' Die Armee als ,,Gesellschaftsstand'' ziehe die besten menschlichen Kräfte und einen ungeheuren Teil der sachlichen Mittel (die entwickeltsten Tech-
dersprüche in einigen europäischen Ländern gegen expansive NATO-Politik gedämpft – dann hätte das sicher die USA zu einem offensiveren Vorgehen in der ,,Iran-Krise'' ermuntert).
Wir haben insoweit überhaupt keine Wahl, diesen oder jenen was *für uns* tun zu lassen – es wird sich nämlich *gegen uns* richten. Sondern wir können versuchen, die westdeutsche Bourgeoisie – solange sie nicht gestürzt ist, was zweifellos das wirksamste wäre – zu einer Militärpolitik zu zwingen, die den Krieg möglichst hinauszögert (man muß dabei beachten, da hat Gen. Just völlig recht, daß man nicht alternativ-
ringerung dieser Lasten und Entwicklung einer ,,Konsumgesellschaft'' abzielte? Seine Antwort: Es ist nicht mehr die staatliche Bürokratie mit ihrem Zentrum, der Partei, die herrscht. Rußland ist eine ,,Stratokratie'' (stratos, griechisch: Armee), wo die Armee mittels ihrer höheren Ränge die faktische Leitung und Ausrichtung der Gesellschaft übernimmt. ,,Was kann bei einem totalitären Regime wie dem russischen *in der gegenwärtigen Situation* diejenigen, in deren Hand die Instrumente und Mittel der Macht liegen – die Armee – daran hindern, die Macht selbst in die Hand zu nehmen? Was könnte beim Fehlen eines politischen Lebens, einer artikulationsfähigen öffentlichen Meinung, institutio-
nen oder mit der sie sich zusammenschließen kann (...) meinen wir keinesfalls, daß die Widersprüche zwischen den Ländern der Zweiten Welt einerseits und den Ländern der Dritten Welt andererseits ... erlöschen ... Der Zusammenschluß kann nur dann aufrechterhalten werden, wenn man ihn *durch Kampf erringt*'' (S. 67).
Solange wir eine revolutionäre Selbstverteidigung noch nicht haben und einen gesicherten Zusammenschluß mit der Dritten Welt, brauchen wie andere ,,erste Schritte''. Ein solcher ist ein blockfreies Europa. Unabhängig davon wäre es unsere Aufgabe, unsre Bourgeoisie zum Zusam-
terlichen Realität dieses Sozialismus jede Kraft verloren. Die einzige Ideologie, die in Rußland lebendig bleiben könne, sei der großrussische Chauvinismus. Dessen Träger sei die Armee, die gleichzeitig der einzig wirklich moderne Teil der russischen Gesellschaft sei und damit die einzige Kraft, die diese Gesellschaft noch zusammenhalten könne.
R. Bahro vermißt (in einem Aufsatz im gleichen Heft) bei Castoriadis den Hinweis, daß der russische Militarismus ein Resultat der imperialistischen Einkreisung des revolutionären Rußlands sei. Aber selbst wenn dies seine einzige Ursache wäre, so wird er heute bei einer Lockerung des Drucks von außen nicht automatisch zusammen-
ihrer Bourgeoisien beschneiden. So oder so könnte man die Friedensbewegung nicht zusammenschließen, wenn man den aggressiven Charakter der einen oder andern Supermacht leugnet. Der Zusammenschluß ist aber Voraussetzung, um der Bourgeoisie eine Änderung ihrer Militärpolitik aufzuzwingen. s.w., Regensburg
Literatur: Lenin, ,,Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus'', Beijing 1975/,,Global 2000. Der Bericht an den Präsidenten'', Verlag Zweitausendeins, Frankfurt 1980 / Redaktion der ,,Renmin Ribao'', ,,Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt'', Beijing 1977.

Zu einem Aufsatz aus der Zeitschrift ,,Befreiung''

Wer herrscht in der Sowjetunion?

bep. Über die weltpolitische Rolle der USA wird derzeit mehr gestritten als über die der Sowjetunion. In Teilen der Friedensbewegung, bis hin zu einigen Initiatoren des ,,Krefelder Appells'', gilt die Übereinkunft: Was die Sowjetunion macht, finden wir auch nicht (alles) gut. Aber darum geht es gegenwärtig nicht. *Unsere* Probleme sind NATO-Truppen und US-Raketen, die in unserer Reichweite liegen.

Nun liegen *wir* bekanntlich in Reichweite der SS-20-Raketen, und diese Raketen zielen auf *uns.* Also gibt es wohl Grund zu fragen, wie wir uns auch diese Raketen vom Hals halten können. Hier treffen wir auf ein weiteres prinzipielles Argument: Die russische (Außen-)Politik ist im wesentlichen ein Reflex auf die Bedrohung durch den westlichen Imperialismus. Entfällt diese Bedrohung, wird sich diese Politik (aufgrund der Einsicht der Herrschenden oder des Widerstands der Beherrschten) wandeln. Das Problem besteht also gar nicht.

Die Position setzt keineswegs die Rechtfertigung der Politik der Sowjetunion oder ihres Gesellschaftssystems voraus. Sie setzt noch nicht einmal voraus, daß die aggressiven Bestrebungen allein den USA angerechnet werden. Sie läßt sich nämlich dahingehend erweitern, daß der Konflikt der Supermächte hauptsächlich auf der Vorstellung *beider* Rivalen beruht, sich gegen den anderen verteidigen zu müssen, also einer Art zweiseitigem Verfolgungswahn.

Die zitierte Argumentation setzt bloß voraus, daß es keine Ursachen in der Struktur des gesellschaftlichen und politischen Systems der Sowjetunion gibt, die ein Expansionsstreben hervorrufen, sondern daß die Expansion allenfalls dem (nicht notwendig legitimen) Bestreben dient, den eigenen Machtbereich zu verteidigen, also begrenzt ist. Der Schlüssel zur Verteidigung des Friedens liegt dann – jedenfalls hier im Westen – allein im Kampf gegen die USA, entweder weil diese im Unterschied zur SU als prinzipiell aggressive (weil kapitalistische und imperialistische) Macht betrachtet werden, oder auch nur, weil eben jeder zuerst vor seiner Tür kehren muß.

Eine vehemente Kritik dieser Sichtweise findet sich bei Cornelius Castoriadis: Im Angesicht des Krieges. Über das russisch-amerikanische Kräfteverhältnis und die Rolle des Militärs in Rußland (*). C., Verfasser zahlreicher Arbeiten über Politik und Philosophie, ehemaliger Trotzkist, Vertreter eines freiheitlichen Sozialismus, aber Kritiker des Marxismus, lebt in Paris. Sein Aufsatz wurde bereits im Februar 1980 verfaßt, kurz nach der Invasion in Afghanistan, vor den Ereignissen in Polen und dem Amtsantritt Reagans, und einige seiner Bemerkungen sind offenbar zeitgebunden. Seine prinzipielle These verdient jedoch, bei der näheren Erforschung der russsischen Gesellschaft berücksichtigt zu werden. Er zitiert den russischen Physiker Sacharow, der Anfang 1980 in einem Interview über die wachsenden wirtschaftlichen Probleme der Sowjetunion sprach: ,,Alle diese Probleme fördern die zunehmende Militarisierung der Wirtschaft ... Alle Reformen dieser Art (d.h. in Richtung Dezentralisierung), die unweigerlich die Grundlagen der totalitären Wirtschafts- und Sozialstruktur angreifen würden, sind im Augenblick sehr unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist die Tendenz, die inneren Mängel durch einen nach außen gerichteten Aktivismus zu kompensieren, durch die parasitäre Ausbeutung des Fortschritts und der Ressourcen der Welt unter der Fahne der Entspannung, während zugleich im Innern die Militarisierung der Wirtschaft und der militärisch-industrielle Komplex verstärkt werden.''

C. stellt diesen militärisch-industriellen Komplex, der in Rußland eine ganz andere Bedeutung habe als in kapitalistischen Ländern, in den Mittelpunkt seiner Analyse. Wie ist es überhaupt möglich, fragt er, daß Rußland, das auf allen Gebieten den USA so hoffnungslos unterlegen ist, auf dem Gebiet der Rüstung und des Militärs *überlegen* ist? ,,Rußland wurde zur ersten Militärmacht der Welt mit allen dazugehörigen industriellen und technologischen Voraussetzungen und ist zur gleichen Zeit außerstande, die Ernte des ohnehin schon nicht ausreichenden Weizens rechtzeitig einzuholen. Wir beobachten zwei praktisch getrennte Welten – nur daß die zweite der ersten Rohmaterial liefert, von der Kohle bis zum Rekruten. Alles vollzieht sich so, als ob Gesellschaft und Wirtschaft gänzlich zweigeteilt wären, als ob die ,militärische Gesellschaft' eine *separate Gesellschaft* in der ,,großen Gesellschaft'' Rußlands bilde.'' Die Armee als ,,Gesellschaftsstand'' ziehe die besten menschlichen Kräfte und einen ungeheuren Teil der sachlichen Mittel (die entwickeltsten Technologien usw.) aus der russischen Gesellschaft. ,,Es gibt nicht ein Rußland, sondern zwei. Es gibt nicht eine russische Wirtschaft und eine russische Produktion, sondern zwei.'' Warum, so fragt er weiter, ertrage die Gesellschaft diese ungeheuren Lasten? Warum habe sich in der Partei nie eine Richtung durchsetzen können, die auf eine Verringerung dieser Lasten und Entwicklung einer ,,Konsumgesellschaft'' abzielte? Seine Antwort: Es ist nicht mehr die staatliche Bürokratie mit ihrem Zentrum, der Partei, die herrscht. Rußland ist eine ,,Stratokratie'' (stratos, griechisch: Armee), wo die Armee mittels ihrer höheren Ränge die faktische Leitung und Ausrichtung der Gesellschaft übernimmt. ,,Was kann bei einem totalitären Regime wie dem russischen *in der gegenwärtigen Situation* diejenigen, in deren Hand die Instrumente und Mittel der Macht liegen – die Armee – daran hindern, die Macht selbst in die Hand zu nehmen? Was könnte beim Fehlen eines politischen Lebens, einer artikulationsfähigen öffentlichen Meinung, institutioneller Kontrollen und wirksamer gesetzlicher Bestimmungen für die Besetzung und die Amtsnachfolge der höchsten Positionen als Gegengewicht zu dem realen Gewicht der Armee auftreten?''

Die Partei habe ihre Macht eingebüßt. Ihre Ideologie des ,,Realen Sozialismus'' habe angesichts der fürchterlichen Realität dieses Sozialismus jede Kraft verloren. Die einzige Ideologie, die in Rußland lebendig bleiben könne, sei der großrussische Chauvinismus. Dessen Träger sei die Armee, die gleichzeitig der einzig wirklich moderne Teil der russischen Gesellschaft sei und damit die einzige Kraft, die diese Gesellschaft noch zusammenhalten könne.

R. Bahro vermißt (in einem Aufsatz im gleichen Heft) bei Castoriadis den Hinweis, daß der russische Militarismus ein Resultat der imperialistischen Einkreisung des revolutionären Rußlands sei. Aber selbst wenn dies seine einzige Ursache wäre, so wird er heute bei einer Lockerung des Drucks von außen nicht automatisch zusammenfallen. Er muß also auch künftig im Zaum gehalten werden – mit den geeigneten Mitteln.

* C. Castoriadis: Im Angesicht des Krieges, in: Befreiung. Zeitschrift für Politik und Wissenschaft, Nummer 21 (erhältich bei: Redaktion Befreiung, Martin-Luther-Straße 78, 1000 Berlin 62)

Heidelberger Justiz setzt neue Maßstäbe im Jahr der Behinderten

RA Härdle beantragt Haftunfähigkeit für Hans Poluschik

rak. Am 21. Juli leistete die Heidelberger Justiz einen bedeutenden Beitrag zum „Jahr der Behinderten". Von der 1. Strafkammer unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten des Landgerichtes, Dr. Bähr, wurde der Rollstuhlfahrer Hans Poluschik zu 2 Freiheitsstrafen von 5 Jahren und 1 Jahr und 3 Monaten verurteilt. Hans Poluschik ist ein 26jähriger Rollstuhlfahrer, ohne abgeschlossene Berufsausbildung und seit langem arbeitslos, der seit Jahren von der Sozialhilfe lebt. „Herr P. hat ein Lebensschicksal als körperlich Behinderter, das man kaum schwer genug einschätzen kann", heißt es in dem ärztlichen Gutachten.

Angeklagt war er wegen räuberischen Diebstahls, Körperverletzung, Beleidigung u.a. Schon in der Anklageschrift kam die Voreingenommenheit gegenüber dem Angeklagten zum Ausdruck: „... Der Angeschuldigte ist, wie die ihm angelasteten Straftaten zeigen, gefährlich. Die Aussichten auf eine Resozialisierung des Angeschuldigten sind denkbar ungünstig ... Das Urteil muß hoch angesetzt werden, daß der Angeschuldigte auf Jahre keine Gelegenheit mehr hat, unprovoziert seine Umwelt in Furcht und Schrecken zu setzen" oder „... Er verbringt die Abende wie bisher zumeist in Lokalen und provoziert in nüchternem und angetrunkenem Zustand Auseinandersetzungen, die ihm Gelegenheit zu Gewalttätigkeiten bieten."

So voreingenommen, wie man es aus diesen Sätzen der Anklageschrift entnehmen kann, so befangen war das Gericht von Anfang bis zum Ende. Es setzte sich rücksichtslos über die Person des Angeklagten hinweg. Fehlte H. Poluschik, weil er zum Zahnarzt mußte oder wegen Schmerzen aufgrund seiner Behinderung nicht zur Verhandlung kommen konnte, so wurde das vom Gericht als eigenmächtiges Fernbleiben gewertet und in seiner Abwesenheit verhandelt. Anträge, die der Angeklagte an das Gericht stellte, konnte er nicht schriftlich einreichen und liegen also auch nicht ausformuliert in den Akten vor – bei seiner Behinderung hätte er sie schreiben lassen müssen und das hätte eine längere Verhandlungspause erfordert.

Glaubwürdig waren für das Gericht die Zeugen, die den Angeklagten belasteten. Zeugen, die ihn entlasteten, wurden, so der Vorsitzenden Richter, der Falschaussage bezichtigt.

Hans Poluschik ist der Heidelberger Reaktion seit Jahren ein Dorn im Auge, so der Tenor der Rhein-Neckar-Zeitung vom 22.7. Und weiter ist zu lesen: „... oft vom Alkohol enthemmt, setzt er beispielsweise die Antriebsstange seines Rollstuhles als Schlagstock ein. Auf Polizisten, politisch Andersdenkende oder auf Wirte, die ihm Hausverbot geben, war und ist er schlecht zu sprechen. Seine Ablehnung zügelt er nicht und so entstand die lange Liste der Vorwürfe, die jetzt abgeurteilt wurden." Im Vorgehen gegen Jugendliche, Kommunisten, Studenten waren sich die Heidelberger Justiz, Tagespresse und die Reaktion schon immer einig.

6 Jahre und 3 Monate lautet das Urteil. Es liegt damit um einiges unter dem Antrag des Vertreters der Staatsanwaltschaft, Olbricht, der 10 Jahre Freiheitsentzug sowie die Einweisung nach §63 StGB in ein psychiatrisches Landeskrankenhaus beantragte.

Ein unverschämt hohes Strafmaß, um jemanden abzuurteilen, der sich den „allgemeinen Normen" nicht fügt. Beachtlich auch die Einzelstrafen, wo Hans Poluschik z.B. 1 Monat für ein zerbrochenes Bierglas erhielt. Am 10.8. sollte er nun eine 18monatige Freiheitsstrafe, die in dem Urteil vom 21. Juli enthalten ist, in Stammheim antreten, ob er nun haftunfähig ist, ist der Reaktion egal. So ließ der leitende Staatsanwalt Schäfer verlauten: „Die JVA wird seine körperliche Behinderung berücksichtigen." Rechtsanwalt Härdle hat nun einen Antrag auf Haftunfähigkeit gestellt. Ob das Staatliche Gesundheitsamt, die Haftunfähigkeit bestätigt, muß abgewartet werden.

Man muß sich zum Vergleich die Urteile aus dem Majdanek-Prozeß ansehen, wo u.a. Hermann Hackmann, stellvertretender Lagerkommandant und direkt beteiligt an der Erschießung von über 100 von Fleckfieber befallenen Häftlingen und mehreren russischen Kriegsgefangenen, was das Gericht als erwiesen ansah, 10 Jahre erhielt. Oder Thomas Ellwanger, an den Erschießungen ebenfalls aktiv beteiligt, erhielt wegen „Beihilfe zum Mord" 3 Jahre Haft. Aber auch Haftverschonung ist bei NS-Verbrechern keine Seltenheit, wie jetzt z.B. ausgesprochen vom Oberlandesgericht Celle.

Notizen zur Friedensbewegung

Georg Benz, für die Jugendarbeit zuständiges geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, wird einer der Hauptredner auf der Abschlußkundgebung der Demonstration der Aktion Sühnezeichen am 10. Oktober im Bonner Hofgarten sein. Neben ihm werden Erhard Eppler sowie die Theologen Uta Ranke-Heinemann und Heinrich Albertz reden. – Vetter hat mittlerweile in einer Antwort an „Aktion Sühnezeichen" und „Dienst für den Frieden" darauf hingewiesen, daß der Beschluß des DGB-Vorstandes gegen eine Mitträgerschaft der Demonstration am 10. Oktober durch die DGB-Jugend kein Teilnahmeverbot darstellt. Es gibt inzwischen schon zahlreiche Beschlüsse örtlicher DGB-Gliederungen auf Teilnahme an der Demonstration. – Über 320 Gruppen und Organisationen haben nach Mitteilung der Initiatoren inzwischen den Aufruf für die Demonstration unterstützt.

Zum Antikriegstag am 1. September werden in den verschiedensten Orten Demonstrationen, Kundgebungen oder auch Kongresse durchgeführt. Die jeweils gebildeten Aktionseinheiten sind stark durch örtliche Besonderheiten geprägt, sowohl was den Charakter von Aufrufen, ihre Unterstützer wie auch die Aktionsrichtungen betrifft. Im folgenden hierzu eine erste Zusammenstellung (aufgeführt sind nicht die



jüw.München. An die 3000 Teilnehmer hatte ein Fackelzug, aus Anlaß des Hiroshima-Tages von den „Vereinigten Münchener Friedensinitiativen" durchgeführt. Vorangegangen war ein „Gelöbnis für den Frieden", zu dem unter anderem der Kabarettist D. Hildebrandt und die Schauspielerin Senta Berger aufgerufen hatten. Die IGM-Jugend verteilte Einladungen für die DGB-Veranstaltung am Antikriegstag, auf der A. Mechtersheimer und E. Frister sprechen werden.

Demonstrationen des DGB zum 1. September): **Detmold:** Am 5.9. soll mit allen anderen lippischen Friedensinitiativen eine Demonstration in Detmold durchgeführt werden. Über die beschlossenen Forderungen hinaus (gegen Mittelstreckenraketen, NATO-Doppelbeschluß, für atomwaffenfreies Europa) wurde Agitationsfreiheit festgelegt. **Gelsenkirchen:** Demonstration einer Aktionseinheit am 12.9. Wegen Teilnahme von KBW, KABD etc. will DKP an Aktionseinheit nicht teilnehmen. **Kiel:** Kongreß von AStA der Uni Kiel und Juso-Landesverband Schleswig-Holstein unter dem Thema „Frieden in Gefahr" am 29. August, Arbeitsgruppen, Podiumsdiskussion etc. **Pirmasens:** Demonstration und Kundgebung am 29, August, durchgeführt von einer Aktionseinheit. Richtet sich gleichzeitig gegen das Giftgaslager der USA in Fischbach. **Pforzheim:** Breite Aktionseinheit zur Durchführung einer Friedenswoche vom 1. bis 12.9., große Demonstration am 12.9.

25 Jahre KPD-Verbot nichts ist zurückgenommen

gkr. Am 17. August 1956, vor nunmehr 25 Jahren, hat das Bundesverfassungsgericht die KPD verboten, fast 5 Jahre, nachdem die Bundesregierung am 22. November 1951 den Antrag auf Verbot gestellt hatte. Die lange Verfahrensdauer kann durchaus als Zeichen für die politischen und juristischen Schwierigkeiten, das Verbot auszusprechen und durchzusetzen, verstanden werden. So wurde zunächst die mündliche Verhandlung nicht eröffnet, im November 1954 suchte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Wintrich, Bundeskanzler Adenauer auf, „um zu klären, ob die Bundesregierung an ihrem Antrag weiterhin festhalte". Erst als sie das tat, offensichtlich gegen den Wunsch des 1. Senats, wurde bis zum 14. Juli 1954 verhandelt. Das Urteil selbst ließ dann noch mehr als ein Jahr auf sich warten.

Die Begründung der Bundesregierung für den Verbotsantrag beruhte praktisch auf zwei Punkten:

a) das Eintreten für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung. Im Januar 1951 war, nachdem schon die ersten Gespräche der Bundesregierung mit den Westmächten über die Errichtung einer eigenen Streitmacht der BRD geführt worden waren, der Hauptausschuß für die Volksbefragung gegründet worden, in dem neben verschiedenen Persönlichkeiten auch die KPD und ihr nahestehende Organisationen vertreten waren. Die Bundesregierung verbot im April 1951 diese Unterschriftensammlung.

b) das „Programm der Nationalen Wiedervereinigung", vom KPD-Vorstand im November 1952 verabschiedet und eng angelehnt an die sowjetischen Friedensvertragsvorschläge vom März 1952.

Das 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 hatte schon die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um gegen Ein-

nismus kann es nicht geben), mit dem Grundgesetz unvereinbar ist, und

b) der juristischen Festschreibung und Legitimation einer gegen die Sowjetunion gerichteten Politik.

Tatsächlich dürfte schon zum Zeitpunkt der Antragstellung, sicher aber zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung, die 1. Seite des Urteils allenfalls eine präventive Maßnahme gewesen sein, denn die aktuelle innenpolitische Gefährlichkeit der KPD bestand nicht. Entscheidender dürfte die Bedeutung für die Außenpolitik unter Adenauer gewesen sein, der eine konsequente Integration der BRD in den Westen betrieb. Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen das „Programm der Nationalen Wiedervereinigung" zielten gegen die SU; die Verfolgung der „Nachfolgeorganisationen", zu denen schon zählte, was nur in Ausschnitten ähnliches wie die KPD vertrat, ebenfalls in besonderer Weise gegen die DDR, wurden Verbände z.B. der DDR wie FDGB zu Nachfolgeorganisationen erklärt.

Diese Seite des KPD-Verbots wurde aus politischen Opportunitätsüberlegungen 1968 mit dem Straffreiheitsgesetz praktisch außer Kraft gesetzt, wie sonst hätte die neue Ostpolitik eingeleitet werden können. Die DKP konnte

Aufruf zur Demonstration in Wethen am 19. September

Abende wie bisher zumeist in Lokalen und provoziert in nüchternem und angetrunkenem Zustand Auseinandersetzungen, die ihm Gelegenheit zu Gewalttätigkeiten bieten."

So voreingenommen, wie man es aus diesen Sätzen der Anklageschrift entnehmen kann, so befangen war das Gericht von Anfang bis zum Ende. Es setzte sich rücksichtslos über die Person des Angeklagten hinweg. Fehlte H. Poluschik, weil er zum Zahnarzt mußte oder wegen Schmerzen aufgrund seiner Behinderung nicht zur Verhandlung kommen konnte, so wurde das vom Gericht als eigenmächtiges Fernbleiben gewertet und in seiner Abwesenheit verhandelt. Anträge, die der Angeklagte an das Gericht stellte, konnte er nicht schriftlich einreichen und liegen also auch nicht ausformuliert in den Akten vor – bei seiner Behinderung hätte er sie schreiben lassen müssen und das hätte eine längere Verhandlungspause erfordert.

Glaubwürdig waren für das Gericht die Zeugen, die den Angeklagten belasteten. Zeugen, die ihn entlasteten, wurden, so der Vorsitzenden Richter, der Falschaussage bezichtigt.

Am 10.8. sollte er nun eine 18monatige Freiheitsstrafe, die in dem Urteil vom 21. Juli enthalten ist, in Stammheim antreten, ob er nun haftunfähig ist, ist der Reaktion egal. So ließ der leitende Staatsanwalt Schäfer verlauten: „Die JVA wird seine körperliche Behinderung berücksichtigen." Rechtsanwalt Härdle hat nun einen Antrag auf Haftunfähigkeit gestellt. Ob das Staatliche Gesundheitsamt, die Haftunfähigkeit bestätigt, muß abgewartet werden.

Man muß sich zum Vergleich die Urteile aus dem Majdanek-Prozeß ansehen, wo u.a. Hermann Hackmann, stellvertretender Lagerkommandant und direkt beteiligt an der Erschießung von über 100 von Fleckfieber befallenen Häftlingen und mehreren russischen Kriegsgefangenen, was das Gericht als erwiesen ansah, 10 Jahre erhielt. Oder Thomas Ellwanger, an den Erschießungen ebenfalls aktiv beteiligt, erhielt wegen „Beihilfe zum Mord" 3 Jahre Haft. Aber auch Haftverschonung ist bei NS-Verbrechern keine Seltenheit, wie jetzt z.B. ausgesprochen vom Oberlandesgericht Celle.

menstellung (aufgeführt sind nicht die DKP an Aktionseinheit nicht teilneh- große Demonstration am 12.9.

25 Jahre KPD-Verbot nichts ist zurückgenommen

gkr. Am 17. August 1956, vor nunmehr 25 Jahren, hat das Bundesverfassungsgericht die KPD verboten, fast 5 Jahre, nachdem die Bundesregierung am 22. November 1951 den Antrag auf Verbot gestellt hatte. Die lange Verfahrensdauer kann durchaus als Zeichen für die politischen und juristischen Schwierigkeiten, das Verbot auszusprechen und durchzusetzen, verstanden werden. So wurde zunächst die mündliche Verhandlung nicht eröffnet, im November 1954 suchte der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Wintrich, Bundeskanzler Adenauer auf, „um zu klären, ob die Bundesregierung an ihrem Antrag weiterhin festhalte". Erst als sie das tat, offensichtlich gegen den Wunsch des 1. Senats, wurde bis zum 14. Juli 1954 verhandelt. Das Urteil selbst ließ dann noch mehr als ein Jahr auf sich warten.

Die Begründung der Bundesregierung für den Verbotsantrag beruhte praktisch auf zwei Punkten:

a) das Eintreten für die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung. Im Januar 1951 war, nachdem schon die ersten Gespräche der Bundesregierung mit den Westmächten über die Errichtung einer eigenen Streitmacht der BRD geführt worden waren, der Hauptausschuß für die Volksbefragung gegründet worden, in dem neben verschiedenen Persönlichkeiten auch die KPD und ihr nahestehende Organisationen vertreten waren. Die Bundesregierung verbot im April 1951 diese Unterschriftensammlung.

b) das „Programm der Nationalen Wiedervereinigung", vom KPD-Vorstand im November 1952 verabschiedet und eng angelehnt an die sowjetischen Friedensvertragsvorschläge vom März 1952.

Das 1. Strafrechtsänderungsgesetz von 1951 hatte schon die gesetzlichen Grundlagen geschaffen, um gegen Ein-
zelpersonen wegen Aktionen gegen die bestehende Verfassung vorzugehen, was die Justiz in den folgenden Jahren auch gerade gegenüber (führenden) Mitgliedern der KPD tat. Durch diese Verfolgung war die KPD zum Zeitpunkt ihres Verbots schon erheblich geschwächt.

Die entscheidende Bedeutung des KPD-Verbots bestand denn weniger in der Zerschlagung der KPD, was praktisch schon geschehen war, als in

a) einer weit über das Grundgesetz hinausgehenden Definition des Begriffs der „fdGO (freiheitlich demokratischen Grundordnung)", der Verfassungsrang zukommt, und der Feststellung, daß der Marxismus-Leninismus, wenn nicht als Wissenschaft, so doch immer, wenn er angewendet wird (und damit also immer, denn einen rein wissenschaftlichen Marxismus-Leni-

nismus kann es nicht geben), mit dem Grundgesetz unvereinbar ist, und

b) der juristischen Festschreibung und Legitimation einer gegen die Sowjetunion gerichteten Politik.

Tatsächlich dürfte schon zum Zeitpunkt der Antragstellung, sicher aber zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung, die 1. Seite des Urteils allenfalls eine präventive Maßnahme gewesen sein, denn die aktuelle innenpolitische Gefährlichkeit der KPD bestand nicht. Entscheidender dürfte die Bedeutung für die Außenpolitik unter Adenauer gewesen sein, der eine konsequente Integration der BRD in den Westen betrieb. Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen das „Programm der Nationalen Wiedervereinigung" zielten gegen die SU; die Verfolgung der „Nachfolgeorganisationen", zu denen schon zählte, was nur in Ausschnitten ähnliches wie die KPD vertrat, ebenfalls in besonderer Weise gegen die DDR, wurden Verbände z.B. der DDR wie FDGB zu Nachfolgeorganisationen erklärt.

Diese Seite des KPD-Verbots wurde aus politischen Opportunitätsüberlegungen 1968 mit dem Straffreiheitsgesetz praktisch außer Kraft gesetzt, wie sonst hätte die neue Ostpolitik eingeleitet werden können. Die DKP konnte
unbehelligt gegründet werden. Das heißt nicht, daß das Urteil außer Kraft gesetzt wäre. 1970 wurde der SDS Heidelberg unter Berufung hierauf verboten, die Beschlagnahme des Programmentwurfs der KPD von 1968 wurde schließlich 1976 vom BGH für rechtens erklärt, da die KPD nach wie vor verboten sei. Vor allem aber lebt das Verbotsurteil im Radikalenerlaß, in der Verpflichtung auf die fdGO, wie sie vom Bundesverfassungsgericht 1956 festgeschrieben wurde, fort.

Aufruf zur Demonstration in Wethen am 19. September

Keine Wiederaufbereitungsanlage in Nordhessen

R.Dornieden.Korbach. Nachfolgender Aufruf wurde auf einer bundesweiten Vorbereitungskonferenz der Großdemonstration in Diemelstadt-Wethen beschlossen. Bereits am Freitag abend soll an den 4 Sammelpunkten (Breuna, Wrexen-Diemelstadt, und Welda) ein Kulturprogramm (mit Erfahrungsberichten, Theater- und Musikgruppen, Kinderbetreuung etc.) ablaufen, bevor am Samstag der Sternmarsch auf den zentralen Kundgebungsplatz organisiert wird. Neben einem Treckerzug der örtlichen Landwirte wollen auch Bauern aus Gorleben mit ihren Treckern kommen. Der Landrat Dr. Reccins hat erklärt, daß der verständliche Protest „von großen Mengen (gemeint sind Demonstrationsteilnehmer) mißbraucht wird" und bedauert, daß seine Vollzugskräfte bei weitem nicht ausreichen werden. Ein Sprecher der BI aus Diemelstadt berichtete, daß einige Leute Angst vor Schäden durch die Demonstration hätten, daß aber die Mehrheit hofft, daß möglichst viele Demonstranten kommen werden, um den örtlichen Widerstand massiv zu unterstützen.

Nach langen Verwirrspielen der verantwortlichen Politiker um die Standortsuche will die DWK jetzt in Hessen den Bau der WAA betreiben. Trotz des Widerstandes der betroffenen Bevölkerung, von denen sich immer mehr in Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben, will Ministerpräsident Börner in Hessen das Atomkonzept durchsetzen.

Die WAA ist ein wichtiger Bestandteil des gesamten sogenannten atomaren Kreislaufs, zu dem auch die geplanten Zwischenlager in Gorleben, Ahaus, Würgassen und Stade sowie die Atom-Müllager in Gorleben, Schacht Konrad und Asse gehören.

Abgebrannte Kernbrennstäbe werden in der WAA zu hochgiftigem Plutonium aufgearbeitet. Mit der Plutoniumproduktion droht die Betreibung von „Schnellen Brütern". Eine WAA setzt bereits im Normalbetrieb mehr radioaktive Strahlen frei als ein AKW. Die Unfallgefahr bei Transport und Betrieb für Plutoniumfabriken ist hoch und gefährdet die Bevölkerung ganz Mitteleuropas. Auf der ganzen Welt existiert bislang keine funktionierende WAA.

Die Planung, eine WAA zu errichten, bedeutet auch die Vernichtung der Landwirtschaft und des Fremdenverkehrs für die anliegenden Gebiete. Eine WAA müssen wir verhindern. Dies ist möglich: In Niedersachsen mußte Ministerpräsident Albrecht die für Gorleben geplante WAA für politisch nicht durchsetzbar erklären. Ministerpräsident Börner wollen wir dasselbe Schicksal bereiten.

Diese Beton- und Strahlenpolitik dient der Durchsetzung umweltfeindlicher Großprojekte, die ausschließlich Profitinteressen befriedigen und nicht den Interessen der betroffenen Bevölkerung dienen. Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Startbahn West am Frankfurter Flughafen und gegen die Rohdung von 3 Mio. Bäumen stehen als ein Beispiel des Votums gegen die anderen umweltfeindlichen Projekte in Hessen.

Am Anfang der Atomtechnologie stand die Atombombe. Die Auswirkungen der Hiroshima-Bombe erschüttern noch heute die Weltöffentlichkeit. Atomkraftwerke und erst die WAA stellen das gleiche Gefahrenpotential für die Bevölkerung dar wie die Atombombe. Die sogenannte friedliche Nutzung der Atomenergie ermöglicht auch immer die militärische Verwendung. Angesichts wachsender internationaler Spannungen und Kriegsgefahr kommt es heute mehr denn je darauf an, jede weitere atomare Aufrüstung zu verhindern. Das Atomprogramm soll mit aller Gewalt durchgesetzt werden. Je stärker die Bewegung gegen Atomanlagen wird, desto mehr versucht der Staat, uns durch Kriminalisierung ins gesellschaftliche Abseits zu drängen. Angeklagt sind nur Einzelne, doch gemeint sind wir alle.

Unsere Forderungen lauten:
Sofortige Stillegung aller zivilen und militärischen Atomanlagen!
Keine WAA und keine Startbahn West!
Keine Kriminalisierung von Atomkraftgegnern!
Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv!

– Kulturgruppen, die auf der Kundgebung spielen wollen: Umweltzentrum Kassel: Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel, Tel. 0561/75307
– Für interessierte Filmgruppen, die einen Film über die Aktionen mitmachen wollen: R. Dornieden, Fröbelstraße 18, 3540 Korbach, Tel. 05631/1358
– Spenden auf das Konto des BBU-Büros Diemelstadt (Nr. 01019397) bei der Kreissparkasse Waldeck (BLZ 52350005), Stichwort: Wethen 19.9.

Veranstaltungen

Stuttgart

Öffentliche Mitgliederversammlung zur Stellung der Kommunisten zum drohenden Krieg, mit Hans-Gerhart Schmierer
Ort wird noch bekanntgegeben
Samstag, 22.8.1981, 17.00 Uhr

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; Geschäftsführer B. Wagner · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Erfahrungen aus den Unikliniken Göttingen:

Ein Großkrankenhaus – optimale Bedingungen für Patienten und Personal?



ilh. In den siebziger Jahren wurden in der BRD eine ganze Reihe Großkrankenhäuser gebaut, in denen die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die neuesten Untersuchungs- und Behandlungsmethoden anzustreben und einen rationellen Einsatz von Personal und den teuren medizinischen Geräten zu gewährleisten. Sowohl von seiten der Patienten wie auch des Personals gibt es massive Kritiken an der medizinischen Versorgung wie auch an den Arbeitsbedingungen. Die Losung „Mehr Humanität in den Krankenhäusern“ oder die Aktionen der ÖTV „Für eine humane Krankenpflege“ treffen am schärfsten auf die Großkrankenhäuser zu. Viele Patienten beklagen die Anonymität, fühlen sich nur als Nummer, als eine Ware wie auf einem Fließband in der Fabrik, ihre persönlichen Probleme und Bedürfnisse spielen vielfach keine Rolle. Ähnlich beim Personal: große Arbeitsbelastungen und eine große physische Belastung, da in den Großkrankenhäusern überdurchschnittlich Schwerstkranke konzentriert sind, Arbeitsräume ohne Tageslicht und unter schwankenden klimatischen Bedingungen, eine zunehmende Isolierung unter den Belegschaften selbst einer Fachrichtung, der alltägliche und zermürbende Kleinkrieg mit einem zunehmenden bürokratischen Verwaltungsapparat z.B. um Bestellungen, Anmeldungen, Überweisungen. Resignation oder Aggressionsausbrüche sind nur zwei Reaktionsweisen. Initiativen, um Veränderungen oder Erleichterungen zu schaffen, erscheinen hoffnungslos.

„Wichtigster Zweck aller Krankenhäuser ist die Versorgung und Pflege kranker Menschen. Krankenhäuser sind Dienstleistungsbetriebe besonderer Art, die ständig aufnahme- und einsatzbereit sein müssen.“ Diese Definition der ÖTV aus den „Perspektiven zur Gesundheitspolitik“ beinhaltet nicht nur allgemeine Aussagen für eine sachliche Ausrüstung eines Krankenhauses, sondern auch, daß das Personal einen relativ hohen Kenntnisstand haben und flexibel und bewußt kooperativ arbeiten können muß.

Die Struktur vor allen Dingen der Großkrankenhäuser und die eindeutige Schwerpunktsetzung auf die Behandlung durch medizinische Geräte und Medikamente blockieren zunehmend, den Zweck zu erfüllen, wie die ÖTV es

triert sind, Arbeitsräume ohne Tageslicht und unter schwankenden klimatischen Bedingungen, eine zunehmende Isolierung unter den Belegschaften selbst einer Fachrichtung, der alltägliche und zermürbende Kleinkrieg mit einem zunehmenden bürokratischen Verwaltungsapparat z.B. um Bestellungen, Anmeldungen, Überweisungen. Resignation oder Aggressionsausbrüche sind nur zwei Reaktionsweisen. Initiativen, um Veränderungen oder Erleichterungen zu schaffen, erscheinen hoffnungslos.

„Wichtigster Zweck aller Krankenhäuser ist die Versorgung und Pflege kranker Menschen. Krankenhäuser sind Dienstleistungsbetriebe besonderer Art, die ständig aufnahme- und einsatzbereit sein müssen.“ Diese Definition der ÖTV aus den „Perspektiven zur Gesundheitspolitik“ beinhaltet nicht nur allgemeine Aussagen für eine sachliche Ausrüstung eines Krankenhauses, sondern auch, daß das Personal einen relativ hohen Kenntnisstand haben und flexibel und bewußt kooperativ arbeiten können muß.

Die Struktur vor allen Dingen der Großkrankenhäuser und die eindeutige Schwerpunktsetzung auf die Behandlung durch medizinische Geräte und Medikamente blockieren zunehmend, den Zweck zu erfüllen, wie die ÖTV es
in ihren Perspektiven definiert hat.

Dazu einige Erfahrungen aus den Unikliniken Göttingen.

Zur Vorgeschichte

Ende der sechziger Jahre beschloß die Niedersächsische Landesregierung, in Göttingen ein neues Klinikum zu bauen, da der Kern der alten Kliniken, gebaut gegen Ende des 19. Jahrhunderts, sowohl von ihrem Baubestand völlig überaltert waren, wie sie in keiner Weise mehr den Anforderungen von Lehre und Forschung, der Spezialisierung und Arbeitsteilung entsprachen, die man hätte anwenden können. Wie wohl bei all diesen großen Projekten ging es auch in Göttingen nicht ohne Bau- und Finanzskandal zu. Bereits 1971 verhängte die Landesregierung einen Baustopp, da die Neue Heimat (bauftragt mit dem Bau) ihren ursprünglichen Kostenvoranschlag von 330 Millionen revidierte und preisgab, daß die Kosten wesentlich höher liegen werden. Ein mehrmonatiger Baustopp und Streichungen an der Planung waren die Folge. Erst Ende 1976 und 1977 wurde der Umzug durchgeführt. Erst im Nachhinein kam es an die Öffentlichkeit, daß während der Bau- und Einrichtungsphase einige Firmen und auch verantwortliche Leute aus der Verwaltung die Gelegenheit gewittert haben, von den riesigen Geldmengen, die da flossen, einen Teil für sich beiseite zu schieben. Der Verwaltungsdirektor zog es vor, sich der Öffentlichkeit zu entziehen, und sprang aus dem 7. Stock des einen Bettenhauses.

Bei der Planung war ein Schwerpunkt: „Leistungsfähigkeit der gesamten Anlage: Bei den verschiedenen Aufgabengebieten liegt der Akzent in erster Linie auf Forschung und Lehre sowie auf der Ausbildung von Fachärzten; die Krankenbehandlung hat sich weitgehend nach den Erfordernissen für die Forschung zu richten (Empfehlungen des Wissenschaftsrates vom März 1968)“ (Prof. Riethmüller, beauftragt mit Organisationsstruktur und Raumprogramm, Betriebsablaufplanung). Das UBFT-Gebäude (Untersuchung, Behandlung, Forschung, Theorie – hier befinden sich die Hörsäle, Polikliniken, nahezu alle diagnostischen Einrichtungen, Routine- und Forschungslabore) bildet somit auch das Zentrum des Klinikums, während Lager, Wäscherei, Küche, betriebstechnische Werkstätten, Zentralsterilisation (links hinten im Bild) sich genau entgegengesetzt zu den 2 Bettenhäusern mit rund 1400 Betten (vorne rechts) befinden, sozusagen die Außenstellen des Zentrums.

Das Klinikum der langen Wege

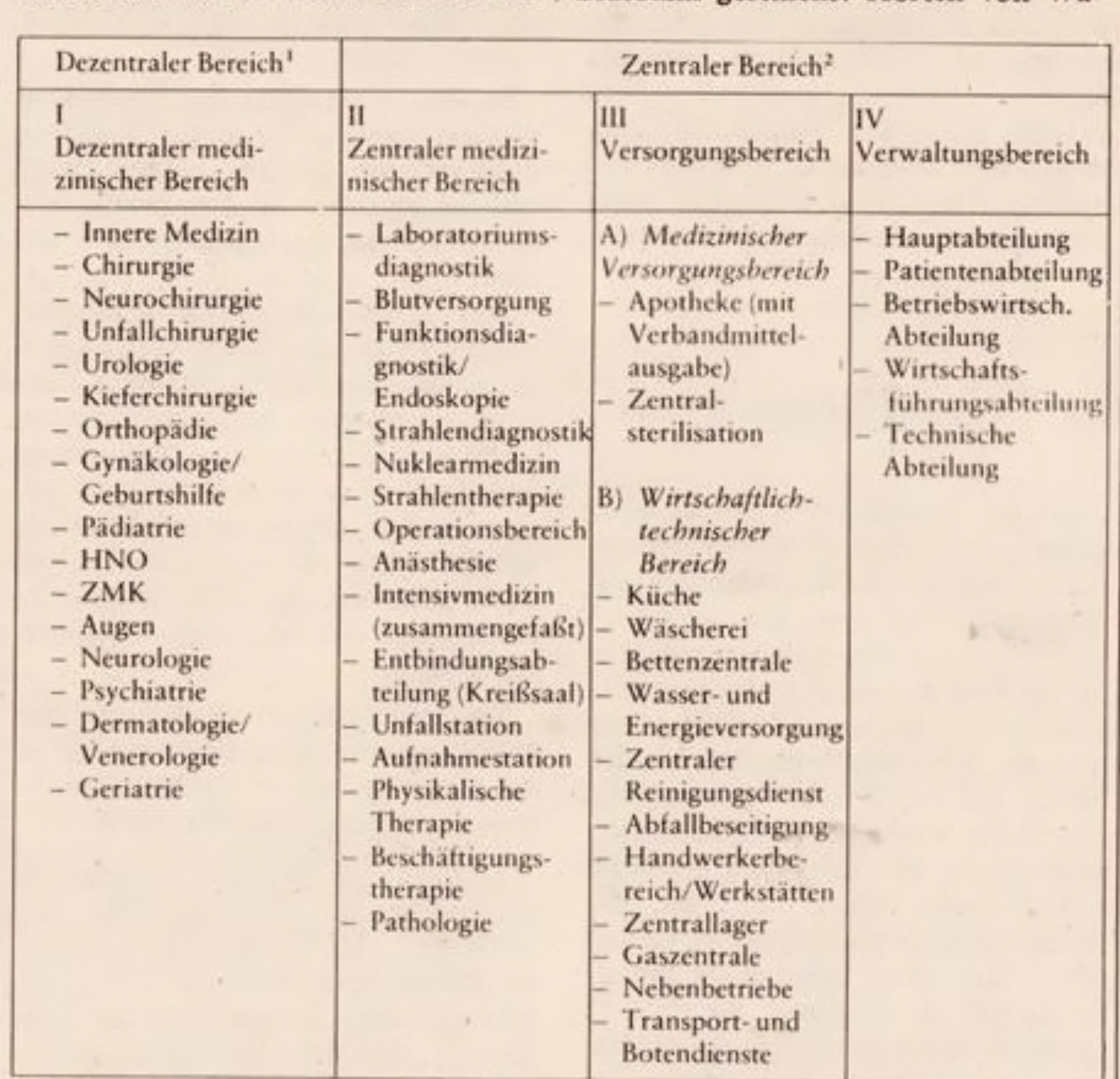
Der Kranken- und Gütertransport ist zu einem wichtigen Problem geworden. Neu geschaffen wurde ein zentraler Krankentransportdienst. Vorwiegend Zivildienstleistende sind damit beauftragt, Patienten von den Bettenstationen zum Röntgen, EKG, Bestrahlungen etc. ins Zentralgebäude zu schieben und wieder zurück. Jeweils ein Anruf pro Gang ist immer erforderlich, da sie nicht so lange warten dürfen, bis die Behandlung abgeschlossen ist (auch wenn sie nur kurze Zeit dauert). Hinbringen und Abholen lautet ihr Auftrag. Messungen haben ergeben, daß sie bis zu 20 km pro Schicht schieben müssen. Medizinische Kenntnisse brauchen sie nicht. Passiert ein

Das Klinikum der langen Wege

Der Kranken- und Gütertransport ist zu einem wichtigen Problem geworden. Neu geschaffen wurde ein zentraler Krankentransportdienst. Vorwiegend Zivildienstleistende sind damit beauftragt, Patienten von den Bettenstationen zum Röntgen, EKG, Bestrahlungen etc. ins Zentralgebäude zu schieben und wieder zurück. Jeweils ein Anruf pro Gang ist immer erforderlich, da sie nicht so lange warten dürfen, bis die Behandlung abgeschlossen ist (auch wenn sie nur kurze Zeit dauert). Hinbringen und Abholen lautet ihr Auftrag. Messungen haben ergeben, daß sie bis zu 20 km pro Schicht schieben müssen. Medizinische Kenntnisse brauchen sie nicht. Passiert ein



Dezentraler Bereich¹ | Zentraler Bereich² | I Dezentraler medizinischer Bereich | II Zentraler medizinischer Bereich | III Versorgungsbereich | IV Verwaltungsbereich | – Innere Medizin – Chirurgie – Neurochirurgie – Unfallchirurgie – Urologie | – Laboratoriumsdiagnostik – Blutversorgung – Funktionsdiagnostik/ | A) Medizinischer Versorgungsbereich – Apotheke (mit Verbandmittelausgabe) | – Hauptabteilung – Patientenabteilung – Betriebswirtsch. Abteilung – Wirtschafts-



Dezentraler Bereich[1]	Zentraler Bereich[2]		
I Dezentraler medizinischer Bereich	II Zentraler medizinischer Bereich	III Versorgungsbereich	IV Verwaltungsbereich
– Innere Medizin – Chirurgie – Neurochirurgie – Unfallchirurgie – Urologie – Kieferchirurgie – Orthopädie – Gynäkologie/ Geburtshilfe – Pädiatrie – HNO – ZMK – Augen – Neurologie – Psychiatrie – Dermatologie/ Venerologie – Geriatrie	– Laboratoriumsdiagnostik – Blutversorgung – Funktionsdiagnostik/ Endoskopie – Strahlendiagnostik – Nuklearmedizin – Strahlentherapie – Operationsbereich – Anästhesie – Intensivmedizin (zusammengefaßt) – Entbindungsabteilung (Kreißsaal) – Unfallstation – Aufnahmestation – Physikalische Therapie – Beschäftigungstherapie – Pathologie	A) *Medizinischer Versorgungsbereich* – Apotheke (mit Verbandmittelausgabe) – Zentralsterilisation B) *Wirtschaftlich-technischer Bereich* – Küche – Wäscherei – Bettenzentrale – Wasser- und Energieversorgung – Zentraler Reinigungsdienst – Abfallbeseitigung – Handwerkerbereich/Werkstätten – Zentrallager – Gaszentrale – Nebenbetriebe – Transport- und Botendienste	– Hauptabteilung – Patientenabteilung – Betriebswirtsch. Abteilung – Wirtschaftsführungsabteilung – Technische Abteilung

Tab. 1

[1] Zum dezentralen medizinischen Bereich gehören die Fachabteilungen mit ihren Bettenstationen. Er ist dezentral, weil die Leistungen der einzelnen Fachabteilungen nicht an alle Patienten, sondern im wesentlichen nur an die in den eigenen Stationen abgegeben werden.

[2] Zum zentralen medizinischen Bereich gehören diejenigen Leistungsstellen des klinischen Bereiches, deren diagnostische oder therapeutische Leistungen von allen Fachabteilungen in Anspruch genommen werden.

Zwischenfall während des Transports, sind sie aufgeschmissen. Lange Wartezeiten, bis man überhaupt jemanden vom Krankentransportdienst bekommt, sind vor allen Dingen vormittags während der Spitzenzeit nicht selten. Will man aber vom Pflegepersonal den Transport beschleunigen, scheitert das daran, daß in der Regel nur 3 Pflegekräfte auf Station sind für durchschnittlich 20 Patienten.

Um den Warentransport zu bewältigen, sind 2 Beförderungssysteme gedacht. Einmal die Kleinförderanlage für den Transport von Akten zwischen Stationen und Zentralarchiv, von Röntgenbildern, von Laborproben, Blutkonserven etc. Durch dieses Teleliftsystem sind alle Etagen der Bettenhäuser mit den entsprechenden Zentraleinrichtungen im Hauptgebäude verbunden. Für den Transport von Gütern vom und zum Wirtschaftsgebäude ist die automatische Warentransportanlage gedacht, mit Hilfe derer Wäsche, Essen, Müll etc. befördert werden. Innerhalb von 7 bis 20 Uhr sind nahezu 1700 solcher Fahrten notwendig. Könnte man ein Krankenhaus mit einem industriellen Produktionsablauf vergleichen, könnte man zu der Schlußfolgerung kommen: optimale Transportmöglichkeiten. Da man aber in einem Krankenhaus nie genau kalkulieren kann, wann und wie oft man Blutproben ins Zentrallabor transportieren muß, zu welcher Zeit man Blutkonserven benötigt, wann man einen überdurchschnittlichen Wäscheverbrauch hat, kommt es häufig zu eklatanten Zwischenfällen. Es kann z.B. tödliche Folgen haben, verläßt man sich beim Transport von Blutkonserven auf den Telelifttransport. 30 bis 45 Minuten Wartezeit sind nicht selten. Um so etwas zu vermeiden, wird dann häufig jemand vom Krankentransportdienst oder selber von Station aus zur Blutbank geschickt. Horten von Wä-

werden. Innerhalb von 7 bis 20 Uhr sind nahezu 1700 solcher Fahrten notwendig. Könnte man ein Krankenhaus mit einem industriellen Produktionsablauf vergleichen, könnte man zu der Schlußfolgerung kommen: optimale Transportmöglichkeiten. Da man aber in einem Krankenhaus nie genau kalkulieren kann, wann und wie oft man Blutproben ins Zentrallabor transportieren muß, zu welcher Zeit man Blutkonserven benötigt, wann man einen überdurchschnittlichen Wäscheverbrauch hat, kommt es häufig zu eklatanten Zwischenfällen. Es kann z.B. tödliche Folgen haben, verläßt man sich beim Transport von Blutkonserven auf den Telelifttransport. 30 bis 45 Minuten Wartezeit sind nicht selten. Um so etwas zu vermeiden, wird dann häufig jemand vom Krankentransportdienst oder selber von Station aus zur Blutbank geschickt. Horten von Wä-

sche, Verbandsmaterial, Medikamenten, Spritzen etc. ist eine andere Erscheinung, obwohl es offiziell verboten. Und es ist offensichtlich eine notwendige Erscheinung, da man nie genau weiß, ob man die Materialien, die man benötigt, auch immer rechtzeitig und ausreichend bekommt.

Medizinische Datenverarbeitung – ein neues Kommunikationssystem?

„Bei einem derartigen Gebäudekomplex kann nur durch einen sehr sorgfältig geplanten intensiven Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung ein geordneter Funktionsablauf unter gleichzeitiger Berücksichtigung wirtschaftlicher Gesichtspunkte erfolgen.“ (Prof. Ehlers, Leiter der Abt. für Med. Datenverarbeitung). Mit Hilfe eines weitverzweigten Datensammel- und Kommunikationssystems ist es möglich, nahezu alle Bewegungen und Abläufe zu registrieren. Angefangen bei den Daten der Patienten, den Arten und Mengen des Verbrauchs von Essen, Medikamenten etc. bis hin zur genauen Erfassung des Umfangs von Untersuchungen und Behandlungen. Sicherlich trifft auch für das Göttinger Klinikum zu, was der Verwaltungsleiter des Kulmbacher Krankenhauses zur Einstellung des Personals zur Einführung der Datenverarbeitung feststellen mußte: „Zu Beginn der Projektdurchführung war etwa ein Drittel des Krankenhauspersonals an der EDV positiv interessiert, ein Drittel stand diesem Unternehmen mit gesunder Skepsis abwartend und der Rest ihm negativ, teilweise mit destruktiver Kritik, gegenüber. Bis heute stehen die ersten beiden Drittel wohlwollend hinter der EDV und das letzte konnte bis etwa auf die Hälfte interessiert werden.“ (aus M. Meyer, „Krankenhausplanung“) Diese Einstellung hat nichts mit Gegnerschaft zum technischen Fortschritt zu tun. Die Erfahrungen lassen aber den Schein zu, daß das ganze System der Datenverarbeitung mitschuldig sei an der zunehmenden Anonymität, an der Verkomplizierung ganz einfacher Arbeitsvorgänge, an der Unübersichtlichkeit des ganzen Betriebsablaufes. Ein kleinlicher Papierkrieg, dreifaches bis

lich, nahezu alle Bewegungen und Abläufe zu registrieren. Angefangen bei den Daten der Patienten, den Arten und Mengen des Verbrauchs von Essen, Medikamenten etc. bis hin zur genauen Erfassung des Umfangs von Untersuchungen und Behandlungen. Sicherlich trifft auch für das Göttinger Klinikum zu, was der Verwaltungsleiter des Kulmbacher Krankenhauses zur Einstellung des Personals zur Einführung der Datenverarbeitung feststellen mußte: „Zu Beginn der Projektdurchführung war etwa ein Drittel des Krankenhauspersonals an der EDV positiv interessiert, ein Drittel stand diesem Unternehmen mit gesunder Skepsis abwartend und der Rest ihm negativ, teilweise mit destruktiver Kritik, gegenüber. Bis heute stehen die ersten beiden Drittel wohlwollend hinter der EDV und das letzte konnte bis etwa auf die Hälfte interessiert werden.“ (aus M. Meyer, „Krankenhausplanung“) Diese Einstellung hat nichts mit Gegnerschaft zum technischen Fortschritt zu tun. Die Erfahrungen lassen aber den Schein zu, daß das ganze System der Datenverarbeitung mitschuldig sei an der zunehmenden Anonymität, an der Verkomplizierung ganz einfacher Arbeitsvorgänge, an der Unübersichtlichkeit des ganzen Betriebsablaufes. Ein kleinlicher Papierkrieg, dreifaches bis
vierfaches Registrieren von Patienten, man kennt die Ansprechpartner nicht mehr, sondern nur den Abteilungsnamen. Oder: Eigentlich ist es ein Fortschritt, mit Hilfe der Datenverarbeitung den gesamten Medikamentenverbrauch zu überprüfen, zu erfassen. Da die Belegschaft aber keinen Einfluß auf die Auswertung solcher Ergebnisse hat, sondern sie häufig in der Form als Anordnung: „Sie haben zu viel von ... verbraucht; Sie müssen den Verbrauch von ... einschränken“ erhält, bezieht sich die Kritik vielfach auf *die* Datenverarbeitung und nicht auf die Sparpolitik und ihre Konsequenzen. Einig ist man sich aber in der Kritik, daß bei der derzeitigen Organisierung des Klinikbetriebes und der Handhabung der Datenverarbeitung dieses „neue Kommunikationssystem“ die Kommunikation zwischen Menschen ersetzt durch Kommunikation zwischen abstrakten Abteilungen, zwischen Maschinen.

Zentralisierung – Arbeitsteilung

Wie alle Großkrankenhäuser, setzt sich auch die Uniklinik Göttingen aus dezentralen und zentralen Bereichen zusammen (siehe Tabelle), die in dieser Struktur erst mit dem neuen Klinikum geschaffen wurden. Wohl kaum wird jemand bestreiten können, daß eine Zentralisierung bestimmter Tätigkeiten notwendig ist (z.B. Wäscherei, Küche). Keiner wird auch bestreiten können, daß eine genaue Arbeitsteilung notwendig ist. Geht man aber bei einem Krankenhaus davon aus, daß die sachlichen und personellen Voraussetzungen so sein müssen, daß ein Höchstmaß an Flexibilität im Handeln erforderlich ist, so wird dem in den Unikliniken enge Grenzen gezogen. Eine Entwicklung sticht dabei ins Auge: Ist es auf der einen Seite möglich, mit Spezialisten und medizinischen Apparaten die kompliziertesten Behandlungen und Operationen durchzuführen, so ist auf der anderen Seite eine Reihe von neuen „Berufen“ geschaffen worden, die nichts weiter sind als Hilfsarbeitertätigkeiten und nur Kenntnis verlangen über den unmittelbaren Arbeitsgang, den die hier Beschäftigten selber durchzuführen haben. Nehmen wir ein Beispiel: die Tätigkeit in der Zentralsterilisation. Dort arbeiten Pfleger wie auch ungelernte Kollegen. So ist es u.a. ihre Aufgabe, die Instrumente aus dem OP nicht nur zu sterilisieren, sondern auch jeweils die Bestecke für bestimmte Operationen zusammenzupacken. Nun haben sie aber keine Kenntnisse und Erfahrungen aus dem OP-Bereich, sondern sie haben Fotos in ihrer Abteilung, nach denen sie die Bestecke zusammenlegen müssen. Es kann schon fatale Auswirkungen haben, wenn der Operateur erst bei der Operation bemerkt, daß ihm Instrumente fehlen. Oder: Im OP gibt es eine neue Berufssparte. Sie heißen Lagerungspfleger. Ihre Aufgabe besteht darin, die Patienten auf dem OP-Tisch zu lagern. Nun gibt es aber nicht für jeden Tisch einen Lagerungspfleger, so daß häufig längere Wartezeiten für ein ganzes OP-Team entsteht, weil der Lagerungspfleger seine Aufgabe noch nicht wahrnehmen konnte.

und Operationen durchzuführen, so ist auf der anderen Seite eine Reihe von neuen „Berufen“ geschaffen worden, die nichts weiter sind als Hilfsarbeitertätigkeiten und nur Kenntnis verlangen über den unmittelbaren Arbeitsgang, den die hier Beschäftigten selber durchzuführen haben. Nehmen wir ein Beispiel: die Tätigkeit in der Zentralsterilisation. Dort arbeiten Pfleger wie auch ungelernte Kollegen. So ist es u.a. ihre Aufgabe, die Instrumente aus dem OP nicht nur zu sterilisieren, sondern auch jeweils die Bestecke für bestimmte Operationen zusammenzupacken. Nun haben sie aber keine Kenntnisse und Erfahrungen aus dem OP-Bereich, sondern sie haben Fotos in ihrer Abteilung, nach denen sie die Bestecke zusammenlegen müssen. Es kann schon fatale Auswirkungen haben, wenn der Operateur erst bei der Operation bemerkt, daß ihm Instrumente fehlen. Oder: Im OP gibt es eine neue Berufssparte. Sie heißen Lagerungspfleger. Ihre Aufgabe besteht darin, die Patienten auf dem OP-Tisch zu lagern. Nun gibt es aber nicht für jeden Tisch einen Lagerungspfleger, so daß häufig längere Wartezeiten für ein ganzes OP-Team entsteht, weil der Lagerungspfleger seine Aufgabe noch nicht wahrnehmen konnte.

Eine feingliedrige Funktionseinteilung innerhalb der Abteilungen und zwischen den Abteilungen, Unkenntnisse über den Betriebsablauf wie auch ungenügende Ausbildung, eine weitentwickelte Hierarchie, eine anonyme bürokratische Verwaltung lassen das Klinikum als unveränderbares System erscheinen. In den letzten 3 Jahren haben 6 Patienten Selbstmord gemacht. Sie sind aus einem der oberen Stockwerke gesprungen. Wie ein Lauffeuer verbreiteten sich solche Meldungen in der ganzen Klinik, bestärken die Wut auf „das Scheiß-Klinikum“, verstärken aber auch eine gewisse Ohnmächtigkeit.

Durchweg widersprüchlich waren die Beurteilungen von Kollegen vom Großkrankenhaus. Einerseits die Bejahung von fortschrittlichen Untersuchungs- und Behandlungsmethoden, Anwendung neuer Techniken, andererseits Ablehnung solcher Formen, wie sie oben beschrieben sind.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Diskussionen ist es noch nicht möglich, einen Standpunkt pro oder kontra Großkrankenhaus zu beziehen (ausgeschlossen die psychiatrischen Großkrankenhäuser). Dahinter verbirgt sich ja nicht hauptsächlich die Frage nach Quadratmeterumfang eines Gebäudes, sondern welche Medizin und welche medizinischen Einrichtungen entsprechen den Bedürfnissen der Bevölkerung, welche Kenntnisse und Fähigkeiten brauchen die im Gesundheitswesen Beschäftigten, welche Rechte brauchen Patienten und Personal. Nicht zuletzt die Ankündigung der Regierung eines „harten, tief zuschlagenden Kostendämpfungsgesetzes“ für 1982 und die Pleite der Kassen zwingen zu solchen Überlegungen.

Britische Regierung ignoriert Erklärung der Hungerstreikenden

thf. Einem am Donnerstag, dem 6.8., aus dem Gefängnis geschmuggelten Papier mit einer Erklärung der hungerstreikenden IRA-Gefangenen kann die britische Regierung keine neuen Aspekte abgewinnen. In der Erklärung forderten die Gefangenen eine Trennung von wegen kriminellen Delikten Verurteilten, betonten aber, daß sie ansonsten keine Vergünstigungen wollen. Auch in anderen Forderungen, um die der Hungerstreik geführt wird, sollen sie Kompromißbereitschaft gezeigt haben. Am Wochenende darauf starb als neunter Gefangener Tom McIlwee am 62. Tag seines Hungerstreiks. Ebenfalls am Wochenende wurden Erklärungen von mehreren Dutzend Gefangenen aus dem Maze-Gefängnis bekannt, daß sie bereit seien, ebenfalls in den Hungerstreik zu treten. Scharf attackiert hat der stellvertretende irische Ministerpräsident die sture Haltung der englischen Regierung, er deutete die mögliche Abberufung des irischen Botschafters aus London an.

„Ocean-Venture 81" im Südatlantik angelaufen

cof. Unter dem Kommando des Oberbefehlshabers der US-Atlantik-Flotte und der NATO-Flotte, Admiral Train, hat letzte Woche das seit Jahren größte kombinierte Marine- und Luftwaffenmanöver begonnen. Truppen aus 16 Ländern werden sich bis Mitte Oktober an dem Manöver beteiligen, das sich in acht Phasen über die Karibik bis in den Nordatlantik, den Kanal sowie in die Nord- und Ostsee erstrecken wird. Mit 120000 Mann, 250 Schiffen und über 1000 Flugzeugen sollen folgende Kriegsübungen durchgeführt werden: 1. die Zusammenarbeit der US-Kriegsmarine mit den Flotten von Argentinien, Uruguay, Brasilien, Venezuela und Kolumbien, 2. die Offenhaltung wichtiger Verbindungswege von Amerika nach Europa, 3. Landungsmanöver in Zusammenarbeit mit der Luftwaffe, 4. der Einsatz des amerikanischen strategischen Luftkommandos sowie des militärischen Lufttransportkommandos, was in die jährliche „Reforger-Übung" übergeht, während der 17000 US-Soldaten in die BRD geflogen werden. – Norwegen, das die Zusammenarbeit mit südamerikanischen Diktaturen abgelehnt hatte, beteiligt sich nur an der als NATO-Manöver deklarierten Übung „Magic-Sword" in der Nordsee im September.

Kania verschärft Angriffe auf die Solidarność

lup. Vor einem Sonderplenum des ZK der PVAP hat der polnische Parteichef Kania seine Angriffe auf die unabhängige Gewerkschaft Solidarność verschärft. Die „polnische Straße" müsse wieder zur Ruhe kommen, sonst könne

in die Nord- und Ostsee erstrecken wird. Mit 120000 Mann, 250 Schiffen und über 1000 Flugzeugen sollen folgende Kriegsübungen durchgeführt werden: 1. die Zusammenarbeit der US-Kriegsmarine mit den Flotten von Argentinien, Uruguay, Brasilien, Venezuela und Kolumbien, 2. die Offenhaltung wichtiger Verbindungswege von Amerika nach Europa, 3. Landungsmanöver in Zusammenarbeit mit der Luftwaffe, 4. der Einsatz des amerikanischen strategischen Luftkommandos sowie des militärischen Lufttransportkommandos, was in die jährliche „Reforger-Übung" übergeht, während der 17000 US-Soldaten in die BRD geflogen werden. – Norwegen, das die Zusammenarbeit mit südamerikanischen Diktaturen abgelehnt hatte, beteiligt sich nur an der als NATO-Manöver deklarierten Übung „Magic-Sword" in der Nordsee im September.

Kania verschärft Angriffe auf die Solidarność

lup. Vor einem Sonderplenum des ZK der PVAP hat der polnische Parteichef Kania seine Angriffe auf die unabhängige Gewerkschaft Solidarność verschärft. Die „polnische Straße" müsse wieder zur Ruhe kommen, sonst könne

die Logik der Entwicklung zu einer Situation der Tragödie kommen. Tags zuvor hatte Ministerpräsident Jaruzelski schärfere Maßnahmen gegen Straßendemonstrationen angekündigt. Das Kabinett beriet Maßnahmen zur Verhinderung eines Sternmarsches nach Warschau, der die Forderung nach Freilassung aller politischen Häftlinge bekräftigen soll. Die Regierungsdelegation hatte in der vergangenen Woche Verhandlungen mit einer Delegation der Solidarność abrupt abgebrochen, als Solidarność sich weigerte, ein im wesentlichen nichtssagendes Kommuniqué zu unterzeichnen. Die Forderung Walesas nach einer Fernsehansprache, um den Angriffen auf Solidarność entgegenzutreten, oder einem Streitgespräch mit einem Vertreter der Regierung wurden nicht verwirklicht. Inzwischen läßt die Regierung indirekt die Möglichkeit durchblicken, die im Sommer letzten Jahres geschlossenen Vereinbarungen aufzukündigen. Die Solidarität gab am Dienstag die Einsetzung einer Kommission zur Vermittlung zwischen ihr und der Regierung.

Sonderstatus für Korsika soll nächstes Jahr in Kraft treten

cof. Gaston Defferre, französischer Innenminister und Verantwortlicher für die Dezentralisierung, hat vor 92 korsischen Regionalpolitikern in Ajaccio den Plan der Regierung für den zukünftigen Status der knapp 200000 Korsen erläutert. Eine Ablösung der Insel von Frankreich ist nicht vorgesehen, ‚wohl aber eine gewisse Selbstverwaltung: 49 Abgeordnete sollen ein Regionalparlament bilden. Ein korsisches Arbeitsamt, eigene Gesellschaften für das Kreditwesen, für Agrarfragen, für Industrieansiedlung, für Transport, Handel und Tourismus sowie eine eigene Funk- und Fernsehanstalt sollen eingerichtet werden. Die Universität von Corte wird ein Institut für Korsisch und mediterrane Forschung eröffnen, und die Schüler können drei Stunden Korsisch-Unterricht pro Woche nehmen. Anfang 1982 soll das Reformgesetz verabschiedet werden, so daß im nächsten Sommer die ersten Wahlen stattfinden können.

Neuer Kommandant der Streitkräfte Zimbabwes

thf. Das gemeinsame Oberkommando der beiden Befreiungsarmeen Zimbabwes ZANLA und ZIPRA sowie das der früheren Streitkräfte der rhodesischen Siedlerarmee ist aufgelöst worden. Der bisherige Oberkommandierende der Armee, der weiße Generalleutnant Sandy McLean, ist zum Oberkommandierenden der Streitkräfte ernannt und gleichzeitig zum General befördert worden. Generalleutnant Rex Nhongo, der frühere Oberbefehlshaber der ZANLA, ist zum Chef der Armee und Generalleutnant Masuku, der frühere Oberbefehlshaber der ZIPRA, zu seinem Stellvertreter ernannt worden. Gleichzeitig wurde bekannt, daß zu den 160 britischen Militärberatern, die die Integration der drei Streitkräfte unterstützen, jetzt 100 nordkoreanische Militärberater eingetroffen sind.

eingerichtet werden. Die Universität von Corte wird ein Institut für Korsisch und mediterrane Forschung eröffnen, und die Schüler können drei Stunden Korsisch-Unterricht pro Woche nehmen. Anfang 1982 soll das Reformgesetz verabschiedet werden, so daß im nächsten Sommer die ersten Wahlen stattfinden können.

Neuer Kommandant der Streitkräfte Zimbabwes

thf. Das gemeinsame Oberkommando der beiden Befreiungsarmeen Zimbabwes ZANLA und ZIPRA sowie das der früheren Streitkräfte der rhodesischen Siedlerarmee ist aufgelöst worden. Der bisherige Oberkommandierende der Armee, der weiße Generalleutnant Sandy McLean, ist zum Oberkommandierenden der Streitkräfte ernannt und gleichzeitig zum General befördert worden. Generalleutnant Rex Nhongo, der frühere Oberbefehlshaber der ZANLA, ist zum Chef der Armee und Generalleutnant Masuku, der frühere Oberbefehlshaber der ZIPRA, zu seinem Stellvertreter ernannt worden. Gleichzeitig wurde bekannt, daß zu den 160 britischen Militärberatern, die die Integration der drei Streitkräfte unterstützen, jetzt 100 nordkoreanische Militärberater eingetroffen sind.

– Der frühere Arbeitsminister Edgar Tekere ist nach eigenem Bekunden seiner Funktion als Generalsekretär der ZANU enthoben worden.

Putschisten schließen Kompromiß mit Militärjunta

Die Hoffnungen der demokratischen Opposition Boliviens auf eine Liberalisierung des Regimes haben sich nicht erfüllt

lup. Der fünfte Putschversuch gegen den bolivianischen Ex-Präsidenten Garcia Meza ist am vergangenen Wochenende durch eine Vereinbarung zwischen den Putschisten und der noch von Garcia Meza eingesetzten regierenden Militärjunta beendet worden. Die Einigung beinhaltet, daß eine zweijährige Übergangsregierung gebildet wird, die eine „Demokratisierung" des Landes einleiten soll. Eine Versammlung der Militärbefehlshaber des Landes soll den neuen Präsidenten ernennen. Daß dieser Kompromiß zwischen rivalisierenden Teilen der Streitkräfte, deren Rivalität wiederum zumindest zum Teil Auseinandersetzungen zwischen den führenden Drogenringen des Landes entspricht, besonders lange halten wird, ist unwahrscheinlich. Bereits jetzt erklärten die Putschisten, die Militärjunta halte die getroffenen Vereinbarungen nicht ein und verzögere eine Neuwahl des Staatspräsidenten.

Sicher scheint einstweilen bloß, daß die Hoffnungen der in der UDP vereinigten demokratischen Opposition auf eine Demokratisierung des Regimes nicht aufgegangen sind. Im Gegensatz zu früheren Putschversuchen gegen das Regime Garcia Mezas hatten diesmal Verhandlungen zwischen den Putschisten und der demokratischen Opposition stattgefunden. Der Präsident der UDP, Siles Suazo, und der designierte Vizepräsident Paz Zamora, der durch den blutigen Putsch Garcia Mezas am 17. Juli letzten Jahres gestürzt worden war, hatten aus dem Exil zur Unterstützung der Putschisten aufgerufen. Die Gewerkschaft hatte einen Generalstreik ausgerufen, der aber wohl nur in Teilen des Landes, vor allem in Santa Cruz, dem Sitz der Putschisten, durchgeführt werden konnte. Die Opposition hatte gehofft, daß ein Erfolg des Militärputsches zumindest die blutige Unterdrückung im Lande lindern würde, die unter den Oppositionspolitikern und Gewerkschaftsführern im Land verheerende Opfer anrichtet. Sie hatte dabei wohl auf die Gruppe der Konstitutionalisten in der Armee gesetzt, die offenbar eine Rückkehr zu halbwegs parlamentarischen Verhältnissen anstrebt.

Unterstützung hatten die putschenden Generale aber auch noch von einer anderen Seite. Aus seinem Exil in Miami hatte der Expräsident Hugo Banzer, der von 1971 bis 1978 eine Militärdiktatur in Bolivien angeführt hatte, zur Unterstützung der Putschisten aufgerufen. Banzer, der bereits in mehrere Putschversuche gegen Garcia Meza verwickelt war und schließlich ins Exil gehen mußte, hat nach wie vor eine

nierte Vizepräsident Paz Zamora, der durch den blutigen Putsch Garcia Mezas am 17. Juli letzten Jahres gestürzt worden war, hatten aus dem Exil zur Unterstützung der Putschisten aufgerufen. Die Gewerkschaft hatte einen Generalstreik ausgerufen, der aber wohl nur in Teilen des Landes, vor allem in Santa Cruz, dem Sitz der Putschisten, durchgeführt werden konnte. Die Opposition hatte gehofft, daß ein Erfolg des Militärputsches zumindest die blutige Unterdrückung im Lande lindern würde, die unter den Oppositionspolitikern und Gewerkschaftsführern im Land verheerende Opfer anrichtet. Sie hatte dabei wohl auf die Gruppe der Konstitutionalisten in der Armee gesetzt, die offenbar eine Rückkehr zu halbwegs parlamentarischen Verhältnissen anstrebt.

Unterstützung hatten die putschenden Generale aber auch noch von einer anderen Seite. Aus seinem Exil in Miami hatte der Expräsident Hugo Banzer, der von 1971 bis 1978 eine Militärdiktatur in Bolivien angeführt hatte, zur Unterstützung der Putschisten aufgerufen. Banzer, der bereits in mehrere Putschversuche gegen Garcia Meza verwickelt war und schließlich ins Exil gehen mußte, hat nach wie vor eine

nicht unbedeutende Basis innerhalb des Militärs und wohl auch in Teilen der Bevölkerung. Vor allem scheint er über die besten Beziehungen zur amerikanischen Regierung zu verfügen. Noch bei der Amtseinführung Ronald Reagans hatte er das bolivianische Militärregime repräsentiert. Die Vereinbarung zwischen den Putschisten und



Zutiefst in den Kokainhandel verstrickt: Die bolivianische Militärjunta

der Militärjunta deutet darauf hin, daß sich die Hugo Banzer nahestehenden rechten Militärs innerhalb der Putschisten durchgesetzt haben. Banzer hatte sich bei seiner Unterstützung des Putsches gegen eine Zusammenarbeit mit der demokratischen Opposition erklärt.

Das Regime Garcia Mezas, dem es nach dem Militärputsch im Juli vergangenen Jahres zunächst gelungen war, den Widerstand der Arbeiter- und Bauernbewegung niederzuschlagen und sich innenpolitisch einigermaßen zu konsolidieren, geriet seit Beginn dieses Jahres zunehmend in Bedrängnis, was noch dadurch verschärft wurde, daß immer mehr Berichte über die Beziehungen zwischen führenden Militärs und den führenden Kokainhändlern des Landes an die Öffentlichkeit drangen und im übrigen von der amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde bestätigt wurden. Die Einnahmen aus dem Kokain-Schmuggel aus Bolivien werden für dieses Jahr auf 1,6 Mrd. $ geschätzt, Rauschgift hat demnach das offizielle Hauptausfuhrgut Zinn von seiner bisher führenden Stellung im Export Boliviens verdrängt. Inzwischen ist allgemein davon die Rede, daß Garcia Mezas Militärputsch als „Kokainputsch in die Geschichte" Boliviens eingehen wird.

Zu einer ersten Erschütterung des Regimes führten die Veröffentlichungen

ches gegen eine Zusammenarbeit mit der demokratischen Opposition erklärt.

Das Regime Garcia Mezas, dem es nach dem Militärputsch im Juli vergangenen Jahres zunächst gelungen war, den Widerstand der Arbeiter- und Bauernbewegung niederzuschlagen und sich innenpolitisch einigermaßen zu konsolidieren, geriet seit Beginn dieses Jahres zunehmend in Bedrängnis, was noch dadurch verschärft wurde, daß immer mehr Berichte über die Beziehungen zwischen führenden Militärs und den führenden Kokainhändlern des Landes an die Öffentlichkeit drangen und im übrigen von der amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde bestätigt wurden. Die Einnahmen aus dem Kokain-Schmuggel aus Bolivien werden für dieses Jahr auf 1,6 Mrd. $ geschätzt, Rauschgift hat demnach das offizielle Hauptausfuhrgut Zinn von seiner bisher führenden Stellung im Export Boliviens verdrängt. Inzwischen ist allgemein davon die Rede, daß Garcia Mezas Militärputsch als „Kokainputsch in die Geschichte" Boliviens eingehen wird.

Zu einer ersten Erschütterung des Regimes führten die Veröffentlichungen

über den Kokainhandel, als Garcia Meza seinen Hauptverbündeten und Innenminister Arce Gomez entlassen mußte, dem nachgewiesen worden war, daß er einen persönlichen Gewinn von 500 Mio. $ aus dem Rauschgifthandel gezogen hatte. Arce Gomez wurde daraufhin zum Chef der Militärakademie ernannt. Arce Gomez war aber keineswegs der einzige Rauschgifthändler in dem Regime Garcia Mezas, Berichten zufolge sind sein Erziehungsminister, Oberst Ariel Coca, und der Chef des militärischen Geheimdienstes, Rico Toro, nicht weniger in das lukrative Geschäft verwickelt, das bereits unter Hugo Banzer geblüht hatte. Seitdem sind allerdings US-Amerikaner weitgehend aus dem Geschäft gedrängt worden, und auch der Rauschgifthandel in den USA läuft inzwischen in großen Teilen unter bolivianischer Regie. Vielleicht ist das einer der Gründe dafür, warum das bolivianische Militärregime als einziges lateinamerikanisches Regime noch nicht durch die Reagan-Administration aufgewertet wurde.

Präsidentenwechsel in Uruguay

cof. Am 1. September soll nach dem Willen der Militärregierung G. Alvarez – 1973 Putschistenführer und bis 1979 Chef der Armee – den Präsidenten Méndez ablösen. Nachdem die Bevölkerung im November '80 eine Verfassung, die die dauernde Herrschaft des Militärs sichern sollte, mit 55% der Stimmen abgelehnt hatte, gehen die Militärs auf „Öffnung": Sie verhandeln z.Zt. mit den unterdrückten Parteien über ihre Legalisierung und über die Wiederherstellung der Presse- und Versammlungsfreiheit. 1985 wollen die

dienstes, Rico Toro, nicht weniger in das lukrative Geschäft verwickelt, das bereits unter Hugo Banzer geblüht hatte. Seitdem sind allerdings US-Amerikaner weitgehend aus dem Geschäft gedrängt worden, und auch der Rauschgifthandel in den USA läuft inzwischen in großen Teilen unter bolivianischer Regie. Vielleicht ist das einer der Gründe dafür, warum das bolivianische Militärregime als einziges lateinamerikanisches Regime noch nicht durch die Reagan-Administration aufgewertet wurde.

Präsidentenwechsel in Uruguay

cof. Am 1. September soll nach dem Willen der Militärregierung G. Alvarez – 1973 Putschistenführer und bis 1979 Chef der Armee – den Präsidenten Méndez ablösen. Nachdem die Bevölkerung im November '80 eine Verfassung, die die dauernde Herrschaft des Militärs sichern sollte, mit 55% der Stimmen abgelehnt hatte, gehen die Militärs auf „Öffnung": Sie verhandeln z.Zt. mit den unterdrückten Parteien über ihre Legalisierung und über die Wiederherstellung der Presse- und Versammlungsfreiheit. 1985 wollen die

Streitkräfte in die Kasernen zurückkehren; der 23köpfige zivile Staatsrat soll um 12 designierte, nicht gewählte, Sitze erweitert werden.

Scharon: „... in Zukunft und für immer bleiben wir hier"

Ariel Scharon ist Verteidigungsminister im neuen Kabinett Begin – nach langer Durststrecke. Schon 1977 bei der Bildung der ersten Regierung des Likudblocks stand Scharon zur Debatte für das Verteidigungsministerium. Damals verhinderte die Demokratische Bewegung für den Fortschritt, Dash, die Teil der Likudkoalition war, seine Ernennung. Scharon mußte sich mit dem Landwirtschaftsministerium begnügen. Der Landraub, Herzstück der Gewaltherrschaft des Zionismus über Palästina, wurde sein Ressort. Zuerst nahm er sich den besetzten Gazastreifen vor, zerstörte die dort gewachsene wirtschaftliche und soziale Struktur, indem er die palästinensischen Ansiedlungen, sei es Dörfer, sei es Flüchtlingslager, dem Erdboden gleichmachte, Tausende von palästinensischen Bauern landlos werden ließ und den Streifen mit Siedlungen übersäte. Nach der „Befriedung des Gazastreifens" wandte sich Scharon dem Westufer zu. Gestützt auf die paramilitärischen Grünen Brigaden und die Siedlerbanden des Gusch Emunim nahm er sich die „Befriedung" des Westufers vor.

Allein im vergangenen halben Jahr ließ er 25 Siedlungen aus dem Boden stampfen, alle nach dem altbewährten Muster: mitten zwischen die arabischen Dörfer bzw. Städte gesetzt, so daß sie die Verbindungswege dazwischen kappen und nach und nach den umliegenden Boden beschlagnahmen und die Bauern ausbluten.

Scharon repräsentiert eine Strömung innerhalb des Zionismus, die sich zuerst der Armee, dann über die Herutpartei Begins der Regierung bemächtigt hat, deren Ziel die Eroberung und Kolonisierung Palästinas, Erez Israel (Groß-Israel), in seinen biblischen Grenzen ist. Für sich die Palästinenser dieser Herrschaft, gut, leisten sie Widerstand, werden sie entweder vertrieben oder umgebracht.

Geboren ist Arik Scharon in Kfar Malal, nordöstlich von Tel Aviv, als Sohn eines polnischen Vaters und einer russischen Mutter. Schon als Jugendlicher schloß er sich der Haganah an, der bewaffneten Formation der zionistischen Siedler, die im großen und ganzen von der britischen Kolonialmacht geduldet wurde.

Scharon nahm aktiv teil an allen vier Kriegen, die Israel gegen die arabischen Nachbarstaaten geführt hat und gehört zu den Abgeordneten im Knesset, die gegen das Camp-David-Abkommen gestimmt haben. Seit 1974 ist er Miglied von Begins Partei, Herut, und Abgeordneter.

Von Chérifa el-Masri

Nach der ersten Vertreibung der Palästinenser im Laufe des Krieges von 1948 und der Gründung des Staates Israel stand die der Haganah formierte israelische Armee vor zwei Aufgaben: die noch im Lande verbliebenen Palästinenser zu vertreiben und zu verhindern, daß die so Vertriebenen, in ihrer Mehrheit Bauern, zurückkehrten zu ihren Häusern und ihren Feldern, die vor ihren eigenen Augen verwahrlosten oder von fremden Siedlern bebaut wurden. Die Armee war von ihrem Selbstverständnis her als reguläres Heer und von der Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf Israels ausländische Geldgeber her dieser Aufgabe nicht gewachsen. Sie war wenig erfolgreich in der Abwehr der sogenannten „Marodeure", wie die verzweifelten palästinensischen Bauern bezeichnet wurden. Es mußte eine Truppe geschaffen werden, die ohne Legitimationsbarrieren subjektiver und objektiver Natur operieren konnte. Auf Initiative des damaligen Generalstabschefs Mosche Dayan entstand die Einheit 101, deren Leitung der damalige Oberleutnant Scharon übernahm. Vorbild dieser Einheit waren die „special night squads", die 1936 vom englischen Major Charles Orde Wingate aus jüdischen Siedlern zusammengestellt wurden, um den palästinensischen Aufstand niederzuschlagen. Aufgabe dieser Einheit, die aus ca. 40 Reservisten bestand und nur 5 Monate existierte, war es, all die Vergeltungsschläge auszuführen, für die die israelischen Streitkräfte keine offizielle Verantwortung übernehmen wollten. Der Operationsmodus bestand darin, bei Nacht die Grenze nach Jordanien oder nach Ägypten zu überqueren, *wahllos* ein arabisches Dorf, einen Gendarmerieposten oder ein Flüchtlingslager zu zerstören und vor Tagesanbruch zurückzukehren. Das Ziel dieser Überfälle und der damit verbundenen Massaker – beim Überfall auf das jordanische Dorf Kibya wurden z.B. 153 Menschen umgebracht – war Demonstration der militärischen Überlegenheit und Abschreckung. Voraussetzung für das wahllose kollektive Töten waren ideologische Postulate, die vom Araber als verachtenswertem Menschen ausgingen. Ezer Weizmann, selbst kein Mitglied der Einheit 101 aber Luftwaffengeneral, drückt das so aus: Kriegführen erfordere Verstand, „darin sind wir den Arabern überlegen" (1).

Die Einheit 101 wird schnell aufgelöst und mit den Fallschirmjägern verschmolzen. Scharon erklärt das so: „Nunmehr ist der Zeitpunkt herangereift, unsere Methoden und Prinzipien auf ‚Zahal' (die israelischen Streitkräfte) als Ganzes auszudehnen; auf die gesamte Infanterie. Wir fangen bei den Fallschirmjägern an." (2)

Im Januar 1954 wurden die Fallschirmjäger dann auch mit der Infanterie zusammengelegt. Von da an nimmt der Anteil der Angehörigen der Einheit 101 und der Fallschirmjäger bei der Besetzung der höchsten Kommandostellen rapide zu. So ist der jetzige Generalstabschef, Rafael Eitan, genauso wie sein Vorgänger Mordechai Gur Mitglied dieser Einheit gewesen. Scharons Ernennung zum Verteidigungsminister krönt diese Entwicklung.

(1) zit. nach Eli Löbel, Die Eskalation innerhalb der israelischen Gesellschaft, in: Rotes Forum 2/70, S. 36
(2) zit. nach Dan Diner, Israel in Palästina. Über Tausch und Gewalt im Vorderen Orient, Athenäum 1980, S. 173

Kongreß in Bologna: Ein Versuch der PCI

Linke und Hausbesetzer suchen die Diskussion

stw. Vom 30.7. bis zum 2.8. hatte die Stadtverwaltung von Bologna die Jugend Europas eingeladen, um gemeinsam mit der Bevölkerung der Opfer des faschistischen Bombenanschlages zu gedenken, bei dem vor einem Jahr im Wartesaal des Bahnhofs von Bologna 82 Menschen getötet wurden.

Das Treffen sollte im Geiste des Friedens, der Diskussion, gegen Faschismus, Intoleranz und Terror stattfinden. Die wichtigsten Veranstaltungen, Meetings genannt, waren zu den Themen Ökologie, Lage der Jugend in den Großstädten und zur Kriegsgefahr. Es nahmen ca. 5000 Menschen teil, u.a. eine offizielle Delegation der Alternativen Liste Berlin und Mitglieder der AL, zu denen ich gehörte.

Der Kongreß fand in Bologna statt, wo die Kommunistische Partei Italiens (PCI) seit dem Krieg die Mehrheit im Stadtparlament hält und für die Bologna das Musterbeispiel einer effektiven, vorbildlichen Stadtverwaltung ist.

Seit 1977 war dies die erste gemeinsame Veranstaltung, die nicht von der revolutionären Linken gesprengt wurde, und darin dürfte auch die Bedeutung für die italienische Situation liegen.

1977 hatte die Bewegung von arbeitslosen Jugendlichen, Stadtindianern, Gruppen wie Lotta Continua, der Autonomia, die dann zum bewaffneten Kampf überging, ihren Höhepunkt erreicht. Vor allem in Rom und Bologna kam es zu Demonstrationen, Aktionen vielfältigster Art, Straßenkämpfen mit 100000 Beteiligten.

Die PCI, die auf den historischen Kompromiß zwischen Arbeiterbewegung und Katholizismus drängte, um selber an die Regierungsmacht zu kommen, profilierte sich gegenüber dieser Bewegung als regierungsfähige Ordnungsmacht und ließ mit Polizei aus ganz Norditalien die Bewegung niederschlagen. Dabei wurde das Mitglied von Lotta Continua, Lorusso, von der Polizei erschossen. Die PCI verabschiedete dann mit die Anti-Terror-Gesetze, mit deren Hilfe nach '77 ca. 2000 Aktivisten der Bewegung in neu gebaute Gefängnisse gesteckt wurden, wo sie heute noch sitzen. Seit Anfang 1981 hat die PCI ihre Taktik des Kompromisses und der Duldung der christdemokratischen Regierung aufgegeben und betreibt nun Oppositionspolitik.

Vor diesem Hintergrund fand der Kongreß statt, und es war die Frage, ob der Kongreß nur ein taktisches Manöver der PCI war, um verlorengegangenes Wählerpotential bei der Jugend zurückzugewinnen, vergleichbar etwa der Dialogstrategie von SPD-Glotz in der BRD, oder ob es die ernsthafte Bereitschaft war, die Initiativen und Forderungen der „Jugendbewegung" aufzunehmen und in einem Bündnis gegen die Reaktion, gegen Kapitalisten, Christdemokraten, Staatsapparat und Faschisten herzustellen.

Nach 4 Tagen Kongreß möchte ich diese Frage nicht beantworten, man kann auf jeden Fall sagen, daß es in der PCI offenbar unterschiedliche Positionen gibt. Ich meine, der Kongreß war ein Schritt in die richtige Richtung.

Ökologie

Das erste Meeting zum Thema Ökologie war von Versuchen des Movimento geprägt, die Veranstaltung zu sprengen. Movimento (= Bewegung) nannten sich diejenigen, die keiner Organisation angehören und dies auch prinzipiell ablehnen. Ein Teil des Movimento hatte eh aufgerufen, den Kongreß zu boykottieren und ans Meer zu fahren. Sie versuchten also zu sprengen wegen der Politik der PCI seit '77, und weil die PCI den Ausbau von Kernkraftwerken unterstützt. Als die Sprengung so nicht gelang, hielten sie selbst einen Beitrag, der aber inhaltlich über ihre Hauptparole nicht hinausging, die lautete:

Deci, cento bombe nucleari
dotto il culo dei parlamentari!

Zehn, hundert nukleare Bomben unter den Hintern der Parlamentarier!

Die Diskussion über Anwendung von Kernenergie und Ökologie ist in Italien nicht sehr entfaltet und der einzige Beitrag, der eine zusammenhängende Argumentation entwickelte, war ausgerechnet der von Rudolf Bahro.

Bahro entwickelte seine bekannte Argumentation, daß die Klassenauseinandersetzungen von der Gattungsfrage überlagert werde und es jetzt ums Überleben der Menschheit insgesamt gehe. Er bekam höflichen, aber schwachen Beifall. Widersprochen hat ihm aber auch niemand.

Hausbesetzungen

Das zweite Meeting ging über die Lebensbedingungen der Jugend in den Großstädten. Nach den Auseinandersetzungen vom Vortag wollten die Veranstalter die AL Berlin und die Kraakers (Hausbesetzer) aus Amsterdam aufs Podium holen, um so der erwarteten Sprengung durch Movimento zu begegnen. AL und Kraakers lehnten aber ab. In den inhaltlichen Beiträgen der AL, der Kraakers, von Züricher Hausbesetzern wurde vor allem mit den regierenden sozialdemokratischen Stadtverwaltungen abgerechnet. Die Erfahrung der Vertröstung, des Hinhaltens, und dann, wenn das nicht klappte, der Knüppel-aus-dem-Sack-Politik kam in allen Berichten zum Ausdruck. Die Kritik an den (sozialdemokratischen) Arbeiterparteien und Gewerkschaften wurde mit Bitterkeit vorgetragen, eine Bitterkeit, wie sie aus enttäuschter Hoffnung entsteht. Die PCI, vertreten durch den Baustadtrat von Bologna, sagte dazu keinen Ton, der auf dem Podium sitzende Ex-Bürgermeister Klose ebenfalls nicht, was auch das Klügste war, was er machen konnte. Der AL-Beitrag hatte bereits darauf hingewiesen, daß kein Haus in Hamburg länger als 24 Std. besetzt werden konnte, während Klose Bürgermeister war.

Kriegsgefahr

Das dritte große Meeting fand in einem Park statt und handelte von Krieg und Frieden. Neben Bahro, der schon wieder auf dem Podium saß, waren Vertreter der PDUP, der Democrazia Proletaria und der PCI anwesend.

Über die Programmdebatte der PDUP wurde vor kurzem in der KVZ berichtet, die mir bekannten italienischen Genossen schätzten die PDUP als linken Flügel der PCI ein.

Lucia Castellina also von der PDUP meinte, daß die Kriegsgefahr in der italienischen Linken noch völlig unterschätzt wird und verwies auf die strategische Bedeutung Italiens im Mittelmeerraum, insbesondere in bezug auf den Nahen Osten, hin. Ich habe ihre Argumentation nicht genau mitbekommen, sie sprach jedenfalls von der Bedrohung Europas durch die von den Supermächten beherrschten Blöcke und beendete ihren Beitrag mit der Forderung nach Auflösung der Blöcke und einer Politik der aktiven Neutralität in ganz Europa, von Polen bis Portugal.



„Besetzen wir die nicht vermieteten Häuser – gegen das Geschäft der Hausbesitzer!"

Demgegenüber plädierte der PCI-Vertreter für verstärkte Verhandlungen zwischen den Großmächten, für SALT II und ähnliche Abkommen. Dafür werde sich die PCI einsetzen und die Massen mobilisieren. Er bekam dafür starke Pfiffe und Sprechchöre, starken Beifall von seinen Anhängern, und es kam wieder zu einer kleinen Schlägerei.

Demonstration und Kundgebungen

Die abschließende Demonstration am 2. August, dem Jahrestag des faschistischen Anschlags, wurde von allen Organisationen unterstützt. An ihr nahmen ca. 25000 Menschen teil, u.a. Delegationen aus ganz Italien. Nach der Demonstration marschierte die Democrazia Proletaria mit ca. 4000 weiter, Movimento mit 2000 und die PDUP machte eine Kundgebung mit ihrem Vorsitzenden Magri und ca. 2000 Teilnehmern. Auf dieser Kundgebung wurde zunächst über den Verlauf der Untersuchung an dem Mord an Lorusso (1977) berichtet. Die Verdächtigen wurden schon nach wenigen Tagen wieder freigelassen, und die Untersuchung versandete. Ähnlich ergebnislos verlief bis jetzt die Verfolgung der Attentäter von Bologna. Magri wies auf die offensichtliche Begünstigung der Faschisten durch die Justiz und Polizei hin. Er meinte, daß die Untersuchung dieses Zusammenhangs und die Rolle, die die Democrazia Christiana dabei spielt, im Mittelpunkt des Kongresses hätte stehen müssen.

Andererseits kritisierte er die Gewerkschaften, die gegenwärtig eine wüste Kampagne gegen Terroristen in den Gewerkschaften durchführen, weil angeblich Mitglieder der Roten Brigaden bei Fiat und Alfa Romeo arbeiten und in der Gewerkschaft aktiv sind. Magri sagte, daß gerade die kompromißlerische Politik der Gewerkschaften und der PCI sowie Arbeitslosigkeit und die Erfahrungen von '77, also des Abweisens der Jugendbewegung durch die Arbeiterbewegung, Ursachen des Terrorismus seien. Es sei deshalb völlig verfehlt, wenn die Gewerkschaften sich jetzt darauf konzentrieren, die „bewaffneten Reformisten", wie Magri die Roten Brigaden nannte, zu bekämpfen.

Facit

Insgesamt zeigte der Kongreß, daß die Jugendbewegung in vielen europäischen Großstädten mit den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung zu kämpfen hat, besonders da, wo diese die Stadtverwaltung stellen. Es war das Interesse spürbar, sich darüber auseinanderzusetzen. Die PCI-geführte Stadtverwaltung von Bologna hatte diesen Kongreß organisiert, während sie noch 1977 die Jugendbewegung zusammenknüppeln ließ. Vielleicht hat das faschistische Attentat vom 2. August hier zu einem Lernprozeß geführt. Auch bei solchen Organisationsformen wie Movimento und Democrazia Proletaria, die ausdrücklich gewerkschaftsfeindliche Positionen beziehen, wäre ein Lernprozeß wünschenswert. Denn was sie inhaltlich auf diesem Kongreß geboten haben, ging über Klagen über die Ereignisse des Jahres 1977 nur selten hinaus.

Die Koffer des Monsieur Massie

Politische Hintergründe eines Polizistenmordes / Die Rolle der gaullistischen Bewegung

cof. Der beste Thriller dieses Sommers – so das Urteil der französischen Presse über die SAC-Affäre – ist kein Roman. Das „Massaker von Auriol", dem am 18. Juli der Marseiller Polizeiinspektor Jaques Massie und 5 seiner Angehörigen zum Opfer fielen, droht sich zum politischen Skandal auszuwachsen und bringt nicht wenige Gaullisten offenbar mächtig ins Schwitzen. 4 von 5 des Mordes Beschuldigter haben gestanden, an dem grausamen Verbrechen beteiligt gewesen zu sein – auf „Befehl von oben". Wer diesen Befehl gegeben hat und was das eigentliche Motiv ist, das konnten die Ermittlungsbehörden bisher nicht schlüssig erhellen. Wohl aber gibt es zahlreiche Vermutungen. Sie gehen alle von der Tatsache aus, daß die 5 Beschuldigten ebenso wie ihr Opfer Mitglied des SAC (Service d'action civique, auf deutsch etwa: Bürgeraktionsdienst) sind bzw. waren.

Die Wurzeln dieser bis heute etwa 3500 Mitglieder zählenden privaten Polizeitruppe reichen bis in die Zeit des Londoner Exils der Gruppe um de Gaulle während des 2. Weltkriegs zurück. Zwischen 1947 und 1952 richtete sich die Tätigkeit der Ordnertruppe der republikanischen Partei de Gaulles hauptsächlich gegen die Kommunisten. Es kommt zu teils heftigen Zusammenstößen. Mit Auflösung der gaullistischen Bewegung zerstreut sich die Truppe, um sich 1957 erneut zu sammeln. De Gaulle soll die durch den Befreiungskampf des algerischen Volkes von politischen Krisen geschüttelte Republik retten. Sein Mitarbeiter Foccard ruft die alten Kameraden zusammen, und der SAC ist offiziell geboren. Die dem General blind ergebenen Gorillas begleiten seine Wahlkampfreisen, kleben Plakate, verteilen Propagandamaterial, bilden den Saalschutz und mimen die Claqueure. Viele spätere Abgeordnete und einige Minister schließen sich dem SAC an, der sich nun gegen seine Überzeugung zumindest formell mit der möglichen Selbstbestimmung Algeriens abfinden muß. Als neue Aufgabe übernimmt er umfangreiche Informations- und Spitzeldienste für de Gaulle – neben den offiziell hierfür bestimmten Organen. Mitglieder des SAC unternehmen gleichwohl, gedeckt von der Polizei und dem Spionageabwehrdienst SDECE, Terroraktionen gegen die algerische Befreiungsbewegung FLN und verüben Bombenattentate in Algier und Paris, und auch in die Ausschaltung Ben Barkas, des Führers eines Aufstands in Marokko im Jahr 1965 scheinen sie verwickelt zu sein. Der Pariser Mai läutet eine neue



„Faschistisches Ungeziefer" – Plakat des Pariser Mai 1968

Etappe des SAC ein, der sich jetzt auf ca. 20000 Leute stützt. Auf Anregung eines illustren Kreises führender Gaullisten setzt er der „Macht der Straße" die Gegenmacht der „Bürgeraktion" entgegen und stellt auch die erste Garnitur der neu gegründeten „Komitees zur Verteidigung der Republik".

Der Nachfolger de Gaulles, Pompidou, verlangt zwar gewisse Säuberungen, stellt sich der Absicht seines Innenministers, den SAC aufzulösen, aber entgegen. 1974 unterstützt der SAC den Wahlkampf Chaban-Delmas; mit dem Sieg Giscard d'Estaings aber scheint der Gaullismus angeschlagen. Der SAC verlegt sich nun auf den Kampf gegen die Kommunisten und die „innere Subversion", die er vor allem in den regionalen Autonomiebestrebungen, insbesondere auf Korsika, verkörpert sieht. Die Reihen seiner Mitglieder lichten sich wieder. Wenngleich es die organische Verbindung zur Macht in Paris heute nicht mehr geben mag, so existieren doch nach wie vor enge persönliche Kontakte zur RPR des rechtsgaullistischen Präsidentschaftskandidaten von 1981, Chirac.

Massie, das Opfer, kandidierte 1977 bei den Kommunalwahlen für die RPR; 2 der jetzt Beschuldigten fungierten noch in diesem Frühjahr als Ordner auf einer Wahlversammlung Chiracs, und sie schützten auch den jetzigen RPR-Abgeordneten Santoni. Die Behauptungen Santonis und einiger seiner Kollegen, die Beziehungen zwischen SAC und RPR seien „historisch" und nicht mehr aktuell, klingen kaum glaubwürdig. Wäre dem so, dann ließe sich die Aufregung der Gaullisten schwer erklären. So zog der RPR-Fraktionsvorsitzende Labbé der Mitterrand-Regierung vor, sie spiele die Mordaffäre Auriol nur deswegen hoch, um die Franzosen von der ernsten ökonomischen Lage abzulenken; und der gaullistische Abgeordnete Tourbon verglich die Ermittlungen im Fall Massie mit den Prager Prozessen. Die neue Mehrheit in Paris versuche auf diese Art, „Regimegegner" auszuschalten. Auch die Eile, mit der Chirac, Chaban-Delmas und andere führende Gaullisten sich für die Integrität des der Beihilfe zum Mord an Massie beschuldigten Präsidenten des SAC, Pierre Debizet, verbürgten, läßt eher auf intakte Verbindungen schließen.

Wovor fürchten sich diese Ehrenmänner? Die in der Presse gehandelten Hypothesen über das Tatmotiv sind delikat und weitreichend. Festzustehen scheint, daß das unmittelbare Ziel die Entwendung zweier Köfferchen war, von denen sich Massie niemals trennte, die er vor allem seinem Rivalen um den regionalen Vorsitz des SAC, Jean Maria, auf keinen Fall hätte überlassen wollen. Vermutlicher Inhalt: Dokumente zahlreicher Verbrechen, vom einfachen Raubüberfall über illegale, höchst profitable Waffengeschäfte mit faschistischen Organisationen im Baskenland und in Italien bis hin zu dem fehlgeschlagenen Attentat auf Giscard d'Estaing auf dem Flughafen der korsischen Hauptstadt im April dieses Jahres, an denen der SAC ziemlich sicher beteiligt war. Ferner Zeugnisse von Anschlägen auf Treffpunkte von Linken und Anarchisten in Marseille sowie Minikassetten mit Aufzeichnungen von Telefongesprächen zahlreicher Gewerkschafter. Möglicherweise ließe sich auch der mysteriöse Mord vom Oktober 1979 an dem Innenarchitekten Luong, dem Geliebten der Gattin des gabunesischen Präsidenten Bongo, mit Hilfe dieser Unterlagen aufklären. Zufällig ist der SAC-Präsident Debizet seit 1968 im Auftrag der französischen Regierung nebenbei als „technischer Berater" des Herrschers von Gabun tätig. Schließlich berichtete einer der Beschuldigten sogar über Vorbereitungen des SAC auf Attentate gegen den Innenminister und Bürgermeister von Marseille Defferre sowie gegen Mitterrand. Die These der Geständigen ist, Massie, der mit einigen Methoden des SAC nicht einverstanden war, habe all dies verraten oder verraten wollen. Als mögliche Auftraggeber werden derzeit Debizet, der Rivale Massies Jean Maria und nicht zuletzt die Spionageabwehr genannt.

Premierminister Mauroy gab zu verstehen, nichts solle im dunkeln bleiben, wer auch immer das Ende der Kette bilde. Gleichzeitig durchforstet die Generalinspektion der Polizei die Reihen ihrer Untergebenen in Marseille. 43 Polizisten sollen dort zugleich Mitglieder des SAC sein; bei einem Viertel der speziellen Sicherheitseinheiten der Polizei gelten enge Beziehungen zum bewaffneten Untergrund als sicher. – Die französischen Linken fordern seit langem die Auflösung des SAC und aller Spezialeinheiten. Die Mordaffäre Auriol wird dies hoffentlich beschleunigen.

nern, Gruppen wie Lotta Continua, der Autonomia, die dann zum bewaffneten Kampf überging, ihren Höhepunkt erreicht. Vor allem in Rom und Bologna kam es zu Demonstrationen, Aktionen vielfältigster Art, Straßenkämpfen mit 100000 Beteiligten.
Die PCI, die auf den historischen Kompromiß zwischen Arbeiterbewegung und Katholizismus drängte, um selber an die Regierungsmacht zu kommen, profilierte sich gegenüber dieser Bewegung als regierungsfähige Ordnungsmacht und ließ mit Polizei aus ganz Norditalien die Bewegung niederschlagen. Dabei wurde das Mitglied von Lotta Continua, Lorusso, von der Polizei erschossen. Die PCI verabschiedete dann mit die Anti-Terror-Gesetze, mit deren Hilfe nach '77 ca. 2000 Aktivisten der Bewegung in neu gebaute Gefängnisse gesteckt wurden, wo sie heute noch sitzen. Seit Anfang 1981 hat die PCI ihre Taktik des Kompromisses und der Duldung der christdemokratischen Regierung aufgegeben und betreibt nun Oppositionspolitik.
Vor diesem Hintergrund fand der Kongreß statt, und es war die Frage, ob der Kongreß nur ein taktisches Manöver der PCI war, um verlorengegangenes Wählerpotential bei der Jugend zurückzugewinnen, vergleichbar etwa der Dialogstrategie von SPD-Glotz in der BRD, oder ob es die ernsthafte Be-
PCI, vertreten durch den Baustadtrat von Bologna, sagte dazu keinen Ton, der auf dem Podium sitzende Ex-Bürgermeister Klose ebenfalls nicht, was auch das Klügste war, was er machen konnte. Der AL-Beitrag hatte bereits darauf hingewiesen, daß kein Haus in Hamburg länger als 24 Std. besetzt werden konnte, während Klose Bürgermeister war.
Kriegsgefahr
Das dritte große Meeting fand in einem Park statt und handelte von Krieg und Frieden. Neben Bahro, der schon wieder auf dem Podium saß, waren Vertreter der PDUP, der Democrazia Pro-
„Besetzen wir die nicht vermieteten Häuser – gegen das Geschäft der Hausbesitzer!"
meerraum, insbesondere in bezug auf den Nahen Osten, hin. Ich habe ihre Argumentation nicht genau mitbekommen, sie sprach jedenfalls von der Bedrohung Europas durch die von den Supermächten beherrschten Blöcke und beendete ihren Beitrag mit der Forderung nach Auflösung der Blöcke und einer Politik der aktiven Neutralität in ganz Europa, von Polen bis Portugal.
men ca. 25000 Menschen teil, u.a. Delegationen aus ganz Italien. Nach der Demonstration marschierte die Democrazia Proletaria mit ca. 4000 weiter, Movimento mit 2000 und die PDUP machte eine Kundgebung mit ihrem Vorsitzenden Magri und ca. 2000 Teilnehmern. Auf dieser Kundgebung wurde zunächst über den Verlauf der Untersuchung an dem Mord an Lorusso (1977) berichtet. Die Verdäch-
wo diese die Stadtverwaltung stellen. Es war das Interesse spürbar, sich darüber auseinanderzusetzen. Die PCI-geführte Stadtverwaltung von Bologna hatte diesen Kongreß organisiert, während sie noch 1977 die Jugendbewegung zusammenknüppeln ließ. Vielleicht hat das faschistische Attentat vom 2. August hier zu einem Lernprozeß geführt. Auch bei solchen Organisationsformen wie Movimento und Democrazia Proletaria, die ausdrücklich gewerkschaftsfeindliche Positionen beziehen, wäre ein Lernprozeß wünschenswert. Denn was sie inhaltlich auf diesem Kongreß geboten haben, ging über Klagen über die Ereignisse des Jahres 1977 nur selten hinaus.
Die Koffer des Monsieur Massie
Politische Hintergründe eines Polizistenmordes / Die Rolle der gaullistischen Bewegung

„Schießplatz der Supermächte"

Bemerkungen zu der Spiegel-Serie über die sowjetische Bedrohung und die Nachrüstung

Jürgen Herres

Der „Spiegel" hat sich jetzt in einer dreiteiligen Artikelserie mit dem Titel „Schießplatz der Supermächte" ausführlich zur Frage der „sowjetischen Bedrohung Westeuropas und der Nachrüstung" (so der Untertitel) geäußert (1). Die Artikel fassen im wesentlichen bisher bereits vorgebrachte Argumente zusammen und illustrieren sie. Der Autor W. Bittorf wirft vor allem drei Fragen auf:

1. Ist die „Aufstellung modernster amerikanischer Raketen in Reichweite der sowjetischen Sprengköpfe der richtige Weg, das Leben in der Bundesrepublik weniger gefährlich zu machen", auch wenn niemand bestreite, daß die „Aufstellung modernster sowjetischer Mittelstreckenraketen die Bundesrepublik" gefährdet?
2. „Warum aber, wenn nicht aus purem Expansionsdrang, haben die Sowjets damals (durch die Stationierung der SS 4 und 5, jh) schon eine solche Bedrohung gegen Westeuropa aufgebaut? ... Was eigentlich hat sich für die Strategen und Politiker der NATO seither geändert?"
3. „Wie konnten Schmidt, Genscher und die anderen NATO-Europäer sich auf eine ‚Nachrüstung' mit solchen Waffen einlassen?"

Daß der Autor sich lediglich zur Aufgabe macht, diese Art von Sicherheitspolitik, wie sie durch den Mittelstrecken-Beschluß der NATO gekennzeichnet ist, anzugreifen, jedoch selbst keine Antwort auf die von ihm bereits im ersten Teil benannten „offenen Probleme", nämlich wie „das Leben in der Bundesrepublik weniger gefährlich" gemacht werden kann, zu geben versucht, macht die Stärken und Schwächen des Artikels aus. Teilweise wirklich gut ist die amerikanische Politik beschrieben und kritisiert. Da jedoch nicht ausreichend auf deren Zusammenhang und Wechselwirkung mit der russischen Außen- und Militärpolitik eingegangen wird, ist die Untersuchung unbefriedigend und schief.

Mittelstreckenraketen die Bundesrepublik" gefährdet?
2. „Warum aber, wenn nicht aus purem Expansionsdrang, haben die Sowjets damals (durch die Stationierung der SS 4 und 5, jh) schon eine solche Bedrohung gegen Westeuropa aufgebaut? ... Was eigentlich hat sich für die Strategen und Politiker der NATO seither geändert?"
3. „Wie konnten Schmidt, Genscher und die anderen NATO-Europäer sich auf eine ‚Nachrüstung' mit solchen Waffen einlassen?"
Daß der Autor sich lediglich zur Aufgabe macht, diese Art von Sicherheitspolitik, wie sie durch den Mittelstrecken-Beschluß der NATO gekennzeichnet ist, anzugreifen, jedoch selbst keine Antwort auf die von ihm bereits im ersten Teil benannten „offenen Probleme", nämlich wie „das Leben in der Bundesrepublik weniger gefährlich" gemacht werden kann, zu geben versucht, macht die Stärken und Schwächen des Artikels aus. Teilweise wirklich gut ist die amerikanische Politik beschrieben und kritisiert. Da jedoch nicht ausreichend auf deren Zusammenhang und Wechselwirkung mit der russischen Außen- und Militärpolitik eingegangen wird, ist die Untersuchung unbefriedigend und schief.

Argumentation gegen die Stationierung der US-Raketen

Da weder Pershing 2, deren Reichweite dafür nicht ausreicht, noch die Cruise Missile, deren Geschwindigkeit dafür zu gering ist, als Erstschlagswaffen geeignet sind, die in der Lage wären, die gegnerischen Raketen auszuschalten, erklärt Bittorf ihre Funktion vor allem damit, den Umfang der Wahlmöglichkeiten des amerikanischen Präsidenten im Konfrontationsfall zu vergrößern. Das Ziel „gerade der amerikanischen Strategen" sei es, dem „Gegner punktuelle Schläge anzudrohen, die ihm zwar weh tun, aber nicht so schlimm sind, daß sie ihn dazu provozieren, mit seinen strategischen Vergeltungswaffen zurückzuschlagen". Weiter versucht er dann nachzuweisen, daß ihre Bedeutung einerseits durch ihre Landstationierung in der „sichtbaren" Demonstration der Bereitschaft „die Bündnissolidarität gemeinsam zu tragen" (so die Bundesregierung in einem von L. Ruehl redigierten Argumentationspapier) liege. Zum anderen in der Beschränkung auf den Standort Europa. „Die Tendenz geht eindeutig dahin, die nukleare Schutzgarantie auf diejenigen Waffen einzuschränken, die in Europa stehen und noch nach Europa kommen", erklärt G.W. Rathjens, früherer Waffensystemanalytiker im Pentagon.

Aber die Nachrüstung sei noch in einem anderen Zusammenhang zu sehen: „Von Europa her globalstrategischen Flankenschutz für die Ölregion und für kriegerische Operationen dort zu geben – dazu ist bisher weder die Bundeswehr fähig noch sind es die bisher in der Bundesrepublik stationierten Kernwaffen ... Die neuen Mittelstrecken-Waffen ... dagegen sind als flankierendes Drohpotential gegenüber Moskau wie geschaffen." Wenn auch zu dieser Argumentation noch einige Bemerkungen nötig sind, ist den Schlußfolgerungen unbedingt zuzustimmen: „Jedesmal, wenn die beiden Großen in ihrer verschärften Rivalität ... aufeinander losgehen, wird das Bundesvolk ohnmächtig in der Schußlinie stehen." Und vor allem wenn er betont, daß die europäischen Länder keinerlei Einflußmöglichkeiten auf die stationierten amerikanischen Waffen haben. Angeblich würde das den „Abschreckungswert" erhöhen, weil die Amerikaner eher gewillt wären, die Waffen auch einzusetzen! (2)

Zur Bedeutung der SS 20

Auf die Frage der „sowjetischen Bedrohung" geht Bittorf einerseits dadurch ein, daß er die SS 20 als nicht so gefährlich darstellt, wie allgemein behauptet wird. Er unterstreicht vor allem die Notwendigkeit der Modernisierung wegen technischer Veralterung und zunehmender Unfallgefahr der SS 4/5. Seine Argumentation ist nicht zutreffend, insbesondere die These, daß aufgrund der relativ hohen Sprengkraft von 150 kt TNT je Sprengkopf die SS 20 noch keine Punktzielwaffe sei, im Gegensatz zur Pershing II, die nach seinen Angaben mit 50 kt Sprengkraft ausgerüstet ist. Im Vergleich zur SS 20 sind die SS 4/5 mit Sprengköpfen mit einer Sprengkraft von 1 Mt, also 1000 kt ausgerüstet. Aufgrund der eindeutig besseren Treffgenauigkeit und erhöhten Reichweite von 4000 bis 5000 km ist die UdSSR mit der SS 20 in der Lage, im Kriegsfall den Nachschub der USA zum europäischen Kriegsschauplatz noch vor der europäischen Küste zu unterbinden und andererseits den Suezkanal und das Golfgebiet zu erreichen. Wenn tatsächlich eine Ausschaltung der Unfallgefahren nötig gewesen wäre, wie die Sowjetführung durch einen DDR-Film dokumentieren

Waffen auch einzusetzen! (2)

Zur Bedeutung der SS 20

Auf die Frage der „sowjetischen Bedrohung" geht Bittorf einerseits dadurch ein, daß er die SS 20 als nicht so gefährlich darstellt, wie allgemein behauptet wird. Er unterstreicht vor allem die Notwendigkeit der Modernisierung wegen technischer Veralterung und zunehmender Unfallgefahr der SS 4/5. Seine Argumentation ist nicht zutreffend, insbesondere die These, daß aufgrund der relativ hohen Sprengkraft von 150 kt TNT je Sprengkopf die SS 20 noch keine Punktzielwaffe sei, im Gegensatz zur Pershing II, die nach seinen Angaben mit 50 kt Sprengkraft ausgerüstet ist. Im Vergleich zur SS 20 sind die SS 4/5 mit Sprengköpfen mit einer Sprengkraft von 1 Mt, also 1000 kt ausgerüstet. Aufgrund der eindeutig besseren Treffgenauigkeit und erhöhten Reichweite von 4000 bis 5000 km ist die UdSSR mit der SS 20 in der Lage, im Kriegsfall den Nachschub der USA zum europäischen Kriegsschauplatz noch vor der europäischen Küste zu unterbinden und andererseits den Suezkanal und das Golfgebiet zu erreichen. Wenn tatsächlich eine Ausschaltung der Unfallgefahren nötig gewesen wäre, wie die Sowjetführung durch einen DDR-Film dokumentieren

wollte, so steht die Frage, warum in einer solchen Art und Weise? Es ist der Versuch, die auf Europa und Asien beschränkten „Optionen" zu vergrößern. (3)

Welche Veränderungen seit der Stationierung der SS 4/5?

Andererseits geht der Autor der Frage der „sowjetischen Bedrohung" dadurch nach, daß er die wesentlichen Veränderungen seit der Mitte der 60er Jahre als Verschlimmerung der von den „Amerikanern und den Verbündeten selbst erzeugten Zweifel an der Zuverlässigkeit und der Eigenart des nuklearen Schutzschirms für Europa" zu charakterisieren versucht. Zuerst greift er die Sache von daher auf, wie nach den Jahren des Vietnam-Desasters bereits wieder rasch „die Falken schon wieder völlig erholt ums Capitol" kreisten. Dann entlang eines historischen Abrisses.

Nachdem 1957 die Sowjetunion als erste eine Rakete in die Umlaufbahn geschossen hatte, stellten die USA die ersten von insgesamt 600 B-52-Bombern in Dienst und bauten zu Anfang der 60er Jahre in einem Gewaltprogramm ihr Potential an Fernraketen auf. Mit einer konventionellen Überlegenheit, die allerdings bereits in den 50er Jahren aufgebaut worden war, und dem Aufbau der SS 4/5 ab 1961 versuchte die Sowjetführung ihre strategische Unterlegenheit dadurch auszugleichen, „daß sie die europäischen Verbündeten Amerikas bedrohte". „Abschreckung nach Geiselnehmer-Art" nennt es Bittorf. Nachdem 1962 Chruschtschows abenteuerlicher Coup scheiterte, durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Cuba die strategische Unterlegenheit gegenüber den USA auszugleichen, einigten sich die beiden Supermächte auf erste Rüstungskontrollvereinbarungen. Die USA zogen zwar auch ihre Mittelstreckenwaffen aus Europa und der Türkei ab, stellten aber praktisch als Äquivalent mit Atomraketen bestückte U-Boote in den Dienst, wobei einige auch der NATO unterstellt wurden. Welche Veränderungen vollzogen sich jetzt seit etwa Mitte der 60er Jahre? Und was ist der Unterschied zwischen der „sowjetischen Bedrohung" 1945, 1960 und heute?

Veränderung des strategischen Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Supermächten

Nach dem Sturz Chruschtschows führte eine forcierte Aufrüstungspolitik, die sich ausdrücklich auf alle Truppenteile bezog und die die Offensivkraft erheblich steigerte, die Sowjetunion bis zur Mitte der 70er Jahre an die Grenze des strategischen Patts mit den USA heran. „Die größere Zahl sowjetischer landgestützter Interkontinentalraketen, seegestützter Nuklearraketen und Nuklear-U-Boote wird ausgeglichen durch die Überlegenheit der USA in bezug auf die Zahl der schweren Bomber, der nuklearen Sprengköpfe und damit zusammenhängend den Grad ... der Ausstattung der Nuklearträger mit mehreren Nuklearsprengköpfen ...", schreibt der Schweizer Politologe A. Riklin (4). Er versucht in seinem Aufsatz auch auf die Kräfteverhältnisse im kontinentalen Nuklear- und im konventionellen Militärpotential einzugehen, nachdem er relativ anschaulich die Standpunkte der NATO und der Sowjetunion darstellt. D.S. Lutz, stellvertretender Direktor des Hamburger Friedensinstituts, geht in seiner Untersuchung „Die Rüstung der Sowjetunion" (5) ebenfalls auf diese Fragen ein und gibt einen relativ detaillierten Überblick über die einzelnen Bereiche. Lutz argumentiert vor allem mit der technologischen Überlegenheit der USA und damit, daß weniger eine sowjetische Bedrohung der Punkt sei, als vielmehr das „gegenseitige Mißtrauen auf der Grundlage der Abschreckungsdoktrin und ihres ‚worst-case' Imperativs" sowie die „waffentechnologische Eigendynamik eines menschenfeindlichen Rüstungskarussells in Ost und West" (6).

Auch Bittorf argumentiert so. „Aus dem wechselseitigen Gefühl der Bedrohung" sei der „kranke Mechanismus des Wettrüstens und der permanent sich steigernden tatsächlichen Bedrohung entstanden". In einem Aufsatz „Entspannungspolitik" erklärt der Politologe an der Bundeswehrhochschule W.D. Karl das Zustandekommen einer beschränkten Koexistenz der beiden Supermächte ab 1969, die sich dann in dem Zustandekommen von SALT I, II und dem Interims-Abkommen ausdrückte, so: „Die Entwicklungen in der 2. Hälfte der 60er Jahre hatten den Handlungsspielraum der Sowjets sowohl erweitert als auch eingeschränkt. Ihr Einfluß war in manchen Regionen, so im Nahen Osten, gestiegen, allerdings um den Preis der massiven materiellen Unterstützung ... Eine forcierte Aufrüstungspolitik ... bedingte aber zivile Versorgungslücken und konnte Mängel in der modernen Industrietechnologie nicht beseitigen. Neben den Kräften, die zur Disziplinierung der Unruhen in Osteuropa eingesetzt werden mußten, erforderte die Zuspitzung des Konflikts mit China, der im März 1969 zum offenen Schußwechsel am Grenzfluß Ussuri führte, weitere Anstrengungen. Schließlich war trotz aller sowjetischer Macht auch der Status quo in Europa von den westeuropäischen Staaten nicht anerkannt." Eine Rolle spielte auch die Stabilisierung der militärischen Lage in Osteuropa durch die nach der Besetzung der CSSR mögliche dortige Stationierung von sowjetischen Truppen (was voher nicht der Fall war). Da auf der anderen Seite für die USA Mitte der 60er Jahre „das dunkelste Kapitel in ihrer außenpolitischen Geschichte" begann, war eine „Veränderung der Beziehungen im gegenseitigen Interesse", um bei der Terminologie des Bundeswehrprofessors zu bleiben. (7)

Wichtig aber ist, daß die Schwächung der USA nicht in erster Linie auf die Stärkung der UdSSR zurückgeht. Die USA haben ihre absolute Weltmachtstellung vielmehr vor allem aufgrund der Kämpfe der Völker für nationale Unabhängigkeit und der Kämpfe in den USA selbst und aufgrund der wirtschaftlichen Stärkung der europäischen Länder andererseits eingebüßt. Das ist auch der wesentliche Grund dafür, daß sich die Veränderung des Kräfteverhältnisses zuerst in Form einer begrenzten Koexistenz der beiden Supermächte äußerte, die ihre Rivalität, soweit es im eigenen Interesse war, kanalisierte, aber im wesentlichen auf die Festschreibung der „Bipolarität" und der Existenz der Blöcke zielte. Die Sowjetunion ist heute kein Mythos der Stärke und es wäre völlig unangebracht, der Propaganda der NATO-Apologeten, wie sie Bittorf in seiner Artikel-Serie versucht, zu kritisieren, nachzugeben. Solche Art von Kriegshysterie verhindert lediglich zu erkennen, worauf die Rivalität und deren Verschärfung zurückgeht, denn im militärischen Wettrüsten drückt sie sich ja nur aus. Jedoch genauso falsch wäre es, nicht die Tragweite der Tatsache zu sehen, daß die Sowjetunion heute nicht mehr der USA hoffnungslos unterlegen ist, sondern gleichgezogen hat, was auch entsprechende Auswirkungen auf die im Rahmen der „Abschreckung auf Geiselnehmer-Art" aufgebauten Potentiale in Europa hat.

„Wie konnten sich die NATO-Europäer auf diese Nachrüstung einlassen?"

Bittorf vertritt die Auffassung, daß der NATO-Beschluß zuletzt „beinahe nur um seiner selbst willen zustande" gekommen sei. Das hängt damit zusammen, daß er meint, Schmidt habe durch seine Rede 1977 eine Entwicklung in Gang gesetzt, die er dann nicht mehr aufhalten konnte. Schmidt hatte erklärt, daß sich durch SALT „die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion" neutralisieren und damit die „Bedeutung der Ungleichheiten auf nukleartaktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West" wachsen würden. Bittorf interpretiert diese Äußerung in die Richtung, daß Schmidt für eine „übermächtige Power-Position" der USA eingetreten sei, weil nur auf dieser Grundlage die Übernahme der überseeischen Verpflichtungen durch die USA gewährleistet sei. Andererseits meint er, daß Schmidt hätte wissen müssen, „daß er eine einmal konstatierte Rüstungspolitik nie mehr loswerden würde". Die Amerikaner hätten dann mit Druck nachgeholfen, so daß der Beschluß nur noch zustande gekommen sei, um nach außen „Geschlossenheit" zu zeigen.

Der Widerspruch, auf den der Autor mehrfach versucht einzugehen, zwischen der Tatsache, daß Schmidt auf der einen Seite „immer wieder nach einem funktionierenden Krisenmanagement der Supermächte gerufen hat", und andererseits für Waffen eintrete, „die ihrem Charakter nach jedes Krisenmanagement" unterhöhlen würden, hängt damit zusammen, daß über die Herstellung eines militärischen Gleichgewichts ein Ausgleich zwischen den beiden Supermächten nicht herstellbar ist, aber auch kein Mittel darstellt, sie zu entsprechenden Verhandlungen zwingen zu können. (8) Einseitige Abrüstung bzw. einseitiger Verzicht auf weitere Aufrüstung ist eine Antwort darauf, politische Forderungen gegen beide Seiten eine andere!



Aufsatz auch auf die Kräfteverhältnisse im kontinentalen Nuklear- und im konventionellen Militärpotential einzugehen, nachdem er relativ anschaulich die Standpunkte der NATO und der Sowjetunion darstellt. D.S. Lutz, stellvertretender Direktor des Hamburger Friedensinstituts, geht in seiner Un-

Kämpfe in den USA selbst und aufgrund der wirtschaftlichen Stärkung der europäischen Länder andererseits eingebüßt. Das ist auch der wesentliche Grund dafür, daß sich die Veränderung des Kräfteverhältnisses zuerst in Form einer begrenzten Koexistenz der beiden Supermächte äußerte, die ihre

den beiden Supermächten nicht herstellbar ist, aber auch kein Mittel darstellt, sie zu entsprechenden Verhandlungen zwingen zu können. (8) Einseitige Abrüstung bzw. einseitiger Verzicht auf weitere Aufrüstung ist eine Antwort darauf, politische Forderungen gegen beide Seiten eine andere!



Anmerkungen:

(1) Die Artikelserie ist in den Spiegel-Ausgaben Nr. 28, 29 und 30/1981 enthalten.
(2) Auf Zitatangaben, soweit sie der Spiegel-Serie entnommen sind, wird verzichtet.
(3) Vergl. insbesondere Österreichische Militärische Zeitschrift, Heft 2/1980
(4) A. Riklin, Dreifache militärpolitische Lagebeurteilung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/1981, 17.1.1981
(5) D.S. Lutz, Die Rüstung der Sowjetunion, Baden-Baden 1979, Nomos-Verlag
(6) ebenda, S. 158/9
(7) W.D. Karl, Entspannungspolitik, in: K.D. Schwarz (Hg.), Sicherheitspolitik, 3. Auflage 1978
(8) Zur sozialdemokratischen Sicherheitspolitik siehe: Lothar Wilker, Die Sicherheitspolitik der SPD 1956 – 1966. Zwischen Wiedervereinigungs- und Bündnisorientierung, Bonn 1977. Zur ameriakanischen Politik vergleiche: Wilfried Loth, Die Teilung der Welt 1941 – 1955, dtv 4012, Juni 1980, sowie Peter Coulmas (Hg.), Elemente des Handels in der westlichen Welt, Jahrbuch für Ost-Westfragen 1979, Köln 1979, insbesondere Werner Kaltfleiter, Der Wandel der amerikanischen Außenpolitik von 1945 bis 1979, S. 11 ff, der versucht nachzuweisen, daß eine „innenpolitische Neuorientierung" der wesentliche Punkt sei, um die alte Stärke wiederzugewinnen.

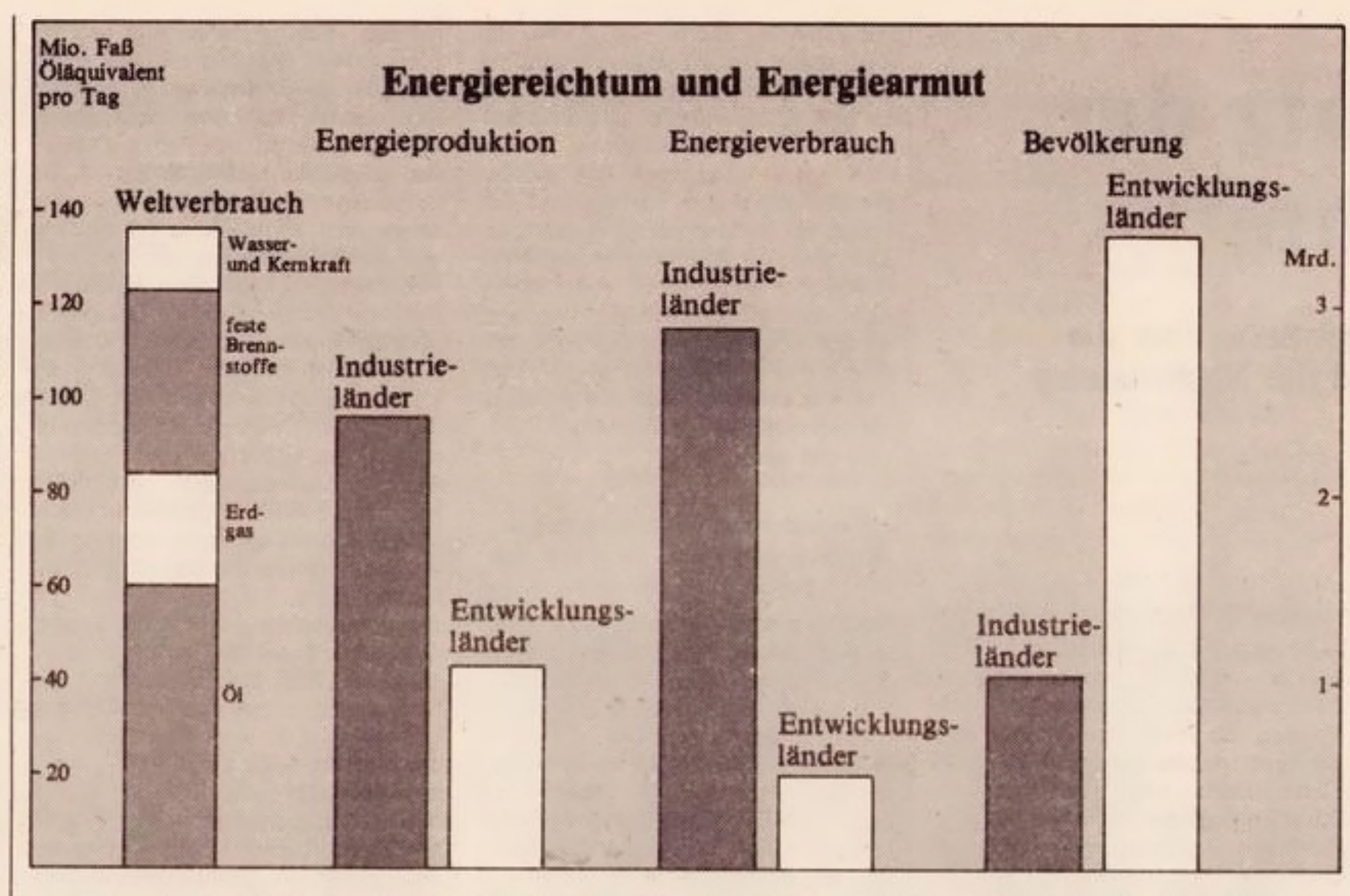
Du Pont gewinnt die Schlacht

frb. Der amerikanische Chemiekonzern Du Pont ist als Sieger aus der Jagd um den Öl- und Energiekonzern Conoco, neunter in der Skala der Ölkonzerne, hervorgegangen. 7,6 Mrd. $ wendet Du Pont für den Fraß des Ölkonzerns auf und hat damit eine neue Rekordmarke in dieser Sorte kapitalistischen Wirtschaftens gesetzt. Der neue Du Pont wird über einen Umsatz von 32 Mrd. $ verfügen und damit an 7. Stelle der US-Konzerne rangieren. Verloren hat Mobil Oil, auf dessen Angebote die Conoco-Aktionäre aus Ungewißheit über ein eventuelles Antitrustverfahren nicht reagierten. Abgeschlagen auch blieb das kanadische Schnapsimperium Seagram, das lediglich etwa 20% der Conoco-Aktien ergattern konnte.

Viel spricht dafür, daß diese Verschmelzung eines Chemie- und eines Ölkonzerns erst der Auftakt zu einer weiteren Konzentrationswelle ist. Du Pont hat jetzt eine gesicherte Rohstoffbasis an Öl, Erdgas und Kohle, denn Conoco war zugleich der zweitgrößte Kohleproduzent der USA. Umgekehrt verhilft die Technologie des Chemiekonzerns den Produkten Conocos zu neuen Absatzmärkten. Schon heißt es, diese Vorzüge könne andere Chemie- und Ölkonzerne nicht ruhen lassen. Zwar sind schon bisher Ölkonzerne mit der Chemieindustrie eng verbunden, aber jetzt sind neue Maßstäbe gesetzt. Du Pont ist zum größten Chemiekonzern der Welt geworden. Alle Vorteile wird er nutzen, die Konkurrenten auszubooten.

Zu den Gewinnern der Aktion gehören auch die Banken. Vier Mrd. $ hat sich Du Pont für die Jagd bei der Chase Manhattan ausgeliehen, die dafür eine Zinssumme kassieren wird, die den letztjährigen Profit von Du Pont übersteigt. Und auch die Broker-Firma First Boston wird absahnen: 15 Mio. $ für die Beratung in Sachen Börsentricks.

So wie es für die größten Konzerne lukrativer ist, sich bestehendes Kapital einzuverleiben als den Weg neuer Investitionen zu gehen, so ist es für manche Großbank offenbar profitlicher, derartige Börsenspiele zu finanzieren als Investitionen. Offensichtlich schwimmen sie in Geld.



In Nairobi hat die Energiekonferenz der Vereinten Nationen begonnen, deren Schwerpunkt die Erhaltung und Förderung traditioneller und regenerierbarer Energiequellen bildet. 80% ihrer Energie bezieht die ärmere Hälfte der Menschheit aus Holz; die Ausbeutung wervoller Energierohstoffe behalten sich die imperialistischen Länder vor. Der westdeutsche Delegierte in Nairobi empfahl den Ländern der Dritten Welt, zur Lösung ihrer Energieprobleme mehr „Privatinitiative" in ihren Ländern zuzulassen. (Dem Schaubild liegen Daten des World Development Report 1981 der Weltbank zugrunde. Sie beziehen sich auf das Jahr 1980 und umfassen nur die kommerzielle Primärenergie.)

Weiterhin nach unten zeigen die Daten zur Konjunkturentwicklung. Die Entwicklung des Produktionsindex, dessen Aussagekraft seit der Umstellung am Jahresanfang immer mehr angezweifelt wird, weist bestenfalls ein unverändert niedriges Niveau aus. Allenfalls bei der Investitionsgüterherstellung sieht es etwas besser aus, wegen Auslandsaufträgen. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe lagen im Mai/Juni 3,5% unter dem Vorjahresstand. – **Bundesminister Dr. Otto Graf Lambsdorff** wird in der Zeit vom 10.–23. August durch Indonesien, Singapur, Sri Lanka und Indien reisen. Die Asean-Länder verlangen eine Beseitigung der zahlreichen Einfuhrbeschränkungen der EG für ihre Waren. – **Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit** wirke besonders belastend, in einer Zeit, in der bei tendenziell verringertem Wirtschaftswachstum zur Bewältigung der außenwirtschaftlichen Anpassungsprobleme stärker investiert und exportiert werden muß, was zwangsläufig nur auf Kosten des privaten und öffentlichen Konsums möglich ist", schreibt die Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht. – **Zu einer trefflichen Kooperation** hat AEG-Chef Heinz

Die Woche im Rückblick

Dürr der auf Autoelektrik spezialisierten Bosch GmbH verholfen. Es geht um die Nachrichtentechnik, eine der lukrativen AEG-Sparten. Auch von einer Übergabe der T & N-Anteile an Bosch ist die Rede. Bosch-Geschäftsführer Merckle hatte Dürr wesentlich zu seinem Posten bei AEG verholfen. – **Das Getreideabkommen zwischen den USA und der UdSSR** ist um ein weiteres Jahr verlängert worden. Die UdSSR verpflichtet sich, mindestens 6 Mio. Tonnen Getreide in den USA zu kaufen und kann weitere 2 Mio. Tonnen ohne Konsultation ordern. Das US-Landwirtschaftsministerium rechnet mit einem Importbedarf der Sowjetunion von 34 Mio. Tonnen. – **Eine außerordentliche OPEC-Konferenz** wird in der Presse für den 19.8. angekündigt. Die Ölländer könnten sich dann auf einen Referenzpreis von 34 $ einigen, der über dem jetzigen Saudi-Arabiens und unter den anderen Preisen liegt. – **Abgelehnt hat der Vertreter der Entwicklungsländer auf der Seerechtskonferenz** das Ansinnen der USA auf eine völlige Änderung des bereits ausgearbeiteten Vertragstextes. Die USA müßten sich daran gewöhnen, daß nicht ein Land allen anderen seinen Willen aufzwingen kann, sagte er in Genf vor der Presse. Die USA wollen den ungehinderten Zugang zu den Meeresrohstoffen für sich gesichert sehen.

Binnenschiffer legen Schiffahrtsverkehr lahm

rof.Kleve. Am Montag haben die niederländischen unabhängigen Binnenschiffer mit massiven Blockaden an 30 wichtigen Schiffahrtsknoten, Kanälen, Schleusen und Hafeneinfahrten den gesamten Schiffahrtsverkehr größtenteils lahmgelegt. Einzig der „Neue Wasserweg", die wichtigste Zufahrt zum Rotterdamer Hafen, war am Montagabend nicht blockiert, da die staatlichen Behörden am Sonntagabend ein Verbot für die Binnenschiffahrt verhängten. Die Blockaden waren am Samstag auf einer Versammlung von mehr als tausend Partikulieren (die noch Eigner ihres kleinen Binnenschiffes sind) in Utrecht mit knapp dreiviertel Mehrheit beschlossen worden. Die kleinen unabhängigen Partikuliere fürchten um ihre Zukunft, die von den großen Reedereien und Verladegesellschaften bedroht ist. Sie fordern eine Ausweitung der gleichberechtigten Ladungsverteilung auf Sand- und Kiesfracht, die ca. 60% des gesamten Ladeaufkommens umfaßt und von den Schubverbänden der großen Reedereien beherrscht wird. Die belgische Schifferorganisation „Unser Recht" hat sich solidarisiert.

Preissteigerung jetzt bei 5,8 Prozent

kvz. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lag nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes Mitte Juli um 5,8% höher als Mitte Juli 1980. Im Juni 1981 hatte der Abstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat 5,5% und im Mai 5,6% betragen. Noch deutlicher wird diese Zunahme, wenn die in diesem Monat dämpfende Wirkung der besonders ernte-, saison- und witterungsabhängigen Waren ausgeklammert wird. Der Teilindex für Nahrungsmittel nämlich lag im Juli lediglich 4,5% über dem Stand des Vorjahres. Und entsprechend betrug die Preissteigerung ohne Saisonwaren sogar 5,9%. Besonders verteuert haben sich Kartoffeln (+ 9,2%), Frischgemüse (+ 13,2), elektrischer Strom (+ 12,9), Gas (+ 15,1), Heizöl (+ 15,6), Kraftstoffe (+ 21,3), örtliche Verkehrsmittel (+ 9,6), Bundesbahnleistungen (+ 16,6) und Friseurleistungen (+ 7,7). Der Preisindex für den 4-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen weist ebenfalls eine Steigerung von 5,8% auf.

Hauptelemente der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Polen
Je tiefer die Krise wird, umso einschneidender muß die Wirtschaftsreform sein
Von Gerd Koenen
Die Wirtschaftskrise in Polen vertieft sich noch immer weiter und trägt den Keim einer neuen großen gesellschaftli-
wirtschaftlichen Produktion liefern und extrem unproduktiv arbeiten. Die Bauern ihrerseits erhalten von den staatlichen Aufkaufstellen nur sehr
Jahren notschlachten und notverkaufen mußten. Frühestens 1984 – 1986 kann der Viehbestand von 1978 wieder erreicht werden. – Der einzige Licht-
in Polen gegenüber: es gibt keine Wohnungen.
● Kohle war bisher der Hauptdevisenbringer. Es fehlen jetzt die Gelder für die notwendigsten Importe von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Ersatzteilen. Es rächt sich, daß die unter Gierek aufgezogene große Verarbeitungsindustrie zu einem nicht geringen Teil abhängige Industrie ist. So wird wöchentlich die Einstellung der Produktion im Fiat-Polski-Werk in Bielsko-Biala wegen Mangel an Teilen erwartet.
tel der täglichen Arbeitskraft für lebensnotwendige Besorgungen drauf, zusätzlich zu den langen Stunden, oft von vier oder fünf Uhr früh an, wo vor der Arbeit (oder nach der Arbeit) angestanden werden muß. Die miserable Organisation der Verteilung verdoppelt so die die Arbeitskraft untergrabenden Wirkungen der unzureichenden Ernährung und Versorgung. An Neugeborenen werden jetzt Zeichen klassischer Mangelerkrankungen gefunden.
Du Pont ist zum größten Chemiekonzern der Welt geworden. Alle Vorteile wird er nutzen, die Konkurrenten auszubooten.
Zu den Gewinnern der Aktion gehören auch die Banken. Vier Mrd. $ hat sich Du Pont für die Jagd bei der Chase Manhattan ausgeliehen, die dafür eine Zinssumme kassieren wird, die den letztjährigen Profit von Du Pont übersteigt. Und auch die Broker-Firma First Boston wird absahnen: 15 Mio. $ für die Beratung in Sachen Börsentricks.
So wie es für die größten Konzerne lukrativer ist, sich bestehendes Kapital einzuverleiben als den Weg neuer Investitionen zu gehen, so ist es für manche Großbank offenbar profitlicher, derartige Börsenspiele zu finanzieren als Investitionen. Offensichtlich schwimmen sie in Geld.
Weiterhin nach unten zeigen die Daten zur Konjunkturentwicklung. Die Entwicklung des Produktionsindex, dessen Aussagekraft seit der Umstellung am Jahresanfang immer mehr angezweifelt wird, weist bestenfalls ein unverändert niedriges Niveau aus. Allenfalls bei der Investitionsgüterherstellung sieht es etwas besser aus, wegen Auslandsaufträgen. Die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe lagen im Mai/Juni 3,5% unter dem Vorjahresstand. – Bundesminister Dr. Otto Graf Lambsdorff wird in der Zeit vom 10.–23. August durch Indonesien, Singapur, Sri Lanka und Indien reisen. Die Asean-Länder verlangen eine Beseitigung der zahlreichen Einfuhrbeschränkungen der EG für ihre Waren. – Das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit wirke besonders belastend, in einer Zeit, in der bei tendenziell verringertem Wirtschaftswachstum zur Bewältigung der außenwirtschaftlichen Anpassungsprobleme stärker investiert und exportiert werden muß, was zwangsläufig nur auf Kosten des privaten und öffentlichen Konsums möglich ist", schreibt die Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht. – Zu einer trefflichen Kooperation hat AEG-Chef Heinz
Die Woche im Rückblick
Dürr der auf Autoelektrik spezialisierten Bosch GmbH verholfen. Es geht um die Nachrichtentechnik, eine der lukrativen AEG-Sparten. Auch von einer Übergabe der T & N-Anteile an Bosch ist die Rede. Bosch-Geschäftsführer Merckle hatte Dürr wesentlich zu seinem Posten bei AEG verholfen. – Das Getreideabkommen zwischen den USA und der UdSSR ist um ein weiteres Jahr verlängert worden. Die UdSSR verpflichtet sich, mindestens 6
Mio. Tonnen Getreide in den USA zu kaufen und kann weitere 2 Mio. Tonnen ohne Konsultation ordern. Das US-Landwirtschaftsministerium rechnet mit einem Importbedarf der Sowjetunion von 34 Mio. Tonnen. – Eine außerordentliche OPEC-Konferenz wird in der Presse für den 19.8. angekündigt. Die Ölländer könnten sich dann auf einen Referenzpreis von 34 $ einigen, der über dem jetzigen Saudi-Arabiens und unter den anderen Preisen liegt. – Abgelehnt hat der Vertreter der Entwicklungsländer auf der Seerechtskonferenz das Ansinnen der USA auf eine völlige Änderung des bereits ausgearbeiteten Vertragstextes. Die USA müßten sich daran gewöhnen, daß nicht ein Land allen anderen seinen Willen aufzwingen kann, sagte er in Genf vor der Presse. Die USA wollen den ungehinderten Zugang zu den Meeresrohstoffen für sich gesichert sehen.
desamtes Mitte Juli um 5,8% höher als Mitte Juli 1980. Im Juni 1981 hatte der Abstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat 5,5% und im Mai 5,6% betragen. Noch deutlicher wird diese Zunahme, wenn die in diesem Monat dämpfende Wirkung der besonders ernte-, saison- und witterungsabhängigen Waren ausgeklammert wird. Der Teilindex für Nahrungsmittel nämlich lag im Juli lediglich 4,5% über dem Stand des Vorjahres. Und entsprechend betrug die Preissteigerung ohne Saisonwaren sogar 5,9%. Besonders verteuert haben sich Kartoffeln (+ 9,2%), Frischgemüse (+ 13,2), elektrischer Strom (+ 12,9), Gas (+ 15,1), Heizöl (+ 15,6), Kraftstoffe (+ 21,3), örtliche Verkehrsmittel (+ 9,6), Bundesbahnleistungen (+ 16,6) und Friseurleistungen (+ 7,7). Der Preisindex für den 4-Personen-Haushalt mit mittlerem Einkommen weist ebenfalls eine Steigerung von 5,8% auf.

Hauptelemente der gegenwärtigen Wirtschaftskrise in Polen

Je tiefer die Krise wird, umso einschneidender muß die Wirtschaftsreform sein

Von Gerd Koenen

Die Wirtschaftskrise in Polen vertieft sich noch immer weiter und trägt den Keim einer neuen großen gesellschaftlichen Krise in sich. Auch wohlwollende westliche Beobachter haben sich nach dem Sinn der „Hungermärsche" u.ä. Aktionen gefragt. Aber für die polnischen Arbeiter geht es darum, Sicherheiten in die Hand zu bekommen, daß die angekündigten wirtschaftlichen Notstandsmaßnahmen (mit Preiserhöhungen für Lebensmittel um 100% herum) Bestandteil einer durchgreifenden Wirtschaftsreform sein werden. Und als Garant dafür wird in zunehmendem Maß die Einführung einer umfassenden Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben gefordert. (Vgl. dazu den Gesetzentwurf über die gesellschaftlichen Betriebe in KVZ 32/81)

Bevor wir uns in späteren Ausgaben mit den verschiedenen Vorstellungen über die Wirtschaftsreform in Polen befassen, zunächst ein Blick auf die Hauptelemente der gegenwärtigen Wirtschaftskrise.

● Grundlegend ist die Krise der *Landwirtschaft*. Seit 1970 ist Polen aus einem Agrar-Überschußland (+ 200 Mio. $) zu einem Land mit negativer Bilanz im Außenhandel mit Lebensmitteln geworden; 1980 betrug der Saldo – 1,2 Mrd. $, in diesem Jahr wird er auf – 1,7 Mrd. $ abfallen. Die Agrarkrise hat zunächst strukturellen Charakter: die Masse der bäuerlichen Produzenten war 20, 30 Jahre lang weitgehend von jeder Versorgung mit ausreichenden Produktions- und Düngemitteln abgeschnitten; mit riesigen Investitionsmitteln wurden die Staatsgüter und Genossenschaften aufgepäppelt, die dennoch nur 20% der landwirtschaftlichen Produktion liefern und extrem unproduktiv arbeiten. Die Bauern ihrerseits erhalten von den staatlichen Aufkaufstellen nur sehr niedrige Erzeugerpreise, ihre Wirtschaften kamen immer mehr herunter. Dabei führten die tief heruntersubventionierten Verkaufspreise für Nahrungsmittel (die die Bedingung für die äußerst niedrigen Löhne der Arbeiter bilden) zu Absurditäten wie solchen, daß es für die Bauern billiger war – und oft der einzige Ausweg –, die eigene Milch oder das Brot in den Läden zurückzukaufen und an ihr Vieh zu verfüttern, als sich Futtermittel besorgen zu müssen. – Seit dem April sind die Erzeugerpreise für die Bauern erheblich erhöht worden. Aber das hat der Krise nur noch zugespitzteren, akuten Charakter verliehen. Die Subventionen für die Lebensmittelpreise sind in astronomische Höhen gestiegen (auf 320 Mrd. Zl.), während die Bauern dennoch nicht mehr liefern, weil sie sich von den Geldeinkommen nichts kaufen können. Nicht einmal eine Hacke ist mehr zu bekommen, wird berichtet. Mit anderen Worten, was jetzt vorliegt, ist ein regelrechter *Zusammenbruch der Beziehungen zwischen Stadt und Land*. Die Stadt liefert den Bauern nicht, was sie benötigen, und also liefern die Bauern auch nicht, schon gar nicht über das staatliche Aufkaufmonopol. Zwischen 10 und 25% sind die Ablieferungen zurückgegangen. Zum Teil bringen die Bauern die Produkte selbst zu Marktpreisen in die Städte. Zum Teil haben sie sich auf Selbstversorgung zurückgezogen (und oft waren die armen Bauern früher die schlechtest Ernährten von allen). Zum Teil aber stocken sie ihr Vieh und Saatgut auf, nachdem sie in den letzten drei Jahren notschlachten und notverkaufen mußten. Frühestens 1984 – 1986 kann der Viehbestand von 1978 wieder erreicht werden. – Der einzige Lichtblick ist die gute Getreide-Ernte, die für dies Jahr in Aussicht steht. Die Anerkennung der Kleinbauern als selbständige Produzenten hat, allem Mangel zum Trotz, zusammen mit den günstigen Wetterbedingungen zu diesem Ausschwung geführt. Freilich kann das Transportchaos, der Mangel an Verpackungsmaterialien etc. auch dies noch zunichte machen.

● Der zweite Hauptfaktor ist die Krise im Bergbau, vor allem im *Kohlebergbau*. Die Förderung ist von 220 Mio. t auf 160 Mio. t zurückgegangen. Aber der Einbruch ist dramatisch. Verantwortlich gemacht wird dafür die Zurücknahme des vor Jahren eingeführten Vier-Schicht-Systems mit exzessiver Überstundenarbeit. Das zeigt aber nur, wie die vorherigen Produktionssteigerungen zustande kamen, nämlich durch frühkapitalistisch anmutende Methoden der Verwüstung der Arbeitskraft, bei Vernachlässigung aller Sicherheitseinrichtungen. Die Arbeiter sind nicht bereit, unter dies Joch zurückzukriechen. Aber sie *könnten* es womöglich nicht einmal mehr. Die Versorung selbst mit den minimalen Fleischrationen ist nicht mehr gesichert. Wie soll da Schwerstarbeit geleistet werden? Für Überstundenverdienste ist auch sonst nichts zu kaufen. Auch hier hat die Krise den Charakter eines Zusammenbruchs im gesellschaftlichen Stoffwechsel angenommen. Der schnellen Neueinstellung von Arbeitskräften – etwa 50000 werden sofort benötigt – steht das allgemeine Hindernis jeder Mobilität der Arbeiter in Polen gegenüber: es gibt keine Wohnungen.

● Kohle war bisher der Hauptdevisenbringer. Es fehlen jetzt die Gelder für die notwendigsten Importe von Rohstoffen, Halbfabrikaten und Ersatzteilen. Es rächt sich, daß die unter Gierek aufgezogene große Verarbeitungsindustrie zu einem nicht geringen Teil *abhängige* Industrie ist. So wird wöchentlich die Einstellung der Produktion im Fiat-Polski-Werk in Bielsko-Biala wegen Mangel an Teilen erwartet.

● Dramatisch zugespitzt hat sich auch die Disproportionalität zwischen dem ganzen Produktionsapparat und den Einrichtungen der Infrastruktur, speziell dem *Transportwesen*. Ohnehin unzureichend ausgebaut und überlastet, zeigt es jetzt Zeichen von Zusammenbruch, wo wegen der Unregelmäßigkeit des ganzen Wirtschaftsablaufs erhöhte Ansprüche an Organisation und Einsatzfähigkeit gestellt werden. Ein Großteil der Waggons steht herum, leer oder beladen; an die 20% der Güterwagen soll dringend reparaturbedürftig oder ganz ausgefallen sein.

● Ein übergreifendes Element in der ganzen gegenwärtigen Krise ist überhaupt die *schlechte Organisation* des gesamten staatlichen Wirtschaftsapparats. Die Oberste Kontrollkommission des Sejm hat gerade eben die Untätigkeit oder nur scheinbare Tätigkeit vieler Behörden gegeißelt. Hier sitzt das Zentrum der reaktionären Opposition gegen den gesellschaftlichen Umbruch in Polen, bis hin zu einer regelrechten Sabotage- und Hungerstrategie, die in den Zirkularen der Parteirechten offen empfohlen worden ist. Aber auch schlichte Unfähigkeit ist am Werk. Hier wird das Prekäre der ganzen augenblicklichen Lage in Polen deutlich: die alten Methoden des zentralbürokratischen Wirtschaftens und Administrierens sind bankrott, aber eine neue Methode ist noch nicht gefunden.

● Die Versorgungsschwierigkeiten müssen zwangsläufig die Produktivität herabdrücken. Da ja auch an die 90% der Frauen berufstätig sind, gehen nach Schätzungen inzwischen ein Drittel der täglichen *Arbeits*kraft für lebensnotwendige Besorgungen drauf, *zusätzlich* zu den langen Stunden, oft von vier oder fünf Uhr früh an, wo vor der Arbeit (oder nach der Arbeit) angestanden werden muß. Die miserable Organisation der Verteilung verdoppelt so die die Arbeitskraft untergrabenden Wirkungen der unzureichenden Ernährung und Versorgung. An Neugeborenen werden jetzt Zeichen klassischer Mangelerkrankungen gefunden.

● Die offiziell eingestandene *Inflation* liegt zwischen 10 und 15%, wodurch die seit dem letzten Jahr erstreikten Geldeinkommen so gut wie zunichte gemacht sind. Zugleich sinkt die Möglichkeit, die Geldeinkommen überhaupt in Ware umzusetzen, immer weiter. Ein „Kaufkraftüberhang" von 834 Mrd. Zl., das ist die gesamtgesellschaftliche Lohnsumme von 8 Monaten, hat sich gebildet und erhöht sich täglich. Mehr als ein Viertel der laufenden Lohnauszahlungen hat keine Warendeckung mehr.

● Auf dem ganzen, immer enger werdenden Wirtschaftskreislauf lastet zu allem Überfluß die enorme *Verschuldung im Westen wie im Osten*. Die Schulden im Westen betragen inzwischen 27 Mrd. $. Die gestundete Rückzahlung muß mit immer höheren Zinsen gezahlt werden, die den Erlös aus allen Exporten nach Westen allein schon auffressen. Die Sowjetunion hat in diesem Jahr bis zu 10 Mrd. $ umgeschuldet oder auf Kredit geliefert, in gewissem Umfang auch geschenkt. Auf diese Weise wird die polnische Ökonomie wieder enger in die Arbeitsteilung des RGW eingebunden, mit allen stofflichen, finanziellen u.a. Beschränkungen, die das auferlegt. Von hier entsteht einer durchgreifenden Wirtschaftsreform, die ja auf die Einführung von Marktbeziehungen und Marktpreise abzielt, ein zunehmend starkes Hindernis. Gerade die Kombination von RGW-Einbindung und Westverschuldung macht aber die Zwickmühle aus, in der das Land sich befindet.

Die Volksbewegung ist herausgefordert

Argumente im Kampf gegen den Bau der Startbahn West

kow.Frankfurt. Regionale Freizeitinteressen der betroffenen Bevölkerung sind zwar verständlich – aber in fairer Güterabwägung den wirtschaftlichen Gesamtinteressen unterzuordnen. Auf diese Formel hat die hessische Landesregierung mit Ministerpräsident Börner an der Spitze den Streit um die geplante Startbahn West spätestens seit dem Hearing im Hessischen Landtag gebracht. Sowenig nun auf der einen Seite reine Freizeitinteressen und auf der anderen Seite *Gesamt*interessen stehen, so ist diese Formel doch in zweierlei Hinsicht ein weitgehendes Eingeständnis:

1. Daß die Staatsmacht nicht gedenkt und auch nicht verpflichtet ist, dem erklärten und einheitlichen Willen der betroffenen Bevölkerung nachzukommen – was bei den Massen die Frage aufwirft, wie und in welcher Verfassung denn wirklich der Volkswille durchzusetzen ist.
2. Daß der Kapitalismus in diesem Fall unfähig ist, die sogenannten „Wirtschaftsinteressen" in Einklang zu bringen mit den gesellschaftlichen Interessen an Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensbedingungen.

Mit diesem Eingeständnis, daß die Zustände für die Massen eigentlich politisch wie vom Wirtschaftssystem her unerträglich sind, hat Börner es dennoch geschafft, gegenüber der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung etwas in die Offensive zu kommen, einige Leute auf seine Seite zu ziehen und einen größeren Teil der hessischen Bevölkerung zu paralysieren. Die großen Zeitungen Frankfurts z.B. sind auf Börners Kurs verpflichtet und auch sonst gibt es zahlreiche Behinderungen der Kampagne Volksbegehren/Volksentscheid „Keine Startbahn West".

Trotzdem, es gibt auch in der Führung der landesweiten Kampagne der Startbahngegner Mängel, die sich negativ auswirken auf die laufende Unterschriftensammlung wie auf die Mobilisierung gegen die drohende Hüttendorfräumung. Die Kampagne macht keine Fortschritte im Selbstlauf. Die Aktivisten haben oft Probleme, Leute zu überzeugen, der Kreis der Aktivisten ist zumindest außerhalb des Kreises Groß-Gerau noch zu klein.

Unbewußt und auch explizit gibt es Auffassungen, die mit der Startbahn aufgeworfenen Fragen wie Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum, gesamte Verkehrskonzeption, Strukturpolitik usw. seien geklärt – oder diese Fragen seien nicht so wichtig, weil es jetzt um den Erhalt der natürlichen Umwelt gegen die „Wachstumsfetischisten" gehe – oder man bräuchte sich darüber nicht groß Gedanken machen, das seien die Sorgen der Kapitalisten. Faktisch führen diese Positionen dazu, bei der Volksbegehren-Kampagne nur die Unterschriften der Leute „abzusahnen", die eh gegen die Startbahn sind, und nicht einmal das gelingt. Man gibt sich keine Rechenschaft mehr darüber, warum es nicht gelingt, das bedingte Ja des DGB-Landesvorstandes zur Startbahn West zu kippen (daß der ÖTV-Vorsitzende im Aufsichtsrat der FAG sitzt, ist auf Dauer kein Grund), warum gerade die Unterstützung aus dem DGB und der SPD hessenweit so spärlich ist, warum die Unterschriftensammlung nicht gerade schwungvoll vor sich geht, wie wir die politische Lage ändern können.

Die meisten Leute, zumindest außerhalb Groß-Geraus, haben von der Kampagne den Eindruck, hier handele es sich um eine gesellschaftliche Minderheit von Leuten, die den Kampf für ihre natürlichen Lebensbedingungen führen und dabei wirtschaftliche Interessen hintanstellen – und so ist zwar die Bevölkerung im Kreis Groß Gerau, aber nicht die Mehrheit der hessischen Bevölkerung zu gewinnen, insbesondere nicht die Gewerkschaften. Zwar gibt es zahlreiche Stellungnahmen der BI insbesondere zum Problem der Arbeitsplätze, aber in die Offensive gekommen ist man damit noch nicht.

Die Kritik der Landesregierung muß verbessert werden – zu welchem Zweck und zu wessen Nutzen soll die 3. Startbahn gebaut werden? Börner's o.g. Alternative erfordert eine umfassende und revolutionäre Antwort und positive Forderungen. Die Leute machen sich auch massenhaft Gedanken darüber, wie das Wirtschaftswachstum und das Verkehrsaufkommen tatsächlich in gesellschaftlichem Interesse ohne Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen geregelt werden müßte. Das ist fortschrittlich. Zweifellos gibt es hier ein weites Betätigungsfeld für Reformer wie etwa Bundesforschungsminister Hauff. Hauff wird deshalb nicht zum Bündnispartner der BI werden. Umgekehrt, mit seinen Vorschlägen für ein integriertes Verkehrskonzept tummelt er sich nur auf dem Boden des tatsächlichen Widerspruchs zwischen der Anarchie der kapitalistischen Produktion im Verkehrswesen und dem wirklichen Bedürfnis der Werktätigen nach planvoller Bewältigung des Verkehrsproblems in ihrem Interesse.

Die Aktivisten der Startbahngegner und die Revolutionäre sollten den Leuten helfen, sich über diese Verhältnisse klarer zu werden und positive Forderungen und Konzeptionen z.B. eines alternativen Verkehrskonzeptes zu entwickeln. Das wird auch dazu beitragen, mit dieser Kampagne gegen die Startbahn West die Front für Demokratie und Sozialismus zu stärken.

Die obigen Überlegungen sind keineswegs neu, noch sind sie außerhalb der Reichweite der Argumentation der BI selbst. Vielmehr sind die behandelten Fragen und Antworten teilweise nicht auf den Punkt gebracht, nicht in den Gesamtzusammenhang gestellt, oder sie stehen teils nur auf dem Papier, nicht aber in den Köpfen der Startbahngegner – das alles ist auch von Ort zu Ort verschieden.

Im folgenden soll thesenartig Stellung genommen werden zur Frage „Warum die Startbahn?" und zu einigen Punkten einer alternativen Verkehrskonzeption (Fortführung in einer der nächsten KVZ). Wir stützen uns dabei im wesentlichen auf zwei empfehlenswerte Stellungnahmen:

Rainer Meyfahrt, „Verkehrspolitische und regionalpolitische Probleme des Ausbaus des Flughafens Frankfurt am Main", Kassel, Januar 1981, und Henner Gonnermann, Naturschutzverbände, Februar 1981, „Welchen Beitrag kann die Deutsche Bundesbahn zur Entlastung des Flughafens Rhein-Main liefern?"

(Beide Stellungnahmen beim Landtagshearing zu Protokoll gegeben, abgedruckt in der stenographischen Niederschrift der „Anhörung ...", zu beziehen über die Kanzlei des Hessischen Landtags. Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen die folgenden Daten aus diesen beiden Stellungnahmen.)

Startbahn West eine „Fehlplanung"

1. Die dem Planfeststellungsbeschluß von 1971 für die 3. Startbahn zugrundeliegenden Wachstumsprognosen weichen entschieden von der tatsächlichen Entwicklung des Flugverkehrs ab. Für 1980 liegt die Prognose z.B. des Frachtaufkommens 4 mal so hoch wie die tatsächliche Fracht 1980. Die erwartete Kapazitätssteigerung durch die 3. Startbahn liegt nur bei 6–8%. Ob überhaupt in Zukunft ein Wachstum des Luftverkehrs eintritt, ist angesichts der jüngsten Entwicklung zweifelhaft. Die FAG macht die Unplanmäßigkeit des Wachstums der kapitalistischen Produktion zu ihrem obersten Planungsgebot. Auch zu irgendwelchen erhofften Spitzenzeiten der Konjunktur soll es heißen: „Freie Fahrt für freie Bürger".

2. Die Bundesregierung verfolgt eine Politik der dirigistischen Stützung des Luftverkehrs durch Steuerfreiheit für das Flugbenzin Kerosin (sonst würden die Flugpreise um ca. 25% steigen), während gleichzeitig die Streichung der Gasölsubvention bei der Bundesbahn zu weiteren Preissteigerungen führt. Die Lufthansa (79% staatseigen) wird subventioniert.

3. Ca. 30% des Flugverkehrsaufkommens auf Rhein-Main ist innerdeutsch, die Lufthansa macht mit diesem Verkehr Defizite wegen der hohen Treibstoffpreise und Landegebühren. Insbesondere aus nahegelegenen Städten wie Köln und Stuttgart sind die meisten Flüge um 40% preisermäßigt. Die Zeitersparnis gegenüber der Zugreise 1. Klasse Intercity beträgt maximal 2 Stunden (aus Hamburg). Die preisermäßigten Flüge sind sofort, der gesamte innerdeutsche Flugverkehr langfristig auf das bestehende IC-Netz der Bundesbahn umzulegen. Die so gewonnene Kapazitätsentlastung auf Rhein-Main betrüge 15 bzw. 30%. Die Kosten wie die Umweltbelastung wären weitaus geringer.

4. Wie eine Mark für den Kapitalisten etwas anderes ist als für den Arbeiter, so auch eine Stunde. Der sachlich geringe Zeitgewinn durch den staatlich genährten Flugverkehr ist für die Kapitalisten doch von Bedeutung. 50% der Flugreisenden sind Geschäftsreisende. (Ein schneller Geschäftsabschluß in Hamburg – da spielt auch der Flugpreis keine Rolle.) Der Arbeitgeberverband Hessen und die IHK waren auf dem Hearing des Landtages die einzigen, die vom praktischen Nutzen der 3. Startbahn sprachen: „... in unserer Kammer Firmen, von denen täglich 30 bis 40 Mitarbeiter Flüge in alle Welt antreten ..." (Knoop, IHK Frankfurt).

5. Einzelne Kapitale, überwiegend in Staatsbesitz, machen durch die Startbahn West den Schnitt, so die FAG, die Flugzeugproduzenten, die Baukapitalisten und teilweise die Lufthansa. Letztere hat Interesse an Auslastung ihrer zu großen Flotte, die genannten Defizite erhält sie aus Steuergeldern erstattet. Die FAG, zwar in staatlichem Besitz, trägt ihr Geschäft in scharfer Konkurrenz zu anderen kaum ausgelasteten Flughäfen und anderen Verkehrsträgern aus. Ein zusätzlicher Flug bedeutet Vergrößerung des Absatzes. Ganz offensichtlich reicht es nicht aus, das Verkehrswesen zu verstaatlichen. Die Verkehrsmittel müssen unter tatsächliche gesellschaftliche Kontrolle. Regelungen zu erkämpfen, die die Subventionierung des Flugverkehrs und eine derartige Konkurrenz mehrerer Verkehrsträger verbieten, ist sicher sinnvoll. Aber gerade von den Gewerkschaften ausgehend muß versucht werden, die Verkehrsmittel unter die Kontrolle der Produzenten selbst zu bekommen.



Als Antwort auf die Räumung und Waldrodung der Flughafen AG am 20.10.1980 blockieren hunderte Radfahrer die Zufahrten zum Flughafen

Räumung des Hüttendorfes droht

Volksbegehren und Widerstand im Wald

Die großen Zeitungen Frankfurts z.B. sind auf Börners Kurs verpflichtet und auch sonst gibt es zahlreiche Behinderungen der Kampagne Volksbegehren/Volksentscheid „Keine Startbahn West".

Trotzdem, es gibt auch in der Führung der landesweiten Kampagne der Startbahngegner Mängel, die sich negativ auswirken auf die laufende Unterschriftensammlung wie auf die Mobilisierung gegen die drohende Hüttendorfräumung. Die Kampagne macht keine Fortschritte im Selbstlauf. Die Aktivisten haben oft Probleme, Leute zu überzeugen, der Kreis der Aktivisten ist zumindest außerhalb des Kreises Groß-Gerau noch zu klein.

Unbewußt und auch explizit gibt es Auffassungen, die mit der Startbahn aufgeworfenen Fragen wie Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum, gesamte Verkehrskonzeption, Strukturpolitik usw. seien geklärt – oder diese Fragen seien nicht so wichtig, weil es jetzt um den Erhalt der natürlichen Umwelt gegen die „Wachstumsfetischisten" gehe – oder man bräuchte sich darüber

re nicht die Gewerkschaften. Zwar gibt es zahlreiche Stellungnahmen der BI insbesondere zum Problem der Arbeitsplätze, aber in die Offensive gekommen ist man damit noch nicht.

Die Kritik der Landesregierung muß verbessert werden – zu welchem Zweck und zu wessen Nutzen soll die 3. Startbahn gebaut werden? Börner's o.g. Alternative erfordert eine umfassende und revolutionäre Antwort und positive Forderungen. Die Leute machen sich auch massenhaft Gedanken darüber, wie das Wirtschaftswachstum und das Verkehrsaufkommen tatsächlich in gesellschaftlichem Interesse ohne Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen geregelt werden müßte. Das ist fortschrittlich. Zweifellos gibt es hier ein weites Betätigungsfeld für Reformer wie etwa Bundesforschungsminister Hauff. Hauff wird deshalb nicht zum Bündnispartner der BI werden. Umgekehrt, mit seinen Vorschlägen für ein integriertes Verkehrskonzept tummelt er sich nur auf dem Boden des tatsächlichen Widerspruchs zwischen der Anarchie der kapitalisti-

kehrskonzeption (Fortführung in einer der nächsten KVZ). Wir stützen uns dabei im wesentlichen auf zwei empfehlenswerte Stellungnahmen:

Rainer Meyfahrt, „Verkehrspolitische und regionalpolitische Probleme des Ausbaus des Flughafens Frankfurt am Main", Kassel, Januar 1981, und Henner Gonnermann, Naturschutzverbände, Februar 1981, „Welchen Beitrag kann die Deutsche Bundesbahn zur Entlastung des Flughafens Rhein-Main liefern?"

(Beide Stellungnahmen beim Landtagshearing zu Protokoll gegeben, abgedruckt in der stenographischen Niederschrift der „Anhörung ...", zu beziehen über die Kanzlei des Hessischen Landtags. Soweit nicht anders gekennzeichnet, stammen die folgenden Daten aus diesen beiden Stellungnahmen.)

Startbahn West eine „Fehlplanung"

1. Die dem Planfeststellungsbeschluß von 1971 für die 3. Startbahn zugrundeliegenden Wachstumsprognosen weichen entschieden von der tatsächlichen Entwicklung des Flugverkehrs ab. Für 1980 liegt die Prognose z.B. des

Als Antwort auf die Räumung und Waldrodung der Flughafen AG am 20.10.1980 blockieren hunderte Radfahrer die Zufahrten zum Flughafen

Frachtaufkommens 4 mal so hoch wie die tatsächliche Fracht 1980. Die erwartete Kapazitätssteigerung durch die 3. Startbahn liegt nur bei 6–8%. Ob überhaupt in Zukunft ein Wachstum des Luftverkehrs eintritt, ist angesichts der jüngsten Entwicklung zweifelhaft. Die FAG macht die Unplanmäßigkeit des Wachstums der kapitalistischen Produktion zu ihrem obersten Planungsgebot. Auch zu irgendwelchen erhofften Spitzenzeiten der Konjunktur soll es heißen: „Freie Fahrt für freie Bürger".

2. Die Bundesregierung verfolgt eine Politik der dirigistischen Stützung des Luftverkehrs durch Steuerfreiheit für das Flugbenzin Kerosin (sonst würden die Flugpreise um ca. 25% steigen), während gleichzeitig die Streichung der Gasölsubvention bei der Bundesbahn zu weiteren Preissteigerungen führt. Die Lufthansa (79% staatseigen) wird subventioniert.

3. Ca. 30% des Flugverkehrsaufkommens auf Rhein-Main ist innerdeutsch, die Lufthansa macht mit diesem Verkehr Defizite wegen der hohen Treibstoffpreise und Landegebühren. Insbesondere aus nahegelegenen Städten wie Köln und Stuttgart sind die meisten Flüge um 40% preisermäßigt. Die Zeitersparnis gegenüber der Zugreise 1. Klasse Intercity beträgt maximal 2 Stunden (aus Hamburg). Die preisermäßigten Flüge sind sofort, der gesamte innerdeutsche Flugverkehr langfristig auf das bestehende IC-Netz der Bundesbahn umzulegen. Die so gewonnene Kapazitätsentlastung auf Rhein-Main betrüge 15 bzw. 30%. Die Kosten wie die Umweltbelastung wären weitaus geringer.

4. Wie eine Mark für den Kapitalisten etwas anderes ist als für den Arbeiter, so auch eine Stunde. Der sachlich ge-

Räumung des Hüttendorfes droht

Volksbegehren und Widerstand im Wald

nof/rib.Mörfelden. Nach über 12 Jahren Widerstand gegen die Ausbaupläne am Frankfurter Flughafen rückt die Entscheidung näher. Nach Aussagen der hessischen Landesregierung und der Flughafenaktiengesellschaft (FAG) soll mit dem Bau der Startbahn 18 West im Herbst dieses Jahres begonnen werden. Auf beiden Seiten – der Landesregierung und der Volksbewegung gegen die Startbahn West, mit der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung (mit über 30 Ortsgruppen) an der Spitze – laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren. Von seiten der Bürgerinitiativen läuft seit 2½ Monaten die Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren und Volksentscheid gegen die Startbahn West. 120000 Unterschriften von wahlberechtigten Hessen werden gebraucht, um den Antrag für das Volksbegehren einreichen zu können. Voraussetzung ist allerdings, daß der Planfeststellungsbeschluß – oder Teile davon – noch nicht vollzogen, also mit dem Bau noch nicht begonnen worden ist. Wenn man vom Herbst 81 als Baubeginn ausgeht, müssen bis dahin die Unterschriften gesammelt sein. Ob das jedoch gelingt, ist beim jetzigen Stand der Sammlung äußerst fraglich (20000 Unterschriften sind bis jetzt bestätigt, insgesamt sind ca. 80000 gesammelt). Das Volksbegehren soll mit der Startbahn West die Umweltpolitik der hessischen Landesregierung angreifen und einen engeren Zusammenschluß der verschiedenen Umweltschutzbewegungen in Hessen erreichen. Für bürgerliche Kräfte ist es das letzte demokratische Mittel, die Startbahn West zu verhindern. Beides geht wohl u.a. von einer Fehleinschätzung der Umweltschutzbewegung aus. Es ist nach wie vor so, daß, abgesehen von der Anti-AKW-Bewegung, die verschiedenen Umweltschutzinitiativen und vor allem die dahinter stehende Bevölkerung keineswegs politisch zusammengeschlossen sind. Es wird jeweils das örtliche/regionale Projekt etc. bekämpft. Selbst im Rhein-Main Gebiet, wo eine große Volksbewegung gegen die Startbahn West entstanden ist, kümmert man sich wenig um den Ausbau des KKW-Biblis in direkter Nähe, und der Widerstand dagegen ist am Bröckeln. Das ist wohl die politische Hauptursache für das Stagnieren bei der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren.

Ein Problem liegt sicher in der mangelnden Organisation der Sammlung selbst. Es gibt viele gute Einzelinitiativen, aber keine Systematik. Je weiter man vom Flughafen entfernt ist, desto schlechter ist auch die Information. Die Vorstellung war, im Stil einer großen Werbekampagne vorzugehen, hessenweite Zeitungsanzeigen und Postwurfsendungen, dazu fehlt jetzt das Geld. Es ist sowieso unmöglich, der FAG mit ihren Mitteln Konkurrenz machen zu wollen. Vielmehr muß man sich auf die Vorteile einer Volksbewegung stützen, man muß überall präsent sein, mit den Leuten reden, um sie überzeugen zu können, dies ist bis jetzt nur im Ansatz geschehen.

Unser Ziel muß es sein, die Umweltschutzbewegung in Hessen zusammenzuschließen und die 120000 Unterschriften vor Baubeginn zusammenzuhaben. Es wird auch den bürgerlichen Kräften unmöglich sein, um den aktiven Widerstand im Wald herumzukommen. Denn das Volksbegehren wird hinfällig, wenn es nicht gelingt, die Baumaßnahmen der FAG zu verhindern. Der Gesetzentwurf kann keine rückwirkende Gültigkeit haben.

Die BI verstärkt ihre Vorbereitungen für den Tag X. Es ist ein Konzept erstellt, wie man bei Baubeginn oder Dorfräumung vorgehen will, die Alarmierungsketten werden überprüft und auf den neuesten Stand gebracht. Wege werden gesichert, auf denen man in den Wald kommt, auch wenn die Polizei die Straßen gesperrt hat. Die Information der Bevölkerung wird sichergestellt. In einzelnen Ortsgruppen werden Veranstaltungen durchgeführt, in denen die Bevölkerung mit dem Widerstandskonzept der BI vertraut gemacht wird, dort kann das Vorgehen diskutiert und können Fragen beantwortet werden.

Dazu dient auch die **Großveranstaltung in der Walldorfer Stadthalle, Freitag, den 14.8.81, 20 Uhr.**

Das Widerstandskonzept der Bürgerinitiative hat das Hauptziel, entsprechend der jeweiligen Situation das Gelände zu halten oder wieder zu besetzen, wobei das Widerstandsdorf mit über 50 Hütten auf dem geplanten Startbahn-West-Gelände eine zentrale Bedeutung hat. Damit kann es zur Grundlage werden, das ganze Spektrum des Widerstandes von Bürgerlichen und Pfarrern bis hin zu „Anarchos" und „Punkern" zusammenzufassen.

Überhaupt kann ja das Ziel des Widerstandes im Wald nur sein, den politischen Druck gegenüber dem Staatsapparat und der Landesregierung so groß werden zu lassen, daß sie zurückziehen müssen. Dies kann nur erreicht werden, wenn es gelingt, die große Mehrheit der Bevölkerung, durch alle Altersklassen und Schichten hindurch, in den Wald und zum gemeinsamen Handeln zu bringen.

Nur durch diesen Druck können wir die Startbahn West verhindern, und dies unterstützt auch jede Unterschrift für das Volksbegehren.

Zum Schluß noch einige kurze Bemerkungen über die Vorbereitung der Landesregierung: Die Hauptlinie der Landesregierung besteht in dem Versuch, die Bewegung gegen die Startbahn West zu kriminalisieren, einzuschüchtern und damit bürgerliche Teile aus dem Widerstand herauszubrechen. Brandstiftungen im Widerstandsdorf – 4 Hütten sind abgebrannt – die Reise des hessischen Innenministers Gries mit dem Frankfurter Polizeipräsidenten Gemmer nach Narita (Japan), wo es bei Auseinandersetzungen um den dortigen Flughafenbau 6 Tote und zahlreiche Verletzte gab, sind Progagandamittel, um die gewaltsame Durchsetzung des Startbahn-West-Baus vorzubereiten. Gleichzeitig erklärt der hessische Ministerpräsident Börner das Volksbegehren-Volksentscheid für verfassungswidrig, was zu beweisen wäre, und versucht damit auch, auf dieser Ebene die Bevölkerung einzuschüchtern.



Nach dem Beschluß der französischen Regierung, den Bau von 5 Kernkraftwerken einzufrieren, traten die Arbeiter der Großbaustelle der Blöcke C und D des Kernkraftwerks Cattenom an der Mosel in den Streik, weil sie in diesem Gebiet mit sowieso schon hoher Arbeitslosigkeit um ihre Arbeitsplätze fürchteten. Nachdem sie mit einem ,,Marsch nach Paris" eine Arbeitsplatzgarantie durch den Energieminister erhalten hatten, nahmen sie am letzten Freitag die Arbeit wieder auf.

Vertrauensleutekörper am Krankenhaus Bremen-Ost

kvz.Bremen. ,,Der Vertrauensleutekörper fordert alle Kollegen auf, sich aktiv an der Demonstration und Kundgebung des DGB zum Antikriegstag 1981 zu beteiligen. Unsere ÖTV-Betriebsgruppe wird unter folgenden Parolen an der Demonstration teilnehmen: 1. Keine Atomraketen – Für sofortige Abrüstungsverhandlungen!" 2. Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen! 3. Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa! 4. Weniger für die Rüstung – Mehr für die Gesundheit! Der Antikriegstag wird vorbereitet werden durch Verteilung von Flugblättern des DGB durch Vertrauensleuteleitung und Vertrauensleute auf den Stationen und durch eine Wandzeitung zum Thema Abrüstung und Frieden, die von einer Arbeitsgruppe ca. eine Woche vor dem Antikriegstag fertiggestellt werden soll.

Mehr Streiks – dafür kürzer

kvz. Nach Angaben von 59 Mitgliederstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ergibt sich eine Steigerung der Streiks von 1978 26500 auf 1979 28000. In den 20 OECD-Ländern stieg die Zahl der Arbeitskämpfe von 21000 auf 22000, die Zahl der beteiligten Beschäftigten von 19,2 Mio. auf 32,8 Mio., also um 71%. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage stieg von 87,8 auf 131,6 Mio. Tage. Die meisten Arbeitskämpfe in den OECD-Ländern betrafen die Wirtschaftsbereiche Bergbau und Industrie sowie Verkehr mit 70% der Streiks. Für den ILO-Bereich hat sich die Zahl der Beteiligten um 60% erhöht, von 23,4 Mio. auf 37,3

Urteil des BAG zum Betriebsurlaub

kvz. Die Einigungsstelle kann verbindlich entscheiden, wenn der Betriebsrat der Einführung von Betriebsferien nicht zustimmt. Der Spruch dieser Stelle sei nur dann unwirksam, wenn er die Belange der Arbeitnehmer und des Betriebes nicht angemessen berücksichtige. So entschied das Bundesarbeitsgericht den Streit zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung eines Flugzeugindustriebetriebes mit 1400 Beschäftigten. Die Einigungsstelle hatte entschieden, daß jährlich 3 Wochen Betriebsurlaub in den Sommerferien gemacht werden müßten, der Rest frei nach Wahl. Die Regelung soll frühestens nach fünf Jahren kündbar sein.

Prozeß gegen Ford-Schließungen

rof. Nach Angaben eines niederländischen Gewerkschaftssprechers (FNV) soll der Prozeß um die Schließung der Amsterdamer FORD-Niederlassung voraussichtlich am 17. September oder am 1. Oktober beginnen. Die Schließung ist für den 30. September geplant. Der FNV unternimmt gerichtliche Schritte, um die FORD-Kapitalisten zur Herausgabe der Jahresbilanz 1980 zu zwingen, die zurückgehalten wird. Der FNV sieht sich behindert in der Vertretung der Arbeiterinteressen und in der Beweisführung vor Gericht.

Kurzmeldungen

Rotterdam: Seit Freitag streikt die

Ein Sieg der Fluglotsen ist kaum zu erwarten

mfl. Seit letzter Woche Montag befinden sich die amerikanischen Fluglotsen im Streik. Die PATCO (Professional Air Traffic Controllers Organisation) hatte über die Gehaltserhöhung von 1700 $ hinaus, die allen Regierungsangestellten zugestanden worden war, die Forderung nach zusätzlich 10000 $ jährlich, Inflationsanpassung alle 2 Jahre, Senkung der Arbeitszeit von 40 auf 32 Stunden pro Woche und Pensionierung mit 52 Jahren gestellt. Das Forderungspaket der Fluglotsen würde, wie es heißt, 680 Mio. $ kosten. Das Angebot des Verkehrsministeriums lag bei ca. 39,3 Mio. $ insgesamt für einen 3-Jahres-Vertrag. In einer Schnellumfrage haben rund 95% der organisierten Fluglotsen das Regierungsangebot abgelehnt und 13000 traten trotz der Drohungen der Regierung recht geschlossen in Streik.

In der Presse findet man die verschiedensten Angaben, wieviel die Fluglotsen bisher verdienen. Die Angaben schwanken zwischen 26000 $ und 55000 $ jährlich. Wahrscheinlich gibt es eine Staffelung, die sich in diesem Rahmen bewegt. Jedenfalls ist es mehr als die Lotsen in der BRD verdienen. Man kann es aber kaum vergleichen, wegen der in der USA im allgemeinen schlechteren Sozialversicherung, wo wesentlich mehr selbst zu tragen ist als hier. Außerdem soll auch die Arbeitsbelastung erheblich höher sein als in der BRD. Nach Auskunft des Verbandes Deutscher Flugleiter sind in der BRD in der 40 Stunden-Woche der Fluglotsen etwa 7 Stunden Pause enthalten, und auch das wesentlich höhere Verkehrsaufkommen auf den US-Flughäfen macht eine sehr hohe Belastung aus, wobei sehr viel am Bildschirm gearbeitet wird. Auch aus Gründen der Flugsicherheit ist eine Verkürzung der Arbeitszeit völlig gerechtfertigt.

Reagan, der vor seiner Wahl zugesagt hatte, sich für eine Verbesserung der Situation der Fluglotsen einzusetzen, woraufhin die PATCO als einzige Gewerkschaft zu seiner Wahl aufgerufen hat, reagierte alles andere als entgegenkommend. Nach Ablauf einer 48stündigen Frist gingen die ersten fristlosen Entlassungen raus; 4500 bisher, der Rest folgt noch. Als Angestellte der Regierung dürfen die Fluglotsen nicht streiken, sie sind Gesetzesbrecher, hat er verkündet. Über Gerichte ließ er hohe Geldstrafen verhängen. Die Gewerkschaft soll für den 1. Streiktag 250000 $, für den 2. Tag 500000 $ und für jeden weiteren Tag 1 Mio. $ zahlen. Außerdem versucht die Regierung den Streikfonds der PATCO (von 3,5 Mio. $) von vornherein beschlagnahmen zu lassen und ihr die Zulassung als offizielle Arbeitnehmervertretung in Tarifverhandlungen zu entziehen. Jedem einzelnen Streikenden drohen Geldstrafen von 1000 $ und Gefängnis bis zu einem Jahr. Fünf Gewerkschaftsführer wurden schon verhaftet. Der PATCO-Vorsitzende von Alexandria wurde sogar an Händen und Füßen mit Ketten gefesselt abgeführt und zu 60 Tagen Gefängnis wegen Mißachtung des Gerichts verurteilt. Reagan hat erklärt, während seiner Amtszeit werde es keine Amnestie geben. Keiner wird wieder eingestellt. Das ist nicht gerade das, was man von dem ehemaligen Chef der Schauspielergewerkschaft in Hollywood erwartet hätte.

Die Regierung plant: die Ausbildung neuer Fluglotsen in 21monatigen Kursen; Schließung von 58 bis 61 kleineren Kontrolltürmen; Rückversetzung leitender Beamter der Flugsicherung in den aktiven Sicherungsdienst; den vermehrten Einsatz militärischer und pensionierter ziviler Lotsen sowie Ausbildung von Hilfslotsen. Zu Recht wird die mangelnde Luftsicherheit durch unqualifizierte Lotsen bemängelt, die z.B. zur Zeit 50 bis 70% des normalen Flugverkehrs mit 20% des üblichen Personals abwickeln.

Die geringe Unterstützung, die die Fluglotsen im In- und Ausland bekommen haben, ist der Grund, warum Reagan bisher so frech vorgehen konnte. Der Dachverband der amerikanischen Gewerkschaften AFL-CIO hat zwar den Streik formal unterstützt, ruft aber zu keinerlei Solidaritätsaktionen durch die amerikanischen Gewerkschaften auf. Auch der Aufforderung der internationalen Vereinigung der Flugverbände, in USA fliegende Maschinen aus Sicherheitsgründen nicht mehr abzufertigen, wird nur vereinzelt befolgt. Erklärungen zur Unterstützung der Forderungen hat es nicht gegeben. Die Unterstützung, die es gibt, richtet sich im wesentlichen empört gegen die abenteuerliche Kriminalisierung der Streikenden. Die PATCO meint, es gehe den Republikanern jetzt um die Vernichtung einer Arbeitnehmerorganisierung, um die Statuierung eines Exempels, dem die Privatwirtschaft willig folgen könnte. Durch die offenbar mangelnde Absicherung der recht kleinen Gewerkschaft für einen derart harten Kampf kann jetzt nicht nur ihr ein schwerer Schlag versetzt werden.



rolen an der Demonstration teilnehmen: 1. Keine Atomraketen – Für sofortige Abrüstungsverhandlungen!" 2. Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen! 3. Für eine atomwaffenfreie Zone in Europa! 4. Weniger für die Rüstung – Mehr für die Gesundheit! Der Antikriegstag wird vorbereitet werden durch Verteilung von Flugblättern des DGB durch Vertrauensleuteleitung und Vertrauensleute auf den Stationen und durch eine Wandzeitung zum Thema Abrüstung und Frieden, die von einer Arbeitsgruppe ca. eine Woche vor dem Antikriegstag fertiggestellt werden soll.

Mehr Streiks – dafür kürzer

kvz. Nach Angaben von 59 Mitgliederstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ergibt sich eine Steigerung der Streiks von 1978 26500 auf 1979 28000. In den 20 OECD-Ländern stieg die Zahl der Arbeitskämpfe von 21000 auf 22000, die Zahl der beteiligten Beschäftigten von 19,2 Mio. auf 32,8 Mio., also um 71%. Die Zahl der verlorenen Arbeitstage stieg von 87,8 auf 131,6 Mio. Tage. Die meisten Arbeitskämpfe in den OECD-Ländern betrafen die Wirtschaftsbereiche Bergbau und Industrie sowie Verkehr mit 70% der Streiks. Für den ILO-Bereich hat sich die Zahl der Beteiligten um 60% erhöht, von 23,4 Mio. auf 37,3

Betriebes nicht angemessen berücksichtige. So entschied das Bundesarbeitsgericht den Streit zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung eines Flugzeugindustriebetriebes mit 1400 Beschäftigten. Die Einigungsstelle hatte entschieden, daß jährlich 3 Wochen Betriebsurlaub in den Sommerferien gemacht werden müßten, der Rest frei nach Wahl. Die Regelung soll frühestens nach fünf Jahren kündbar sein.

Prozeß gegen Ford-Schließungen

rof. Nach Angaben eines niederländischen Gewerkschaftssprechers (FNV) soll der Prozeß um die Schließung der Amsterdamer FORD-Niederlassung voraussichtlich am 17. September oder am 1. Oktober beginnen. Die Schließung ist für den 30. September geplant. Der FNV unternimmt gerichtliche Schritte, um die FORD-Kapitalisten zur Herausgabe der Jahresbilanz 1980 zu zwingen, die zurückgehalten wird. Der FNV sieht sich behindert in der Vertretung der Arbeiterinteressen und in der Beweisführung vor Gericht.

Kurzmeldungen

der BRD. Nach Auskunft des Verbandes Deutscher Flugleiter sind in der BRD in der 40 Stunden-Woche der Fluglotsen etwa 7 Stunden Pause enthalten, und auch das wesentlich höhere Verkehrsaufkommen auf den US-Flughäfen macht eine sehr hohe Belastung

ner Amtszeit werde es keine Amnestie geben. Keiner wird wieder eingestellt. Das ist nicht gerade das, was man von dem ehemaligen Chef der Schauspielergewerkschaft in Hollywood erwartet hätte.

Exempels, dem die Privatwirtschaft willig folgen könnte. Durch die offenbar mangelnde Absicherung der recht kleinen Gewerkschaft für einen derart harten Kampf kann jetzt nicht nur ihr ein schwerer Schlag versetzt werden.



Mio. Die Zahl der verlorengegangenen Arbeitstage ist in Dänemark, der Bundesrepublik, Kanada, Norwegen, Österreich, Schweden und der USA zurückgegangen. In Belgien, Japan und Neuseeland hat sie sich nicht verändert.

Warnstreiks bei VWD in Eschborn

mfl. Mit einem zweistündigen Warnstreik und einem Autokorso haben am Freitag in Eschborn bei Frankfurt rund 50 Beschäftigte der Vereinigten Wirtschaftsdienste GmbH (VWD) gegen die schleppenden Tarifverhandlungen und gegen geplante Entlassungen protestiert. In einem Flugblatt schrieb die Gewerkschaft IG Druck und Papier, statt der von VWD angebotenen linearen Erhöhung von 4,5% bliebe ihre Forderung bei einer Erhöhung der Gehälter um 8%, mindestens aber 200 DM und wesentlichen Verbesserungen bei den Zulagen für die 250 Beschäftigten. Bei den Entlassungen handelt es sich um 76 Beschäftigte, die im Rahmen der Umstellung auf Datenverarbeitung entlassen werden sollen.

Kanadischer Poststreik beendet

kvz/Ottawa. Nach 42tägiger Dauer ist der Streik der kanadischen Postbediensteten offiziell zu Ende gegangen. In einer Urabstimmung erklärten sich 83,1% der Mitglieder der Postgewerkschaft mit den ausgehandelten Bedingungen eines neuen Zweijahresvertrages, der unter anderem eine Lohnerhöhung um 12,5% vorsieht, einverstanden.

Kurzmeldungen

Rotterdam: Seit Freitag streikt die Mannschaft eines panamesischen Schiffes für die Bezahlung nach ITF-Tarif. Der niederländische Gewerkschaftsbund FNV unterstützt den Streik und hat die Hafenarbeiter aufgerufen, das Schiff nicht zu löschen. Die Mannschaft bekommt zwischen 140 – 180 Dollar monatliche Heuer. Nach ITF-Tarif müßten es ca. 600 Dollar sein.

Für die 84000 Beschäftigten des Berliner Einzelhandels sind rückwirkend ab 1. Juli Lohn- und Gehaltserhöhungen von mindestens 5,1% vereinbart worden. Außerdem sollen Verkäuferinnen und Verkäufer nach abgeschlossener Berufsausbildung das Endgehalt jetzt bereits nach vier Jahren erhalten.

Englands Eisenbahner drohen mit Streik. Zum Monatsende wollen sie, erstmals wieder seit 1955, auf dem gesamten Streckennetz von 18500 km unbefristet den Betrieb einstellen, falls die ihnen im Schlichtungswege zugesprochene Tarifzulage von 11% nicht bedingungslos gezahlt wird.

Krupp will Werk in Brasilien wegen Auftragsmangel und wachsender Außenstände schließen. Bei dem erst 1976 eröffneten Werk wurden schon 700 der 900 Beschäftigten entlassen, und das deutsche Management hat das Werk verlassen. Industrieminister Canado Bahia rechnete vor, daß die Bereitstellung des aufgeschlossenen Werksgeländes durch den Staat 4 Mio. $ und der Steuernachlaß insgesamt 13,7 Mio. $ Ersparnis für Krupp bedeutete, wobei die Steuerbefreiung für eingeführte Maschinen noch nicht berücksichtigt sei. Er fordert, daß Krupp Deutschland eine Lösung zur Weiterführung finden müsse.

K.G. Ratjen für Endlösung der Standortfrage Heddernheim

Über 4000 Arbeitsplätze in Frankfurter Metallbetrieben bedroht

hes.Frankfurt. Hubert und Theodor Hesse gründeten 1853 die ,,Heddernheimer Kupferwerke". Karl Gustav Ratjen will sie 1981 zumachen. Nachdem im letzten Geschäftsjahr das Betriebsergebnis seit Jahren erstmals wieder leicht positiv gewesen war, habe sich die Ertragssituation im laufenden Geschäftsjahr erneut verschlechtert. Der Konjunkturabschwung habe die Halbzeugfertigung überdurchschnittlich getroffen. Trotz Leistungsanstieg führe auf absehbare Zeit kein Weg aus den roten Zahlen. Es werde geprüft, welche Fertigungen in andere Standorte verlagert werden könnten. Im Rahmen des Möglichen würden den Mitarbeitern dann neue Arbeitsplätze angeboten.

Noch im letzten Jahr hatte Ratjen anläßlich einer Feier zum 50. Jahrestag der Gründung der VDM (Vereinigte Deutsche Metallwerke – Zusammenschluß aus den Heddernheimer Kupferwerken und anderen Unternehmen, die die Metallgesellschaft aufgekauft hatte) erklärt, nun sei man auf dem richtigen Kurs, die Themen Stillegungen, Sozialpläne usw. seien im wesentlichen beendet. Das klang so, als wär's der Schlußstrich unter die chaotischen Zustände der siebziger Jahre, wo eine Teilstillegungs- und Massenentlassungsaktion die andere gejagt hatte. Die Belegschaft, die in den sechziger Jahren noch über dreitausend betragen hatte (während des zweiten Weltkrieges mit ,,Fremdarbeitern" über 10000) wurde auf nunmehr knapp 1700 geschrumpft, wobei allein die Jahre 1975, 1977/78 und 1979 Sozialpläne mit jeweils mehreren hundert Entlassungen brachten.

Hauptargumente gegenüber Betriebsrat und Belegschaft, um die Entlassungen zu rechtfertigen, war jeweils, einige hundert müßten halt gehen, das würde den Bestand des Werkes sichern. Das Ergebnis dieser Sorte ökonomischer Vernunft wurde letzten Donnerstag der Presse übergeben. Der Betriebsrat von VDM hat erklärt, daß das ihm vorliegende Material die Schließung des Werkes und die Vernichtung von 1700 Arbeitsplätzen keinesfalls rechtfertigen würde. Die Auftragslage sei relativ günstig und die laufende konjunkturelle Lage kein Grund, das seit 1979 erfolgreich angelaufene Sanierungskonzept zu beenden. Die Arbeitsplätze würden mit allen Mitteln verteidigt werden.

Der 1. Bevollmächtigte der IGM-Ortsverwaltung erklärte, Ratjens Absichten seien verantwortungslos und leichtfertig und man müsse sich nicht wundern, wenn Rufe nach einem anderen Wirtschaftssystem laut würden. Die derzeitige Lage ginge hauptsächlich auf Fehlentscheidungen früherer Vorstände zurück. Die Vermittlungsaussichten am Frankfurter Arbeitsmarkt sind denkbar schlecht. Die Arbeitslosenzahl im Metallbereich sei im letzten Jahr schon um 80 Prozent gestiegen. Wenn auch noch die Schließungsgerüchte bei den Adlerwerken (2800 Beschäftigte) zuträfen, stiege die Arbeitslosenquote im Arbeitsamtsbezirk von 3,6 auf 4,5%. Über 45jährige seien kaum zu vermitteln, aber ein Drittel beider bedrohter Belegschaften sei über 50. ,,Die Kollegen sind zu Aktionen bereit", kündigte der IGM Bevollmächtigte an.

Der zuständige Ortsbeirat hat sich bereits in einem Intiativantrag an Magistrat und Landesregierung gewandt (VDM ist der bedeutendste Industriebetrieb in Frankfurts Norden). Die IGM will ebenfalls Börner und Matthöfer um Unterstützung angehen. OB Wallmann hat bereits letzte Woche in einem Gespräch mit den Betriebsräten zugesagt, sich für die Erhaltung der Arbeitsplätze einzusetzen.

geh. Wie soll man den Kampf für die 35-Stunden-Woche führen? Dazu sind hier Positionen verschiedener politischer Organisationen dokumentiert. Teilweise beziehen sie sich auf eine Initiative der GIM, die begleitet ist von einem Aufruf J. Monetas, jetzt über eine Zeitungsanzeige die Debatte über die 35-Stunden-Woche zu forcieren.*

Einigkeit gibt es, daß die Arbeitszeitverkürzung, insbesondere die 35-Stunden-Woche, im Mittelpunkt stehen müsse. Differenzen gibt es über das Verhältnis zu den übrigen Kämpfen. Aus der „express"-Redaktion kam eine Stellungnahme, die „im Kampf um die 35-Stunden-Woche den Versuch (sieht), dem Abwehrkampf gegen die kapitalistische Krisenlösung auf dem Rücken der Arbeiterschaft eine offensive Wendung zu geben". Notwendig sei, „dem herrschenden Muster der Krisenlösung (Modernisierung und Abbau sozialer Ansprüche) eine Alternative entgegenzustellen, eine konkrete Utopie, die handlungsanleitende politische Strategien zuläßt".

Dies heißt zuviel zu verlangen. Denn die Arbeitszeitverkürzung setzt keines der ökonomischen Gesetze außer Kraft, auf deren Grundlage die kapitalistische Wirtschaft in der Krise ist. Sie kann deshalb auch keine *Krisenlösung* sein. Dennoch würde eine Arbeitszeitverkürzung viel bewirken:
– die Dauer der intensivierten Arbeit verringern und so deren schädliche Folgen mindern,
– mehr Zeit für die Entfaltung der Individualität, für gesellschaftliche Tätigkeiten und für die tagtägliche Reproduktion der Arbeitskraft,
– sie wird gegen den Druck zur Verlängerung der Arbeitszeit wirken, wie er gerade jetzt in der Krise von den Kapitalisten und ihren Vertretern ausgeübt wird,
– und wird eine spürbare Verringerung des Drucks der industriellen Reservearmee bewirken.

Diskussion der Linken:

Wie soll der Kampf für die 35-Stunden-Woche geführt werden?

Alle diese Punkte sind den Absichten der Kapitalisten direkt entgegengesetzt. Sie werden auch günstige Auswirkungen auf die anderen wirtschaftlichen Kämpfe haben, insbesondere auf die um den Lohn, gegen die Intensivierung der Arbeit und die Entlassungen. Insofern ist es richtig, die Arbeitszeitverkürzung in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Begründung für Arbeitszeitverkürzungen nur auf die Arbeitsmarktwirkung zu reduzieren ist die Ursache für einen Teil der Schwierigkeiten, die die Revier-Gruppe sieht. Gerade alle Gründe sind die *konkrete* Grundlage des *gemeinsamen* Kampfes. Sie schaffen so das *gemeinsame Klasseninteresse* für die Verkürzung des Arbeitstages.

Alle – natürlich mit Ausnahme der DKP – sind der Ansicht, in diesem Kampf schroff als Kampf der ganzen Klasse gegen die Kapitalistenklasse und ihren gesamten Anhang geführt wird, das wird man sehen.

Jetzt gibt es erstmal Uneinigkeit, welche Forderungen zur Arbeitszeitverkürzung ins Zentrum zu stellen: tägliche, wöchentliche oder Lebensarbeitszeitverkürzung? Jetzt auf vorzeitige Tarifaufkündigung rausgehen oder einen „Freizeitnachschlag" zu fordern – und das auch noch außerhalb oder von außen in die Gewerkschaften hinein müßte scheitern. Auf dem nächsten DGB-Bundeskongreß Mai 1982 sollten die Forderungen mit dem Schwerpunkt auf der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung und eine gemeinsame Strategie beschlossen werden.

Kampf müsse man sich von Anfang an gegen die Gewerkschaftsführung durchsetzen. Angesichts der Initiative des IG Druck-Vorstandes wie auch der Äußerungen im letzten IG Metall-Tarifkampf ist das zweifelhaft. Wie weit dann die einzelnen Führer in den Gewerkschaften gehen, wenn dieser Kampagnen oder Initiativen überwinden. Initiative ‚der Linken' fixiert vielmehr die Isoliertheit und das Sektendasein linker B&G Gruppen. Die Durchsetzung eines „klassenkämpferischen Gewerkschaftskurses" läßt sich auf diese Art und Weise ebenfalls nicht erreichen.
2. Ein weitere Illusion ist es, daß sich vor Ablauf der Manteltarifverträge in Richtung 35-Stunden-Woche irgendetwas Relevantes tun wird.
3. Es ist eine Illusion, wenn Teile der Linken meinen, daß die 35-Stunden-Woche auch gegen die gewerkschaftliche Organisation durchgesetzt werden könnte. Als sei es nur die Sache von Handlungsdruck und Agitation der Linken, daß die Arbeiter in unserem Land auch ohne die Rückendeckung ihrer Gewerkschaft für die 35-Stunden-Woche kämpfen.

Umgekehrt läßt sich feststellen, daß gerade beim Kampf um die 35-Stunden-Woche die Organisation des Kampfes durch die Gewerkschaft *die* Bedingung für die Durchsetzung ist. Und zwar:

a) weil die 35-Stunden-Woche im Tabu-Katalog der Unternehmer ist und deren eisenharter Widerstand zu erwarten ist und die 35-Stunden-Woche ein empfindlicher Abzug an Profit sowie eine Verschlechterung auf dem Weltmarkt bedeutet.

b) weil diese Forderung nur übergreifend, nicht lokal durchgesetzt werden kann.

c) weil nach aller Erfahrung die Kollegen nur dann einen solchen harten und entbehrungsreichen Kampf aufnehmen würden, wenn sie ihre Organisation im Rücken haben.

4. Genau hier hat u.E. die B&G Linke ihre Aufgabe im Kampf um die 35-Stunden-Woche. Im Eingreifen in die gewerkschaftliche Diskussion, in der Vorbereitung der Manteltarifrunde.

5. Einer nationalen Kampagne oder ‚Initiative' der Linken stehen wir aus den angeführten Gründen skeptisch gegenüber. Was wir für sinnvoll halten wäre aber:

a) die Notwendigkeit innerhalb der B&G Linken, die strategischen Fragen im Zusammenhang mit Arbeitszeitverkürzung und 35-Stunden-Woche zu diskutieren.

b) Analysen und Erfahrungsaustausch aus den Einzelgewerkschaften zu betreiben. Wie und in welcher Form wird die Frage dort diskutiert? Wo sind Eingriffsmöglichkeiten?

c) Da, wo gewerkschaftliche Aktionen für die 35-Stunden-Woche stattfinden oder initiiert werden können, Unterstützungsarbeit zu leisten.

GIM: Den Kampf neu beleben

Der Diskussionsvorschlag der GIM zur 35-Stunden-Woche beginnt mit der Feststellung, daß die Arbeiterklasse gespalten ist durch die Arbeitslosigkeit. Dadurch sei der Spielraum für betriebliche Gegenwehr eingeschränkt. Der Unternehmerpropaganda, die Arbeiter sollten die Lasten der Krise und der Rationalisierung auf sich nehmen, zeigen Wirkung; die Gewerkschaften geben mit der Losung „Zukunftsinvestitionen" die falsche Antwort, denn Subventionen schaffen keine Arbeitsplätze.

„Arbeitsplätze sind das erste Interesse der Arbeiter. Eine gewerkschaftliche Antwort muß von dem Prinzip ausgehen, die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen – bis alle Arbeit haben! Darum muß gekämpft werden!
3. Warum 35-Stunden-Woche jetzt?
Alle Formen der Arbeitszeitverkürzung müssen gewerkschaftliche Kampfziele gegen Arbeitslosigkeit sein. Doch keine ist besser geeignet, Neueinstellungen zu erzwingen und die Arbeitslast für alle zu vermindern, als eine radikale Verkürzung der täglichen Arbeitszeit. Alle Gewerkschaftstage des letzten Jahres haben die 35-Stunden-Woche als zentrale Forderung bekräftigt. Die tarifliche Festlegung der Wochenarbeitszeit bis 1983/84 durch die Kapitulation der IGM-Führung im Stahlstreik ist das Haupthindernis für eine klassenkämpferische Antwort auf Entlassungen und Rationalisierung."

Ansatzpunkte sind für die GIM der Beschluß der IG Druck, für diese Forderung bis 1983 zu mobilisieren, die Debatte auf dem IG-Metall-Gewerkschaftstag 1980 und die notwendige Reform der Arbeitszeitordnung.
„4. Mehr Zeit zum Leben
Mehr Freizeit kommt allen zugute: Sie schafft mehr Zeit für Erholung, mehr Zeit für gewerkschaftliche und politische Aktivität, mehr Zeit zum Leben.

Drei Einwände und drei Antworten

1. 35-Stunden-Woche – was hat das mit den Problemen im Betrieb zu tun? Konflikte um Rationalisierungsmaßnahmen, um steigende Arbeitshetze, Abgruppierungen usw. bestimmen den Alltag derer, die noch Arbeit haben. Mit diesen betrieblichen Konflikten scheint die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung kaum etwas zu tun zu haben.
Doch im Gegenteil:
– Ablehnung von Überstunden, Konflikte um Pausen, um Ausgleich für Nacht- und Schichtarbeit, um das Arbeitstempo können genutzt werden, um zu erklären, daß eigentlich alle weniger arbeiten müßten.
– Arbeitszeitverkürzung wird nur dann zu einer Verteilung der Arbeit führen, wenn Neueinstellungen durchgesetzt werden. Dies erfordert eine klassenkämpferische betriebliche Gewerkschaftspolitik: Einspruchsmöglichkeiten bei technischen und arbeitsorganisatorischen Änderungen, Kontrolle des Arbeitstempos. Nur wenn die Forderung der 35-Stunden-Woche mit solchen Forderungen verbunden wird, kann verhindert werden, daß Arbeitszeitverkürzungen durch weitere Rationalisierungen ohne neue Arbeitsplätze ausgeglichen werden.
– Bei Massenentlassungen muß die Verteidigung jedes Arbeitsplatzes zur Forderung führen, die Arbeit im Betrieb anders zu verteilen. Die allgemeine Lösung dafür ist die Verkürzung des Arbeitstages.

2. Jeder weiß doch: „nichts drin" bis 1983?
Die wichtigsten Einzelgewerkschaften haben bis 1983 bzw. 1984 die 40-Stunden-Woche tariflich festgeschrieben. Die Kollegen meinen, da könne man sowie so nichts machen.

Richtig – aber die Gewerkschaftsführung wird auch in zwei Jahren nicht bereit sein, den Kampf neu aufzunehmen. Denn auf sozialpartnerschaftlichem Weg ist die 35-Stunden-Woche nicht durchzusetzen. Sie erfordert einen harten Kampf, den die Einzelgewerkschaften gemeinsam angehen müssen. Deshalb ist es die Aufgabe klassenkämpferischer Gewerkschafter, die Initiative zu ergreifen, damit die Mobilisierung neu beginnt. Dann wird es auch möglich werden, angesichts der neuen Arbeitslosenzahlen einen „Freizeitnachschlag", d.h. die sofortige Neuverhandlung zu fordern. Als die Entlassungspläne bei Hoesch in Dortmund bekannt wurden, erschien die Forderung nach Betriebsbesetzung und Enteignung auch vielen unrealistisch – jetzt ist sie von den Hoescharbeitern selbst aufgeworfen worden.

Kämpferische Gewerkschafter sind vielfach isoliert und politisch zerstritten: Eine gemeinsame Initiative in dieser zentralen Frage wird ihnen in ihrem Kampf um einen kämpferischen Gewerkschaftskurs bedeutend mehr Gewicht geben. Nur so kann eine klassenkämpferische Gewerkschaftstendenz als Alternative zur sozialpartnerschaftlichen Führung entstehen.
3. „Alternative" Arbeitsplätze?
Ist die Arbeit, die heute in Betrieben und Büros gemacht wird, überhaupt wert, auf alle verteilt zu werden?

Wir verteidigen nicht belastende, umweltschädliche und gefährliche Arbeitsplätze, sondern das Recht auf einen Arbeitsplatz. Deshalb haben z.B. gewerkschaftliche Atomgegner im „Aktionskreis Leben" ihren Kampf gegen Atomanlagen von Anfang an mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung verbunden.

Ohne eine allgemeine Antwort auf Arbeitslosigkeit bleibt die Forderung nach „alternativen Arbeitsplätzen" Papier und wird die Arbeiterbewegung nicht stark genug sein, die Verfügungsgewalt der Unternehmer darüber, was und wie produziert wird, infragezustellen.

Internationaler Kampf – sozialistische Alternative
Der Kampf um die 35-Stunden-Woche oder eine noch weitergehende Arbeitszeitverkürzung kann in einzelnen Ländern unterschiedlich beginnen. Er muß jedoch zu einem gemeinsamen Kampf wenigstens der europäischen Gewerkschaftsbewegung führen.

Krisen und Arbeitslosigkeit sind die Grundübel des kapitalistischen Systems. Die Arbeiterbewegung kann massive Arbeitszeitverkürzung in Zeiten der Krise nur durchsetzen, wenn sie versteht, der Ökonomie des Kapitals eine Ökonomie der Arbeiter entgegenzusetzen, die ausgeht von den Interessen aller Lohnabhängigen. Die vorhandene Arbeit zu verteilen, bis alle Arbeit haben, ist daher Teil einer sozialistischen Alternative."

DKP: 35-Stunden-Woche: „auf Eis" bis 1983?

Auf Anfrage erklärte die DKP, in der letzten Zeit sei kein Beitrag zur 35-Stunden-Woche erschienen und verwies auf diesen Aufsatz von G. Hautsch, „Ziel 35 Stunden" aus dem ihnen nahestehenden „Nachrichtenverlag".

„Zur Entwicklung einer solchen Kampagne gehört auch die Intensivierung der Diskussion in den eigenen Reihen über Arbeitszeitverkürzungen, speziell die 35-Stunden-Woche. Ein Mittel hierzu kann auch die laufende Diskussion zum neuen DGB-Grundsatzprogramm und insbesondere die nach dessen Verabschiedung anstehende Neuformulierung des Aktionsprogramms des DGB werden. Wichtig wird in diesem Zusammenhang auch die Untersuchung der Frage sein, in welcher konkreten Form eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit am besten anzustreben wäre. Dies vor allem deshalb, weil kaum zu erwarten ist, daß die 35-Stunden-Woche in einem Schritt durchgesetzt werden kann. Bisherige Erfahrungen legen die Erwartung nahe, daß die Belegschaften eher für die Verkürzung der Freitagsarbeit um einige Stunden als der täglichen Arbeitszeit um beipielsweise eine halbe Stunde zu mobilisieren sein werden. Auch die mögliche Perspektive einer Viertagewoche (4 × 8¾ Std.) wäre in diesem Zusammenhang zu nennen. Schließlich sind auch solche Überlegungen bedeutsam, unter welche zentrale Parole eine Bewegung für die 35-Stunden-Woche zu stellen sein wird. Eine populäre Formel, wie sie der DGB in den fünfziger Jahren mit ‚Samstags gehört Vati mir!' gefunden hat, fehlt bisher."

Im folgenden fordert die DKP taktische Varianten und neue Schwerpunkte. Notwendig sei die Bestimmung von Schwerpunkten wie sie z.B. von Loderer gefordert seien:
„– An oberster Stelle steht die Wirksamkeit der angestrebten Einzelmaßnahmen im Rahmen der insgesamt angestrebten Wirkungen.
– Wichtig ist zu prüfen, wo die größtmögliche Bereitschaft und Fähigkeit zur Solidarität seitens der Arbeiter und Angestellten, der Beschäftigten und arbeitslosen, verschiedener Gruppen in der Arbeiterklasse besteht.
– Schwerpunktziele müssen geeignet sein, als Initialzündung (nicht als Ersatz) für allgemeinere tarifpolitische und u.U. auch gesetzliche Regelungen zu wirken.
– Für die Durchsetzungskraft im konkreten Fall ist die Fähigkeit zur Verzahnung von tarif- und betriebspolitischer Ebene von erheblicher Bedeutung.
– Es kommt darauf an, einfache und allgemeinverständliche Forderungen und Losungen zu entwickeln, denen angesichts wachsender Existenzunsicherheit ein populärer Symbolwert zukommt."

KABD: Der Kampf um die Durchsetzung der

– mehr Zeit für die Entfaltung der Individualität, für gesellschaftliche Tätigkeiten und für die tagtägliche Reproduktion der Arbeitskraft,
fen so das *gemeinsame Klasseninteresse* für die Verkürzung des Arbeitstages.
Alle – natürlich mit Ausnahme der DKP – sind der Ansicht, in diesem
auf der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeitverkürzung und eine gemeinsame Strategie beschlossen werden.

GIM: Den Kampf neu beleben

Der Diskussionsvorschlag der GIM zur 35-Stunden-Woche beginnt mit der Feststellung, daß die Arbeiterklasse gespalten ist durch die Arbeitslosigkeit. Dadurch sei der Spielraum für betriebliche Gegenwehr eingeschränkt. Der Unternehmerpropaganda, die Arbeiter sollten die Lasten der Krise und der Rationalisierung auf sich nehmen, zeigen Wirkung; die Gewerkschaften geben mit der Losung „Zukunftsinvestitionen" die falsche Antwort, denn Subventionen schaffen keine Arbeitsplätze.
„Arbeitsplätze sind das erste Interesse der Arbeiter. Eine gewerkschaftliche Antwort muß von dem Prinzip ausgehen, die vorhandene Arbeit auf alle zu verteilen – bis alle Arbeit haben! Darum muß gekämpft werden!
3. Warum 35-Stunden-Woche jetzt?
Alle Formen der Arbeitszeitverkürzung müssen gewerkschaftliche Kampfziele gegen Arbeitslosigkeit sein. Doch keine ist besser geeignet, Neueinstellungen zu erzwingen und die Arbeitslast für alle zu vermindern, als eine radikale Verkürzung der täglichen
klassenkämpferische betriebliche Gewerkschaftspolitik: Einspruchsmöglichkeiten bei technischen und arbeitsorganisatorischen Änderungen, Kontrolle des Arbeitstempos. Nur wenn die Forderung der 35-Stunden-Woche mit solchen Forderungen verbunden wird, kann verhindert werden, daß Arbeitszeitverkürzungen durch weitere Rationalisierungen ohne neue Arbeitsplätze ausgeglichen werden.
– Bei Massenentlassungen muß die Verteidigung jedes Arbeitsplatzes zur Forderung führen, die Arbeit im Betrieb anders zu verteilen. Die allgemeine Lösung dafür ist die Verkürzung des Arbeitstages.
2. Jeder weiß doch: „nichts drin" bis 1983?
Die wichtigsten Einzelgewerkschaften haben bis 1983 bzw. 1984 die 40-Stunden-Woche tariflich festgeschrieben. Die Kollegen meinen, da könne man sowie so nichts machen.
Richtig – aber die Gewerkschaftsführung wird auch in zwei Jahren nicht bereit sein, den Kampf neu aufzunehmen. Denn auf sozialpartnerschaftli-
Arbeitslosigkeit bleibt die Forderung nach „alternativen Arbeitsplätzen" Papier und wird die Arbeiterbewegung nicht stark genug sein, die Verfügungsgewalt der Unternehmer darüber, was und wie produziert wird, infragezustellen.
Internationaler Kampf – sozialistische Alternative
Der Kampf um die 35-Stunden-Woche oder eine noch weitergehende Arbeitszeitverkürzung kann in einzelnen Ländern unterschiedlich beginnen. Er muß jedoch zu einem gemeinsamen Kampf wenigstens der europäischen Gewerkschaftsbewegung führen.
Krisen und Arbeitslosigkeit sind die Grundübel des kapitalistischen Systems. Die Arbeiterbewegung kann massive Arbeitszeitverkürzung in Zeiten der Krise nur durchsetzen, wenn sie versteht, der Ökonomie des Kapitals eine Ökonomie der Arbeiter entgegenzusetzen, die ausgeht von den Interessen aller Lohnabhängigen. Die vorhandene Arbeit zu verteilen, bis alle Arbeit haben, ist daher Teil einer sozialistischen Alternative."

ten Zeit sei kein Beitrag zur 35-Stunden-Woche erschienen und verwies auf diesen Aufsatz von G. Hautsch, „Ziel 35 Stunden" aus dem ihnen nahestehenden „Nachrichtenverlag".
„Zur Entwicklung einer solchen Kampagne gehört auch die Intensivierung der Diskussion in den eigenen Reihen über Arbeitszeitverkürzungen, speziell die 35-Stunden-Woche. Ein Mittel hierzu kann auch die laufende Diskussion zum neuen DGB-Grundsatzprogramm und insbesondere die nach dessen Verabschiedung anstehende Neuformulierung des Aktionsprogramms des DGB werden. Wichtig wird in diesem Zusammenhang auch die Untersuchung der Frage sein, in welcher konkreten Form eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit am besten anzustreben wäre. Dies vor allem deshalb, weil kaum zu erwarten ist, daß die 35-Stunden-Woche in einem Schritt durchgesetzt werden kann. Bisherige Erfahrungen legen die Erwartung nahe, daß die Belegschaften eher für die Verkürzung der Freitagsarbeit um einige Stunden als der täglichen Arbeitszeit um beipielsweise eine halbe Stunde zu mobilisieren sein werden. Auch die mögliche Perspektive einer Viertagewoche (4 × 8¾ Std.) wäre in diesem Zusammenhang zu nennen. Schließlich sind auch solche Überlegungen bedeutsam, unter welche zentrale Parole eine
zu stellen sein wird. Eine populäre Formel, wie sie der DGB in den fünfziger Jahren mit ‚Samstags gehört Vati mir!' gefunden hat, fehlt bisher."
Im folgenden fordert die DKP taktische Varianten und neue Schwerpunkte. Notwendig sei die Bestimmung von Schwerpunkten wie sie z.B. von Loderer gefordert seien:
„– An oberster Stelle steht die Wirksamkeit der angestrebten Einzelmaßnahmen im Rahmen der insgesamt angestrebten Wirkungen.
– Wichtig ist zu prüfen, wo die größtmögliche Bereitschaft und Fähigkeit zur Solidarität seitens der Arbeiter und Angestellten, der Beschäftigten und arbeitslosen, verschiedener Gruppen in der Arbeiterklasse besteht.
– Schwerpunktziele müssen geeignet sein, als Initialzündung (nicht als Ersatz) für allgemeinere tarifpolitische und u.U. auch gesetzliche Regelungen zu wirken.
– Für die Durchsetzungskraft im konkreten Fall ist die Fähigkeit zur Verzahnung von tarif- und betriebspolitischer Ebene von erheblicher Bedeutung.
– Es kommt darauf an, einfache und allgemeinverständliche Forderungen und Losungen zu entwickeln, denen angesichts wachsender Existenzunsicherheit ein populärer Symbolwert zukommt."

Revier: Zum GIM-Vorschlag

Auf den GIM-Vorschlag antwortet die Revier-Redaktion, daß die Arbeitszeitverkürzung, auch wenn sie die Strukturmängel der kapitalistischen Produktionsweise nicht beseitigen kann, das wirksamste Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist. Die subjektive Bereitschaft der Arbeiter für die 35-Stunden-Woche bestehe nicht. Das Dortmunder Beispiel gelte eben hierfür nicht, weil die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nicht aus dem unmittelbaren praktischen Handlungsdruck heraus entstehe, weil sie nur gesellschaftlich Arbeitslosigkeit verringernd wirke. Das gemeinsame Intereresse sei abstrakt, weil es von den wirklichen Durchsetzungsbedingungen abstrahiere. Nur eine kämpferische Gewerkschaft könne dies zum wirklichen Kampfziel machen, wie im Stahlarbeiterstreik.

Was können wir tun?

(...)
1. Die GIM schreibt in ihrem Artikel: „Kämpferische Gewerkschaften sind vielfach isoliert und politisch zerstritten: Eine gemeinsame Initiative in dieser zentralen Frage wird ihnen in ihrem Kampf um einen kämpferischen Gewerkschaftskurs bedeutend mehr Gewicht geben. Nur so kann eine klassenkämpferische Gewerkschaftstendenz als Alternative zur sozialpartnerschaftlichen Führung entstehen."

Genau das halten wir für eine Illusion. Die Isoliertheit und Zerstrittenheit der Linken läßt sich nicht durch

KABD: Der Kampf um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche steht heute an

Der KABD geht gegenwärtig von einer „schwankenden Stagnation" als Vorläufer der Krise aus. Der Arbeiter solle bewußt Verzicht für die Monopolinteressen üben. Diesen Kurs zu verankern sei die Aufgabe der Sozialdemokratie zu Beginn der 80er Jahre. Dagegen werde im Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche sich das Klassenbewußtsein der Arbeiter entwickeln:

„1. Er ist geeignet, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu schmieden. Alle besonderen Angriffe der gegenwärtigen Monopoloffensive auf wirtschaftlichem Gebiet, ob auf Ausländer, Deutsche, jung und alt, Männer und Frauen, Arbeitende und Arbeitslose können unter einheitlicher Stoßrichtung zurückgeschlagen werden. Somit ist dieser Kampf geeignet, Einzelkämpfe zu Massenkämpfen weiterzuentwickeln.
2. Der Kampf muß selbständig, d.h. außerhalb des gewerkschaftlichen Rahmens geführt werden. Das erfordert einerseits ein höheres Klassenbewußtsein und die ideologische Lösung der Arbeiter vom Reformismus. Das führt andererseits, vor allem unter dem Einfluß der Kommunisten, zur Politisierung der Kämpfe, da es kein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht für die Arbeiterklasse gibt und die Monopole gegen diese Kämpfe in aller Härte ihren Staatsapparat einsetzen werden.
3. Er muß auf Konzernebene geführt werden. Das ist eine Aufgabe der Kommunistischen Partei als zentralem Kampfstab der Arbeiterklasse.
4. Der Kampf richtet sich direkt gegen das Hauptziel der Monopoloffensive: die Ausbeutung zu steigern, aus weniger Arbeitern mehr herauszuholen, und ruft deshalb den erbittertsten Widerstand der Kapitalistenklasse hervor.
(...)
6. Der Kampf weist die Zukunft, weil er die Arbeiterklasse darauf orientiert, sich nicht einfach nur gegen die Folgen der Rationalisierung zu wehren, sondern sich den gesellschaftlichen Fortschritt zunutze zu machen. Die Arbeiterklasse wird im Kampfe lernen, daß das Nutzbarmachen des gesellschaftlichen Fortschritts für die breite Mehrheit des Volkes durch das Bestehen und die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaft selbst verhindert wird. Mit Hilfe der Agitation und Propaganda der Kommunisten wird die Arbeiterklasse lernen, daß es nicht reicht, gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Jochs zu kämpfen, daß es darauf ankommt, die Ursache all dieser Auswirkungen – den Kapitalismus – zu zerschlagen und den Sozialismus aufzubauen.

Der Kampf um die Durchsetzung der wichtigsten Tagesforderung steht heute an. Deshalb: *Selbständiger Kampf für die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich! Für ein vollständiges und allseitiges gesetzliches Streikrecht!*"

* Sie sind der „sozialistischen Gewerkschaftspolitik Nr. 7" entnommen.

Bergbau:

Moderne Technik – große Arbeitshetze

woe.Hamm. Zig Milliarden an Steuergeldern hat der Bund in den letzten Jahren investiert, um die westdeutsche Steinkohle auf dem Inlandsmarkt konkurrenzfähig zu halten. Denn trotz Verdoppelung der Leistung pro Mann je Schicht (im Kohlestreb ist die Schichtleistung pro Mann sogar verdreifacht worden) in den letzten 20 Jahren ist z.B. die US-Kohle, die zum großen Teil im Tagebau gefördert wird, trotz der Transportkosten billiger.

Zechenstillegungen, Rationalisierungen und Mechanisierungen sind die entscheidenden Maßnahmen, mit denen diese Leistungssteigerungen erreicht wurden. Sie wurden alle in den 60er Jahren eingeleitet und haben jetzt einen vorläufigen Abschluß gefunden. Von den 90 Schachtanlagen im Ruhrkohlebergbau 1965 existieren nicht einmal mehr ⅓. Die ca. 130000 Arbeiter und Angestellten sind nur noch 25% der Beschäftigten von 1965. Die Mechanisierung im Strebausbau und in der Gewinnung liegt bei fast 100%. Hacke, Krätzer, Abbauhammer und Schaufel, traditionelle Arbeitsgeräte der Bergarbeiter, sind fast völlig aus dem Kohlestreb verbannt. Heute wird die Kohle mit Schrämmwalze oder Hobel o.ä. geschnitten, mit einem Kettenförderer aufs Band gefördert und von dort zur Füllstelle. Der Holzausbau ist Schildern und Stempeln gewichen, die hydraulisch betätigt werden. Auch der Streckenausbau wird heute bereits zum großen Teil maschinell betrieben.

Abbau, maschinelle Gewinnung, Modernisierung des Transportwesens haben die Exploitation auch von entfernteren und tiefer liegenden Kohlefeldern ermöglicht. Strecken von mehreren Kilometern und 1000 m Tiefe sind heute die Regel. Hohe Temperaturen, die nur durch Kühlmaschinen und Sonderbewetterung gedrückt werden können, sind die Folge. Ab 28 Grad Effektivtemperatur beträgt die Arbeitszeit 7 Stunden. Auf manchen Schachtanlagen haben nahezu 100% diese 7 Stunden.

An die Beschäftigten des Kohlebergbaus stellt die Mechanisierung ganz andere Anforderungen als früher. Entsprechend haben die Kohlekapitalisten auch die Ausbildung geändert. Die Berg- und Maschinenlehrlinge haben den Bergknappen ersetzt. Aus einfacher, hauptsächlich Muskelarbeit, ist komplizierte technische Arbeit geworden. Die Arbeit ist dadurch sicherer und körperlich leichter geworden. Die Arbeitshetze und Hektik hat sich dagegen immens gesteigert. Jeder Stillstand der Maschinen bedeutet gleich größeren Produktionsausfall. Gerade die gesteigerte Arbeitshetze ist verantwortlich dafür, daß schwere und tödliche Unfälle noch immer häufiger sind als in anderen Berufen. Wie hat die Gewerkschaft, die IGBE, auf die Veränderungen im Kohlebergbau reagiert? Die IGBE hat den Ruf, eine der rechtesten, regierungstreuesten Gewerkschaften zu sein. Gegenüber den Ländern der Dritten Welt, insbesondere den OPEC-Ländern, tritt sie chauvinistisch auf, den NATO-Doppelbeschluß verteidigt sie vorbehaltlos. National vertritt sie treu das Energieprogramm der Bundesregierung.

Trotz eines Organisierungsgrades von über 90% ist es ihr noch nicht gelungen, der Arbeitshetze Schranken zu ziehen und die längst überfälligen, durch viele Anträge geforderten 7 Stunden für alle Untertage-Beschäftigten zu erzielen. Auf der anderen Seite hat die IGBE bei der Aufstellung von Sozialplänen bei Zechenstillegungen und im Lohnkampf einige Erfolge aufzuweisen (das erklärt auch den hohen



Schildausbau und Schrämwalze im Kohlenstreb. Der Flöz auf dem Bild hat eine Mächtigkeit von 2 m. Abgebaut werden Flöze von 0,5 m bis 6 m Höhe.

Organisierungsgrad). Auch hat sie Zechenschließungen teilweise verhindern können, so die Schließung der Zeche ,,Monopol'' in den 60er und 70er Jahren. Jetzt läuft die Förderung auf ,,Monopol'' aus, die Arbeiter werden Zug um Zug verlegt auf die Zeche ,,Neumonopol'' in Bergkamen, die etwa 5 km von ,,Monopol'' entfernt ist. Für den Transport zum Arbeitsplatz werden Busse eingesetzt. Jedes verlegte Belegschaftsmitglied erhält 2600 DM Abfindung. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, als die Ruhrkohle AG (1968 gegründeter Verband von Zechen an Rhein und Ruhr) die Belegschaft zusammenschrumpfen ließ, konnten Bergarbeiter, die 25 Versicherungsjahre im Bergbau hatten und das 50. Lebensjahr erreicht hatten, also Anspruch auf eine Teilrente hatten, in Anpassung gehen. Das haben natürlich viele trotz erheblicher Lohneinbußen gemacht.

Heute ist sowas die Ausnahme, weil jetzt ausreichender Nachwuchs fehlt. Der Veränderung der bergmännischen Tätigkeit konnte die IGBE im Tarifabschluß von 1980 in gewisser Weise Rechnung tragen. Mit diesem Abschluß ist der Bergbau an die Spitze der Lohnskala zurückgekehrt. Neben der überdurchschnittlichen Lohnerhöhung von 7,15% wurde mit der Lohngruppe 12 (Kolonnenführer) eine zusätzliche Arbeiterlohngruppe eingeführt, viele Arbeiter, besonders in der Gewinnung und Raubarbeiten, wurden 1 bis 2 Lohngruppen höher eingestuft. Ein zusätzliches Waschgeld von 5,— DM pro Schicht wurde abgeschlossen. Kurz vorher war die abzugsfreie Anfahrtsprämie (bezahlt aus Steuermitteln) bereits auf 10 DM verdoppelt worden.

reits auf 10 DM verdoppelt worden.

Eine Besonderheit im Bergbau dürften die Bergbauspezialfirmen sein, die 10–20% der Gesamtbelegschaft ausmachen. Für sie gelten die gleichen Tarifverträge wie für die anderen Beschäftigten im Steinkohlebergbau. Die bekanntesten sind Thyssen-Schachtbau und Deilmann-Haniel. Diese Firmen arbeiten hauptsächlich im Schachtbau und im Streckenvortrieb. Das ist auch der Grund, warum das Lohnniveau bei den Firmen insgesamt höher ist. Fast alle Arbeiter sind in den Lohngruppen 10 und 11. Für die RAG-Kapitalisten sind die Firmen eine disponible Reservearmee. Verlegungen auf andere Schachtanlagen von 10 mal im Jahr sind keine Seltenheit, wenn sie auch nicht die Regel sind.

Die Beschäftigten der Firmen bekommen natürlich kein Verlegungsgeld, sondern müssen sich mit der Firmenleitung über die Vergütung jeder einzelnen Stunde streiten. Der Betriebsrat von Deilmann-Haniel in Kamen strebt jetzt eine obligatorische Regelung an: Jede Verlegung soll mit zwei Arbeitsstunden bezahlt werden. Bei weiter entfernten Verlegungen gibt es eine Reiseschicht. Die Arbeiter der Firmen unterliegen einem doppelten Druck. Verträge können die Firmen mit der RAG abschließen, weil sie überdurchschnittliche Leistungen anbieten. Gleichzeitig stehen sie in ständiger Konkurrenz zu anderen Firmen. Das wird natürlich voll auf die Arbeiter und die Aufsichten übertragen. Es ist schon häufig vorgekommen, daß die RAG Aufträge wegen ,,mangelnder Leistung'' kündigte und sie an eine andere Firma vergeben wurden. Es ist bei den Firmen schwieriger, Einheit unter den Arbeitern zu erzielen, weil neben der üblichen Auseinanderdividierung einer Schicht noch die Verlegungsmöglichkeit steht, außerdem die Fluktuation bei den Firmen bedeutend höher ist als bei der RAG. Überlegenswert ist, ob eine vollständige Integrierung der Firmenbelegschaft in die Zechenbelegschaft machbar ist. Sicher würde das den doppelten Druck auf die Arbeiter der Firmen nehmen und einen Zusammenschluß der Gesamtbelegschaft fördern.

vol. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der BRD hat einige ,,alte'' Fragen der Gewerkschaftsbewegung mit neuer Schärfe aufgeworfen: Wie soll der Kampf gegen den Krieg bei Sicherung der nationalen Existenz und der Zukunftschancen der Arbeiterbewegung geführt werden; was ist von der ,,Machbarkeit'' der Ökonomie im Kapitalismus übriggeblieben und für welche wirtschaftlichen Veränderungen können die Gewerkschaften kämpfen; wie wirkt sich die kapitalistische Krise auf Teile der Arbeiterklasse aus, wie kann die Einheit der Interessen von arbeitslosen und beschäftigten Arbeitern in Forde-

entsprechenden Konzernstrategie der Kapitalisten zu einer Interessenvertretung der Stammbelegschaften werden und durch ihre Teilnahme an Rationalisierungs- und Sanierungsprogrammen selber die Entlassungen mitbetreiben und auch die Verschärfung der Ausbeutung unterstützen. Als Beispiele für solches Vorgehen in der BRD werden die Stahlprogramme im Saarland und bei Hoesch/Krupp genannt.

Im Rahmen dieser Auseinandersetzung haben die Sozialistischen Studiengruppen ein neues Buch herausgebracht: Walter Breum u.a.; ,,Die Gewerkschaften der BRD''. In der Verlagsankündigung heißt es vielverspre-

,,Die Aufgaben der Gewerkschaft'' zählen sie auf: Tarifpolitik, Interessenvertretung im Betrieb: Mitbestimmung, Rechtsschutz, (gewerkschaftliche) Bildungsarbeit, politische Interessenvertretung. Mit letzterem meinen sie die Verteidigung des ,,Soziallohns'' – der Leistungen der Sozialversicherungen und der staatlichen Umverteilungsmaßnahmen –, die Teilnahme an den Industrie- und Handelskammerausschüssen und die Tätigkeit von Gewerkschaftsmitgliedern in den verschiedenen Parlamenten. Sie fallen damit hinter die tatsächlich vorhandene Tätigkeit und Beschlußfassung der Gewerkschaften zu allen Fragen der Ge-

Produktion und Konsum auf der Ebene klappen soll, bleibt offen. Die eigentliche staatliche Struktur der BRD soll nicht direkt infrage gestellt werden, auch nicht der ,,Markt'', sondern: ,,Der Staat muß durch die Vergesellschaftung der Politik auf diesen Ebenen für neue Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen geöffnet werden.''

Die Hauptgefahr bei der gegenwärtigen Entwicklung der Gewerkschaften sehen die Autoren einmal in der Entwicklung von ,,korporativistischen'' Tendenzen, worunter *sie* verstehen, daß ,,bei den verengten Verteilungsspielräumen'' Forderungen eines Teils

des jetzigen Staatsapparates erreichen zu können. Schon bei der Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte werden alle dieser Illusion kritischen, entgegenstehenden Tatsachen ausgelassen: Verbot des politischen Streiks, Verbot der revolutionären Organisationen, Eigentumsgarantie des Grundgesetzes, Notstandsgesetze, Grundprinzipien dieser parlamentarischen Demokratie (Gewaltenteilung, Berufsbeamtentum, stehendes Heer). Es findet sich der lapidare Satz: ,,Darüberhinaus (über Koalitionsrecht und Koalitionsfreiheit, volle Staatsbürgerrechte, d. Red.) aber gibt es mit der Einführung des allgemeinen, geheimen und gleichen Wahl-

der Bergarbeiter, sind fast völlig aus dem Kohlestreb verbannt. Heute wird die Kohle mit Schrämmwalze oder Hobel o.ä. geschnitten, mit einem Kettenförderer aufs Band gefördert und von dort zur Füllstelle. Der Holzausbau ist Schildern und Stempeln gewichen, die hydraulisch betätigt werden. Auch der Streckenausbau wird heute bereits zum großen Teil maschinell betrieben.

Abbau, maschinelle Gewinnung, Modernisierung des Transportwesens haben die Exploitation auch von entfernteren und tiefer liegenden Kohlefeldern ermöglicht. Strecken von mehreren Kilometern und 1000 m Tiefe sind heute die Regel. Hohe Temperaturen, die nur durch Kühlmaschinen und

schaften zu sein. Gegenüber den Ländern der Dritten Welt, insbesondere den OPEC-Ländern, tritt sie chauvinistisch auf, den NATO-Doppelbeschluß verteidigt sie vorbehaltlos. National vertritt sie treu das Energieprogramm der Bundesregierung.

Trotz eines Organisierungsgrades von über 90% ist es ihr noch nicht gelungen, der Arbeitshetze Schranken zu ziehen und die längst überfälligen, durch viele Anträge geforderten 7 Stunden für alle Untertage-Beschäftigten zu erzielen. Auf der anderen Seite hat die IGBE bei der Aufstellung von Sozialplänen bei Zechenstillegungen und im Lohnkampf einige Erfolge aufzuweisen (das erklärt auch den hohen

ren. Jetzt läuft die Förderung auf ,,Monopol'' aus, die Arbeiter werden Zug um Zug verlegt auf die Zeche ,,Neumonopol'' in Bergkamen, die etwa 5 km von ,,Monopol'' entfernt ist. Für den Transport zum Arbeitsplatz werden Busse eingesetzt. Jedes verlegte Belegschaftsmitglied erhält 2600 DM Abfindung. Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, als die Ruhrkohle AG (1968 gegründeter Verband von Zechen an Rhein und Ruhr) die Belegschaft zusammenschrumpfen ließ, konnten Bergarbeiter, die 25 Versicherungsjahre im Bergbau hatten und das 50. Lebensjahr erreicht hatten, also Anspruch auf eine Teilrente hatten, in Anpassung gehen. Das haben natürlich

Der Veränderung der bergmännischen Tätigkeit konnte die IGBE im Tarifabschluß von 1980 in gewisser Weise Rechnung tragen. Mit diesem Abschluß ist der Bergbau an die Spitze der Lohnskala zurückgekehrt. Neben der überdurchschnittlichen Lohnerhöhung von 7,15% wurde mit der Lohngruppe 12 (Kolonnenführer) eine zusätzliche Arbeiterlohngruppe eingeführt, viele Arbeiter, besonders in der Gewinnung und Raubarbeiten, wurden 1 bis 2 Lohngruppen höher eingestuft. Ein zusätzliches Waschgeld von 5,— DM pro Schicht wurde abgeschlossen. Kurz vorher war die abzugsfreie Anfahrtsprämie (bezahlt aus Steuermitteln) bereits auf 10 DM verdoppelt worden.

ist schon häufig vorgekommen, daß die RAG Aufträge wegen ,,mangelnder Leistung'' kündigte und sie an eine andere Firma vergeben wurden. Es ist bei den Firmen schwieriger, Einheit unter den Arbeitern zu erzielen, weil neben der üblichen Auseinanderdividierung einer Schicht noch die Verlegungsmöglichkeit steht, außerdem die Fluktuation bei den Firmen bedeutend höher ist als bei der RAG. Überlegenswert ist, ob eine vollständige Integrierung der Firmenbelegschaft in die Zechenbelegschaft machbar ist. Sicher würde das den doppelten Druck auf die Arbeiter der Firmen nehmen und einen Zusammenschluß der Gesamtbelegschaft fördern.

Neuer Reformismus für die Gewerkschaftspolitik

,,Die Gewerkschaften der BRD'' – Eine Buchbesprechung

vol. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der BRD hat einige ,,alte'' Fragen der Gewerkschaftsbewegung mit neuer Schärfe aufgeworfen: Wie soll der Kampf gegen den Krieg bei Sicherung der nationalen Existenz und der Zukunftschancen der Arbeiterbewegung geführt werden; was ist von der ,,Machbarkeit'' der Ökonomie im Kapitalismus übriggeblieben und für welche wirtschaftlichen Veränderungen können die Gewerkschaften kämpfen; wie wirkt sich die kapitalistische Krise auf Teile der Arbeiterklasse aus, wie kann die Einheit der Interessen von arbeitslosen und beschäftigten Arbeitern in Forderungen und organisatorisch gestärkt werden; gibt es erneut die Gefahr einer Spaltung zwischen den Interessen der Facharbeiter auf der einen und der Frauen, Ausländer und Jugendlichen auf der anderen Seite; wie können heute die staatlich garantierten und auch staatlich angreifbaren Leistungen der Sozialversicherungen bzw. Umverteilungsmaßnahmen gegen die Angriffe der Kapitalisten gesichert werden? Um diese Fragen hat sich in den Gewerkschaftsorganen, insbesondere in den ,,Gewerkschaftlichen Monatsheften'' und auch außerhalb der Gewerkschaften eine heftige Debatte entspannt. Der eine Mangel dieser Debatte ist, daß die erste Frage bis jetzt getrennt und vollkommen losgelöst von den anderen besprochen wird. Hauptstichworte der bisherigen Debatte sind die Gefahr des ,,Korporativismus'' oder der ,,Amerikanisierung'' der Gewerkschaften.

Unter ,,Korporativismus'' faßt der ,,Brockhaus'' ,,eine politische Bewegung, die den Staat auf der Grundlage berufsständischer Körperschaften zu erneuern sucht'', er nennt als Beispiele den italienischen und portugiesischen Faschismus. Diese Begriffsbildung, betrieben von Autoren der Zeitschrift ,,Probleme des Klassenkampfes'' bzw. der ,,Sozialistischen Studiengruppen'' ist denkbar schlecht, da auch sie den heutigen bundesrepublikanischen Gewerkschaften kaum ständestaatliche Vorstellungen unterstellen. Mit der ,,Amerikanisierung'' wird das Problem zumindest in der historischen Analogie schon etwas genauer umrissen: die Gefahr, daß die Gewerkschaften unter dem Druck der Krise und der entsprechenden Konzernstrategie der Kapitalisten zu einer Interessenvertretung der Stammbelegschaften werden und durch ihre Teilnahme an Rationalisierungs- und Sanierungsprogrammen selber die Entlassungen mitbetreiben und auch die Verschärfung der Ausbeutung unterstützen. Als Beispiele für solches Vorgehen in der BRD werden die Stahlprogramme im Saarland und bei Hoesch/Krupp genannt.

Im Rahmen dieser Auseinandersetzung haben die Sozialistischen Studiengruppen ein neues Buch herausgebracht: Walter Breum u.a.; ,,Die Gewerkschaften der BRD''. In der Verlagsankündigung heißt es vielversprechend: ,,Dieses Handbuch liefert einen gründlichen Überblick über die Entwicklung des DGB, der Einzelgewerkschaften und ihre aktuelle Situation. Es ist zugleich eine Einführung in die neuen Probleme der Gewerkschaftspolitik der 80er Jahre: Aus der Defensive heraus Lösungen für eine alternative gesellschaftliche Logik zu entwickeln.'' Die Ankündigung des Verlags täuscht, der Handbuchcharakter des Buches besteht in einigen Statistiken über die Mitgliedsentwicklungen der Gewerkschaften, einer Beschreibung des satzungsmäßigen und gesetzlichen Aufbaus der Gewerkschaften und der Willensbildung innerhalb verschiedenener Gewerkschaften bei Tarifkämpfen. Das Interesse der Autoren scheint dabei weniger zu sein, einen Überblick über die Geschichte der Auseinandersetzungen und Lernprozesse innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu geben, als vielmehr eine Untermauerung ihrer eigenen Auffassungen, in welche Richtung die Gewerkschaften in Zukunft Politik treiben sollten.

Dabei gehen die Autoren von einem ganz engen Begriff der Aufgaben der Gewerkschaften aus. Unter dem Punkt ,,Die Aufgaben der Gewerkschaft'' zählen sie auf: Tarifpolitik, Interessenvertretung im Betrieb: Mitbestimmung, Rechtsschutz, (gewerkschaftliche) Bildungsarbeit, politische Interessenvertretung. Mit letzterem meinen sie die Verteidigung des ,,Soziallohns'' – der Leistungen der Sozialversicherungen und der staatlichen Umverteilungsmaßnahmen –, die Teilnahme an den Industrie- und Handelskammerausschüssen und die Tätigkeit von Gewerkschaftsmitgliedern in den verschiedenen Parlamenten. Sie fallen damit hinter die tatsächlich vorhandene Tätigkeit und Beschlußfassung der Gewerkschaften zu allen Fragen der Gesellschaft, ob es Internationalismus, Energiepolitik, Verkehrspolitik etc. ist, zurück. Dies ist um so bemerkenswerter, als in ihren Perspektiven für eine Umgestaltung der Gesellschaft zu dem, was sie unter Sozialismus verstehen, die Gewerkschaften eine Schlüsselrolle zugewiesen bekommen.

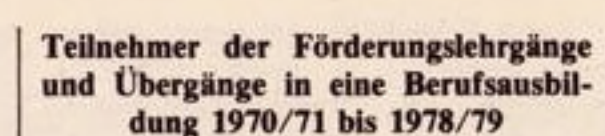
Drei Hauptprobleme für die weitere Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung werden genannt: die Disproportion zwischen den Wirtschaftssektoren, gemeint ist eine zu große Entwicklung der unproduktiven Bereiche des Staates und der Zirkulation, die Massenarbeitslosigkeit und Zerstörung regionaler Strukturen und tendenziell sinkender Lebensstandard. Gelöst werden sollen diese Probleme durch die Herstellung einer Abstimmung zwischen Produktion und Konsum. Diese Abstimmung zwischen Produktion und Konsum soll erreicht werden einerseits durch Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben, wo alle Fragen des Betriebs und der gesellschaftlichen Entwicklung geklärt werden sollen. Allerdings nur innerhalb der Betriebe mittels der Betriebsräte bzw. in den Orten durch territoriale Strukturen, in denen Frauen, Arbeitslose und Renter erfaßt werden. Wie Abstimmung zwischen Produktion und Konsum auf der Ebene klappen soll, bleibt offen. Die eigentliche staatliche Struktur der BRD soll nicht direkt infrage gestellt werden, auch nicht der ,,Markt'', sondern: ,,Der Staat muß durch die Vergesellschaftung der Politik auf diesen Ebenen für neue Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen geöffnet werden.''

Die Hauptgefahr bei der gegenwärtigen Entwicklung der Gewerkschaften sehen die Autoren einmal in der Entwicklung von ,,korporativistischen'' Tendenzen, worunter *sie* verstehen, daß ,,bei den verengten Verteilungsspielräumen'' Forderungen eines Teils der Lohnabhängigen ,,auf Kosten'' anderer Teile durchgesetzt werden. Für ihr Verständnis von dieser Tendenz liefern sie drei Beispiele, einmal, daß die Lohnabhängigen beim Staat durch Lohnforderungen notwendige Staatsausgaben blockieren, zweitens, daß ,,die Sicherung der Renten z.B. kein unmittelbares materielles Problem des beschäftigten Lohnabhängigen'' sei und drittens die Kämpfe der Bergarbeiter in den 60er Jahren. Dabei gehen sie offensichtlich davon aus, daß die gegenwärtige Krise und die ,,Verteilungsprobleme'' tatsächlich auf dem Sinken des gesellschaftlichen Reichtums (Gebrauchswerte) und nicht, wie gemeinhin unter Leuten, die sich auf Marx berufen, gerade auf dem Widerspruch zwischen den steigenden Fähigkeiten der Arbeiterklasse, Gebrauchswerte zu produzieren (steigender Produktivkraft der Arbeit) und dem Interesse der Kapitalistenklasse an der Verwertung ihres Kapitals, was sich in dem Sinken der Profitrate ausdrückt, beruhen. Anders ist diese Form des ,,auf Kosten'' der SOST kaum zu erklären, denn erst einmal richten sich diese Forderungen eigentlich gegen die Kapitalisten bzw. ihre Verfügung über den Staatshaushalt (Renten, Staatsbeschäftigte).

Die Hauptschwäche der von den SOST aufgezeigten Alternativen, die hier im einzelnen nicht besprocheh werden können, ist, daß sie glauben, eine Abstimmung zwischen Produktion und Konsum, umfassende Demokratisierung in den Betrieben, territoriale (örtliche) Organisierung der Gewerkschaften und Einflußnahme auf den Staatsapparat unter Beibehaltung des jetzigen Staatsapparates erreichen zu können. Schon bei der Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte werden alle dieser Illusion kritischen, entgegenstehenden Tatsachen ausgelassen: Verbot des politischen Streiks, Verbot der revolutionären Organisationen, Eigentumsgarantie des Grundgesetzes, Notstandsgesetze, Grundprinzipien dieser parlamentarischen Demokratie (Gewaltenteilung, Berufsbeamtentum, stehendes Heer). Es findet sich der lapidare Satz: ,,Darüberhinaus (über Koalitionsrecht und Koalitionsfreiheit, volle Staatsbürgerrechte, d. Red.) aber gibt es mit der Einführung des allgemeinen, geheimen und gleichen Wahlrechts keine politische Garantie für die Macht der herrschenden Klassen mehr, vielmehr werden für sie jetzt die gesetzlich sanktionierten Aktionen der organisierten Lohnabhängigen gefährlicher als die ungesetzlichen.'' Diese prinzipiell gefaßte Stelle ist mit keinerlei Untersuchung belegt, und sie widerspricht geradezu direkt den Erfahrungen der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Alle Versuche in der BRD zur gesetzlichen Umgestaltung der Rechte der Gewerkschaften sind entweder an parlamentarischen Mehrheiten gescheitert (was man ja noch ändern könnte) oder durch das Bundesverfassungsgericht in Verfassungsrang gehoben: stärkere Einflußnahme der Gewerkschaften bzw. Betriebsräte in den Betrieben, Durchsetzbarkeit gegen Anteilseigner durch das Mitbestimmungsurteil, Verbot des politischen Streiks, Verbot der Forderung nach Beseitigung der Ausbeutung und der revolutionären Organisierung (KPD-Verbot) usw. usf.

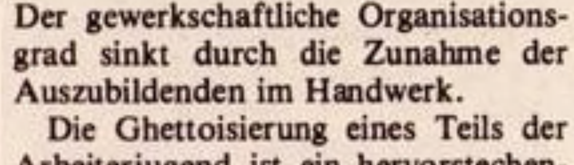
Gegenüber der in den Gewerkschaften entbrannten Debatte um die Reformfähigkeit des westdeutschen Kapitalismus mit Schwergewicht auf der Frage, wie schaffen wir einen ,,reformfähigen Staat'', ist dieser Beitrag der SOST – auch wenn er im wesentlichen auf Quellenverarbeitung der Diskussion unter italienischen Kommunisten beruht – eher ein Rückschritt.

Walter Breum u.a.: ,,Die Gewerkschaften der BRD'', VSA, Hamburg, 18 DM. Eine genauere Darstellung der Ziele der SOST: SOST, ,,Sozialistische Wirtschafts-und Sozialpolitik'', VSA , Hamburg, 1980.



Die Tendenz einer Ghettoisierung bildet sich heraus

Daten zur Jugendarbeitslosigkeit und Berufsausbildung

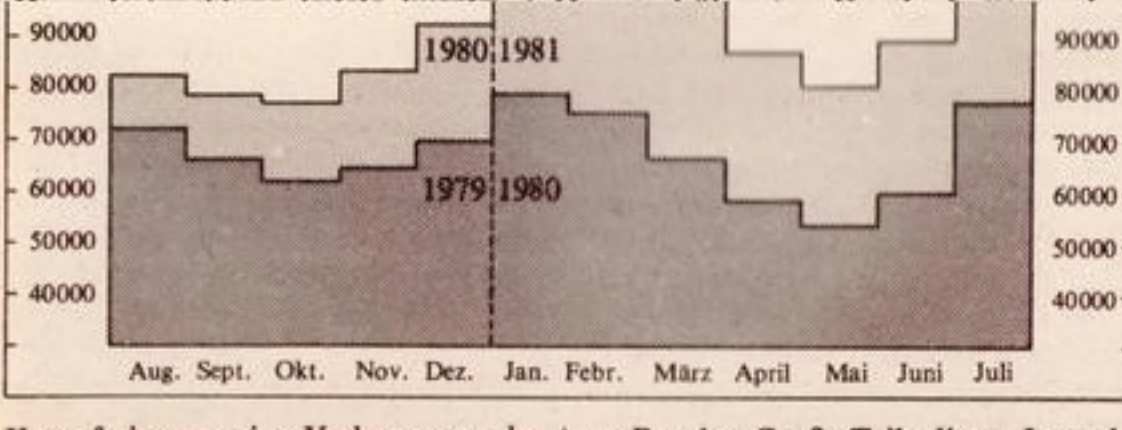


Von Michael Ackermann

„Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen der Jugendlichen belief sich im Juli auf 26000 oder 30 Prozent und war damit absolut wesentlich stärker als in den Vorjahren." Soweit die Bundesanstalt für Arbeit in ihren Presseinformationen. Davon ausgegangen wird im allgemeinen, daß durch den Überhang an Ausbildungsstellen gegenüber der *offiziellen* Jugendarbeitslosigkeit der bis zu 20jährigen ab September die Arbeitslosigkeit wieder erheblich sinken würde. Selbst wenn dies in bestimmten Umfange der Fall ist, wird dadurch die Lage entschärft.

Die Entwicklung in den letzten Jahren – wo sich die Jugendarbeitslosigkeit gegenüber 1974 – 77 leicht absenkte – läßt einen solchen Optimismus nicht zu.

1. Die Lehrlingsbewegung am Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre hatte in vorderster Front gegen die triste, unterdrückerische und ausnutzende ‚Ausbildung' im Handwerk gekämpft. Der



Kampf ging um eine Verbesserung der Ausbildung, um die Ablösung der alten handwerklichen Strukturen, wo man nach der Ausbildung sowieso schon den Beruf wechseln konnte, wo man dazu aber noch wenig allgemeine berufszweigumfassende Kenntnisse mitbekommen hatte. Die Abwendung von der handwerklichen Struktur der Ausbildung hin zur Ausbildung in Lehrwerkstatt, Blockberufsschulunterricht und überbetrieblichen Ausbildungsstätten entsprach sowohl dem Interesse der Auszubildenden nach weitergehender Vermittlung von Kenntnissen als auch den Interessen des Gesamtkapitals, welches durch Expansion und Umwälzung der Produktionsmittel in der Industrie andere Fertigkeiten als *nur handwerkliche* benötigte. Diese Entwicklung leitete kurzfristig eine Abnahme der Ausbildungsverhältnisse im Handwerk (in den Jahren 69 – 71) ein, die ab 1971 aber wieder gegenläufig wurde und sich grundsätzlich in der Berufsausbildung in einer zunehmenden Tendenz der *Verschulung* der Ausbildung niederschlug, die vor allem in die Berufsgrundbildungsjahre mündete (die Teilnehmerzahl steigt seit 1971 unaufhaltsam).

Die Entwicklung der Zahlen in den Ausbildungsbereichen ist gesellschaftlich die Wiederholung eines traurigen Prozesses, nämlich die Verstärkung der handwerksbeschränkten Ausbildung gegenüber der industriellen (*siehe Tabelle*). Dazu kommt, daß der Anteil der Ausbildung im öffentlichen Dienst stagniert. Zugenommen haben nur die Hauswirtschaftsberufe und freie Berufe (Arzt- und Zahnarzthelferin, Steuer- und Rechtsanwaltsgehilfin).

Nun ist nicht unbedingt jeder Handwerksberuf schlecht oder ohne Aussichten für die weitere Berufstätigkeit. Aber die Entwicklung, wie sie sich jetzt vollzieht, basiert auf einer absoluten Zunahme der Berufe mit den schlechtesten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Die Tendenz der Ausbildung zum Hilfsarbeiter ist jetzt schon größer als vergleichsweise in der Mitte der 70er Jahre, wo die Arbeitslosigkeit hoch war. Heute tauchen wieder Berufe an der Belegungsspitze auf, die vor 30 Jahren vorherrschend waren. Bäcker, Tischler, Friseuse, Verkäuferin, Maler und Lackierer usw.

2. Zu dieser Situation kommt hinzu ein Druck auf die Ausbildungsgelder. War es der Arbeiterbewegung noch zu Beginn der 70er Jahre gelungen, die Ausbildungsgelder sprunghaft zu erhöhen (als Beispiel hier die Entwicklung in der Druckindustrie, *siehe Tabelle*) und sind in den vergangenen Jahren Forderungen nach Existenz- oder Mindestlohn für Auszubildende in der Arbeiterbewegung grundsätzlich unbestritten, so wird durch die Strukturentwicklung in der Berufsausbildung faktisch eine Verschlechterung vollzogen. Denn ein Großteil der aussichtslosesten Berufe mit der Erwartung auf wenig Lohn nach der Ausbildung sind zudem noch durch niedrigste Ausbildungsgelder gekennzeichnet (*siehe Tabelle* über die 24 meistbelegen Berufe). Die ganze Kampagne der Bundesregierung mit „Mädchen in Männerberufe" ist in dieser Entwicklung sowieso unter die Räder gekommen, und die traditionellen Berufsfelder für die Mädchen steigen wieder sprunghaft an.

3. Die grundsätzlich, zumindest im Ansatz, positive Entwicklung der steigenden Bildungselemente in der Jugend (mehr Sekundarstufe I-, Real- und Gymnasialschüler als je zuvor) wirkt in bezug auf die Berufsausbildung und die Lage auf dem Arbeitsmarkt wie eine Bombe. Große Teile dieser Jugendlichen wollen eine Berufsausbildung. Die Zahl der Abiturienten, die bei den bestehenden schlechten Aussichten nicht studieren wollen, war noch nie so hoch (vor allem auch unter den Arbeiterkindern). Die vergrößerte Masse dieser Jugendlichen *verdrängt* in immer weiterem Umfang die Hauptschüler (insbesondere die Hauptschüler ohne Abschluß und die Sonderschüler). Die Verschärfung der Konkurrenz wird z.B. deutlich an dem Anteil der Berufe, wo höherer Schulabschluß als Hauptschule verlangt wird. Fast alle Berufe der Tabelle mit den 24 meistbelegten weisen einen Anteil von über 30 – 90% mit höherer Schulbildung aus. Nur Maurer, Tischler, Bäcker, Friseur oder Verkäufer können die Hauptschüler *im Durchschnitt* noch werden, und hier sind die Angebote an Ausbildungsplätzen ja auch am höchsten. Hier entwickelt sich zunehmend eine Verengung, ein Ghetto für die Hauptschüler.

4. Der Zustrom ausländischer Jugendlicher auf den Arbeitsmarkt wird in der nächsten Zeit die Lage weiter verschärfen (*siehe Tabelle*). Zwar *sinkt der Anteil* ausländischer Jugendlicher an den Auszubildenden trotz steigender Anzahl der Jugendlichen selbst; befinden sich sowieso nur 50% von ihnen (im ausbildungsfähigen Alter) in einer Ausbildung; bricht ein Großteil von ihnen die Ausbildung wieder ab (auch Fortbildungsmaßnahmen) – so verschärft doch allein ihre Anwesenheit noch mal mehr die Konkurrenz auf dem jugendlichen Arbeitsmarkt und sind ihre Aussichten auf eine Berufsausbildung gering wie nur was. Bekommen sie eine Ausbildung, so bislang in den schlechtesten Bereichen. Die Tendenz, daß die Jugendlichen erst gar keine Ausbildung machen, wird weiterhin zunehmen.

5. Die beruflichen Eingliederungs- und Förderungsmaßnahmen verlieren immer mehr an Wirkung (*siehe Tabelle*). Der Übergang von den Förderungskursen in eine Lehrstelle gelingt immer seltener. Auch hier trifft es wieder die schwächsten Schichten der Arbeiterjugend, die ja schon in den Kursen sind.

6. Die entwickelte Lage schränkt aber nicht nur die arbeitslosen Jugendlichen ein, sondern wirkt auch hinein in die Betriebe und Ausbildungsstätten, schränkt dort den Bewegungs- und Kampfraum der Arbeiterjugend ein, erhöht die Tendenz der Unterwerfung unter die noch so schlechtesten Bedingungen der beruflichen Ausbildung. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad sinkt durch die Zunahme der Auszubildenden im Handwerk.

Die Ghettoisierung eines Teils der Arbeiterjugend ist ein hervorstechendes Merkmal der jetzigen Entwicklung. Die Plünderungen von Geschäften im Zusammenhang mit Demonstrationen in Westberlin durch Schüler und Jugendliche zur Befriedigung unmittelbarer Lebensbedürfnisse ist ein Indiz. (Westberlin hat mit die höchste Rate an jugendlichen Arbeitslosen.) Neuerliche Herausbildung von Gruppen proletarischer Jugend, zu denen auch ein Teil der Punker gehören, sind eine andere oder damit verbundene Erscheinung. Sie hängen direkt mit einer Tendenz zur Verelendung von Teilen der Jugend und Arbeiterjugend zusammen.

Andererseits ist auch nicht zu übersehen, daß Tätigkeiten faschistischer Organisationen und Banden zunehmend auf der Basis jüngerer Anhänger verlaufen.

Die Ghettobildung beinhaltet keineswegs einfach die radikalisierte Auflehnung gegenüber dem bürgerlichen Staat und gesellschaftlicher Unterdrückung, sondern kann auch in reaktionärer Weise explodieren. Diese Gefahr ist latent vorhanden. Außerdem liegt eine aus der „auswegslosen Lage" entstehende Resignationsentwicklung unter Teilen der betroffenen Jugend nahe. Alles das ist in Ansätzen zu sehen und findet sich auch wieder in einer Zunahme von Tributzahlungen an die Lage, wie Alkoholismus, Drogensucht und Kriminalität.

Die Gefahr, daß sich diese Entwicklung beschleunigt und verbreitert, ist groß. Es nützt auch nicht, wenn in diesem Zusammenhang auf einen großen Teil der Jugend verwiesen wird, der nicht diesen schlechtesten Bedingungen unterworfen ist, sondern vielleicht noch eine Ausbildung erhält, eine Arbeit findet. Auch hier gibt es ja die Tendenz, den Widerspruch von Anspruch und Wirklichhkeit in Ausbildung und Beruf durch „Alternativen" und „Aussteigen" aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß zu lösen. Diese Lösung verschafft oft dem Individium eine bestimmte gesellschaftliche Freiheit und Befriedigung, sprengt aber eben nicht die gesellschaftlichen Schranken, die aus dem Ausbeutungsverhältnis herrühren. Eine glatte Lösung durch die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungswesen ist jedenfalls nicht in Sicht, die den benannten Widerspruch entschärfen könnte.

Kampf ging um eine Verbesserung der Ausbildung, um die Ablösung der alten handwerklichen Strukturen, wo man nach der Ausbildung sowieso schon den Beruf wechseln konnte, wo man dazu aber noch wenig allgemeine berufszweigumfassende Kenntnisse mitbekommen hatte. Die Abwendung von der handwerklichen Struktur der Ausbildung hin zur Ausbildung in Lehrwerkstatt, Blockberufsschulunterricht und überbetrieblichen Ausbildungsstätten entsprach sowohl dem Interesse der Auszubildenden nach weitergehender Vermittlung von Kenntnissen als auch den Interessen des Gesamtkapitals, welches durch Expansion und Umwälzung der Produktionsmittel in der Industrie andere Fertigkeiten als nur handwerkliche benötig-

ne Bombe. Große Teile dieser Jugendlichen wollen eine Berufsausbildung. Die Zahl der Abiturienten, die bei den bestehenden schlechten Aussichten nicht studieren wollen, war noch nie so hoch (vor allem auch unter den Arbeiterkindern). Die vergrößerte Masse dieser Jugendlichen verdrängt in immer weiterem Umfang die Hauptschüler (insbesondere die Hauptschüler ohne Abschluß und die Sonderschüler). Die Verschärfung der Konkurrenz wird z.B. deutlich an dem Anteil der Berufe, wo höherer Schulabschluß als Hauptschule verlangt wird. Fast alle Berufe der Tabelle mit den 24 meistbelegten weisen einen Anteil von über 30 – 90% mit höherer Schulbildung aus. Nur Maurer, Tischler, Bäcker, Friseur oder Verkäufer können die

liegt eine aus der „auswegslosen Lage" entstehende Resignationsentwicklung unter Teilen der betroffenen Jugend nahe. Alles das ist in Ansätzen zu sehen und findet sich auch wieder in einer Zunahme von Tributzahlungen an die Lage, wie Alkoholismus, Drogensucht und Kriminalität.

Die Gefahr, daß sich diese Entwicklung beschleunigt und verbreitert, ist groß. Es nützt auch nicht, wenn in diesem Zusammenhang auf einen großen Teil der Jugend verwiesen wird, der nicht diesen schlechtesten Bedingungen unterworfen ist, sondern vielleicht noch eine Ausbildung erhält, eine Arbeit findet. Auch hier gibt es ja die Tendenz, den Widerspruch von Anspruch und Wirklichhkeit in Ausbildung und Beruf durch „Alternativen" und „Aussteigen" aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß zu lösen. Diese Lösung verschafft oft dem Individium eine bestimmte gesellschaftliche Freiheit und Befriedigung, sprengt aber eben nicht die gesellschaftlichen Schranken, die aus dem Ausbeutungsverhältnis herrühren. Eine glatte Lösung durch die Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt und im Bildungswesen ist jedenfalls nicht in Sicht, die den be-

Teilnehmer der Förderungslehrgänge und Übergänge in eine Berufsausbildung 1970/71 bis 1978/79

Jahr	Teilnehmer der Förderungslehrgänge insges.	Index	Übergang in eine Berufsausbildung abs.	Index	in % der Teilnehmer
70/71	3708	100	2815	100	75,9
71/72	4952	134	3512	125	70,9
72/73	6379	172	4299	153	67,4
73/74	7769	210	4609	164	59,3
74/75	10332	279	5558	197	53,8
75/76	14864	401	7328	260	49,3
76/77	15195	410	7185	255	47,3
77/78	14807	399	6895	245	46,6
78/79	12909	348	6348	226	49,2

Gesamtzahl der Ausbildungsverträge und der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zum Stichtag 31. Dezember nach Ausbildungsbereichen in Industrie u. Handel / Handwerk

Jahr	Insgesamt Insges.	Insgesamt Neu-abschl.*	Ind. u. Handel Insges.	Ind. u. Handel Neu-abschl.	Handwerk Insges.	Handwerk Neu-abschl.
1973	1331	499	694	226	465	153
1974	1331	450	665	218	487	156
1975	1329	462	634	218	505	164
1976	1316	483	611	223	510	179
1977	1397	558	644	256	556	210
1978	1517	595	692	280	615	225
1979	1645	656	748	322	676	239

Entwicklung der Ausbildungsvergütungen in der Druckindustrie von 1968 – 1979

Jahr	Facharbeitereckiohn	Mtl. Vergütung bei Beginn des Lehrverhältnisses vor Vollendung des 16. Lebensjahres in DM: 1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr
1968	193,96	111	147	182	221
1969	207,73	118	158	195	237
1970	234,18	133	178	220	267
1971	255,26	225	300	385	455
1972	274,40	247	329	423	499
1973	304,04	304	365	468	553
1974	338,40	338	406	521	616
1975	360,06	360	432	554	655
1976	381,66	382	458	588	695
1977	406,85	407	488	627	740
1978	427,19	427	512	658	777
1979	446,41	446	536	687	812

Bis 1970 waren die Vergütungssätze nach dem Alter bei Beginn des Ausbildungsverhältnisses gestaffelt.

Ausländische Jugendliche

Zeitpunkt	Ausländer ges.	ausl. Jugendl. u. 16 J. absolut	Prozent
1970	2 976 497	414 834	13,9
1973	3 966 200	639 751	16,1
1974	4 127 400	768 000	18,6
1975	4 089 600	866 625	21,2
1976	3 948 600	895 134	22,7
1977	3 948 278	930 099	23,6
1978	3 981 100	953 111	23,9

Die Ausbildungsvergütungen im 1. und 3. Ausbildungsjahr der 24 am stärksten besetzten Ausbildungsberufe

Rangfolge nach stärkster Besetzung	Rangfolge nach Ausbildungsvergütung	Kennziffer	Ausbildungsberuf	Ausbildungsbereich	1. Ausbildungsjahr, Ausbildungsvergütung in DM pro Monat	3. Ausbildungsjahr, Ausbildungsvergütung in DM pro Monat
11	01	6910	Bankkaufmann	IH	585	727
14	02	4410	Maurer	Hw	534	1049
4	03	7812	Industriekaufmann	IH	468	587
8	04	2730	Maschinenschlosser	IH	466	572
20	05	2910	Werkzeugmacher	IH	462	570 •
22	06	2740	Betriebsschlosser	IH	460	569
6	07	7810	Bürokaufmann	IH	454	606
24	08	0110	Landwirt	Lw	428	528
7	09	6811	Kaufmann i. Groß- u. Einzelhandel	IH	424	560
10	10	6812	Einzelhandelskaufmann	IH	415	578
2	11	6820	Verkäufer(in)	IH	415	–
15	12	8561	Arzthelferin	FB	415	–
1	13	2811	Kraftfahrzeugmechnaniker	Hw	411	519
19	14	4010	Fleischer	Hw	408	540
15	15	8562	Zahnarzthelferin	FB	405	525
16	16	2621	Gas- und Wasserinstallation	Hw	402	512
23	17	4110	Koch (Köchin)	IH	384	489
21	18	2710	Schlosser	Hw	368	488
9	19	6821	Verkäufer(in) i. Nahrungsmittelhandwerk	Hw	351	548
17	20	3911	Bäcker	Hw	340	550
12	21	5010	Tischler	Hw	333	451
5	22	3110	Elektroinstallateur	Hw	307	426
13	23	5110	Maler und Lackierer	Hw	300	475
3	24	9011	Friseur	Hw	195	284
	1-24		Insgesamt		405,4	552,4

Nochmals (nicht nur) zu den polnischen Plakaten

Zum Artikel in der KVZ 31

Dem Genossen fehlen „deutliche Bezüge auf die aktuellen Probleme Polens". Als wäre der Zweck der Ausstellung „Solidarität mit Solidarność". So wird man der 90jährigen Tradition international berühmter Plakate nicht gerecht, die gerade die Voraussetzung der Qualität von nicht gezeigten Arbeiten ist. Sowieso ist es eine enge Betrachtungsweise, das Kriterium politischer Aktualität bei der Kunstbewertung so hoch anzusetzen, vor allem, wenn politische Aktualität so vordergründig verstanden wird.

Das Plakat „24. Jahrestag des Warschauer Aufstandes" von Julian Palka (Kat. S. 109) ist 1968 entstanden und hochaktuell, finde ich. Eine vor dunklem Hintergrund kaum zu erkennende Frauengestalt hält ein weiß-rot glühendes Schwert waagrecht über den Kopf. Der fast schwarze Hintergrund wird über dem Schwert blau erhellt, darunter rot bis braun. Die suggestive Wirkung beruht auf der Schwerthaltung und dem Glühen, das der Betrachter empfindet. So wirkt das Schwert wie ein Fanal nationaler Selbstbestimmung. Oder das Plakat „A B C", 1971 von Maciej Urbaniec entworfen (Kat. S. 125), ein ausgezeichnetes Plakat gegen den Krieg. Die oberen ⅔ des Bildes nehmen drei braune, nach unten gerichtete Bomben ein, die jeweils mit A, B, und C beschriftet sind. Sie zielen auf mit Kinderhand hingekraakelte, verschiedenfarbige „a,b,c" im unteren Bilddrittel. Diese Idee erspart das Durchlesen länglicher Losungen im Plakat und regt zum Nachdenken an. Das nur als Beispiele.

Ein Mißverständnis in dem Artikel ist es, Einfachheit und Allgemeinverständlichkeit mit Plattheit und Propagandistentum gleichzusetzen („beschränkt die künstlerische Entwicklungsmöglichkeit"). Pure Propaganda vermeiden erfordert die Kunst, mit Hilfe von Metaphern, Symbolen, Allegorien eine Bildsprache zu entwickeln, die beim Betrachter die gewünschten Assoziationen auslöst, statt Kopfschmerz nach Holzhammerschlag. Eine gleichzeitig inhaltliche und formale Aufgabe. Ein guter Plakatemacher wird versuchen, den Inhalt möglichst eindeutig und verständlich darzustellen und deshalb losgelöste Effekthascherei vermeiden. Gerade das erfordert vielseitige künstlerische Entwicklung. Unbewiesen ist die Behauptung, die Entfaltungsmöglichkeiten der polnischen Grafiker seien wegen dem weitgehenden Fehlen von Kosumgüterwerbung reicher. Ein bißchen verklärte Ansicht von sozialistischer Reichhaltigkeit und kapitalistischer Armut. Vorher wird festgestellt, daß Fotoplakate in der Ausstellung ganz gering vertreten sind. Das ist zum Beispiel ein Medium, welches die kapitalistische Werbung perfektioniert hat und was nicht ihr Monopol zu sein braucht. Die reiche künstlerische Entfaltung scheint mir vor allem durch den traditionell regen Kulturaustausch möglich gewesen zu sein. Für die internationalen Plakatbiennalen in Warschau und Krakau werden neben polnischen jedesmal zahlreiche Grafiker aus den USA, BRD, DDR, Frankreich, England usw. eingeladen und auch offen, z.B. ohne politische Vorbehalte bewertet. Umgekehrt auch ziemliche Freizügigkeit.

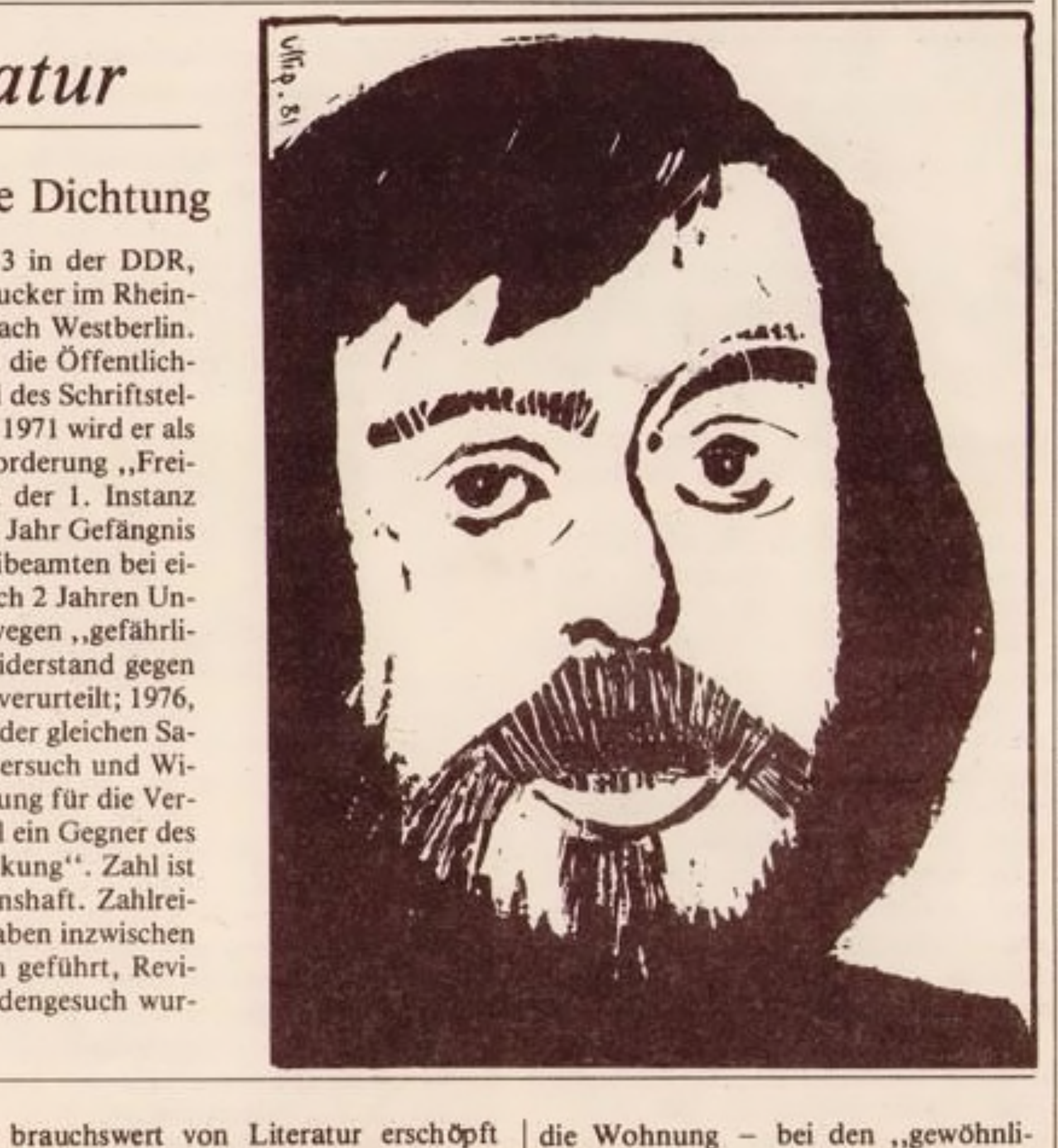
Es ist falsch, den Zweck der Werbung auf das Austragen kapitalistischer Konkurrenz zu reduzieren. Materielle Grundlage der Warenwerbung ist, daß sie Stockungen im Zirkulationsprozeß vermeiden hilft und so zur Entwicklung der Produktivkräfte beiträgt. Man kann kritisieren, daß sie im Kapitalismus zwecks Realisierung von Profit und Extraprofit angewandt und „verbessert" wird, und die Perversitäten, die dabei vorkommen, aber die Werbung ist ja nicht die Ursache der Misere. Ein Verbot von Zigaretten- und Alkoholwerbung u.ä. ist sinnvoll, aber auch in den Übergangsgesellschaften wird Werbung notwendig bleiben. Sozialistische Länder müssen sich dabei offensichtlich auch den Gepflogenheiten eines kapitalistischen Weltmarktes anpassen, siehe VR China. (Wobei mir noch nicht klar ist, ob ich eine Armbanduhr namens „Möve" lieber kaufe als eine „Timex").

F. Fischer, Bad Hersfeld

Ausbruchsliteratur

Peter-Paul Zahl und seine Dichtung

Peter-Paul Zahl, geboren 1944, bis 1953 in der DDR, Mittlere Reife, Ausbildung zum Offsetdrucker im Rheinland, 1964 als Militärdienstverweigerer nach Westberlin. 1965 tritt er zum erstemal mit Texten an die Öffentlichkeit, wird Mitglied der ,,Gruppe 61" und des Schriftstellerverbands in der IG Druck und Papier. 1971 wird er als Drucker eines 1. Mai-Plakates mit der Forderung ,,Freiheit für alle Gefangenen" angeklagt, in der 1. Instanz freigesprochen, in der 2. zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt. 1972 Schußwechsel mit Polizeibeamten bei einer Personenkontrolle in Düsseldorf. Nach 2 Jahren Untersuchungshaft wird Zahl in 1. Instanz wegen ,,gefährlicher Körperverletzung und schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt" zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt; 1976, nach Revision der Staatsanwaltschaft, in der gleichen Sache, diesmal wegen ,,zweifachem Mordversuch und Widerstand", zu 15 Jahren. In der Begründung für die Verschärfung der Strafe heißt es: ,,Weil Zahl ein Gegner des Staates ist und zur allgemeinen Abschreckung". Zahl ist seitdem eingesperrt, zeitweise in Isolationshaft. Zahlreiche Proteste aus dem In- und Ausland haben inzwischen zu Erleichterungen der Haftbedingungen geführt, Revisionsanträge und kürzlich auch ein Gnadengesuch wurden jedoch bisher abgelehnt.



bag./eup. Man lese zuerst den Lebenslauf von Peter-Paul Zahl (neben dem Bild). Kein Wunder, daß Gefangenschaft und Eingesperrtsein in der Zelle zentrale Themen im Werk dieses Dichters sind, der jedoch keineswegs erst im Gefängnis mit dem Schreiben angefangen hat, sondern Mitte der 60er Jahre: zur Zeit der CDU/SPD-Koalition. Gefangenschaft und das isolierte Dasein in der Zelle sind zentrales Thema der Gedichte Peter-Paul Zahls, ohne daß diese allerdings typische Knastliteratur wären; das hängt damit zusammen, daß *Gefängnis* stets als exemplarischer Ort der kapitalistischen Gesellschaft beschrieben wird, *Knast* ist somit für Zahl stets eine Metapher für die gesamtgesellschaftliche Wirklichkeit (und Unwirklichkeit). Seine Gedichte sind stets auch Reflex internationaler Bewegungen, und Zahl hofft, mit ihnen nicht nur in der BRD Impulse auszulösen.

Welche Vorstellungen Zahl über Funktion und Nutzen der Literatur (und der Schriftsteller) hat, läßt sich u.a. an jenem Gedicht ablesen, das am Anfang seines Gedichtbandes ,,*Schutzimpfung*" steht und das sich, wie bereits aus dem Titel hervorgeht, ,,*an die revolutionsdichter / an die revolutionären dichter*" wendet. Es handelt sich dabei um ein Gedicht des peruanischen Revolutionärs Hugo Blanco, das Zahl übersetzt hat, um es seinen eigenen Gedichten programmatisch voranzustellen. Die bildhafte Argumentation dieses Gedichtes für einen Gebrauchswert der Literatur für die Unterdrückten und Ausgebeuteten gipfelt in der Feststellung:

wir brauchen jene gefesselten /
gewöhnlichen dichter
jene dichter / die im auftrag schreiben
(...) für gewöhnliche menschen
oder den gewöhnlichen kampf.

Zahls Texte lassen erkennen, daß er einen solchen – keineswegs unproblematischen – ,,auftrag" angenommen hat, denn der ,,gewöhnliche kampf" der ,,gewöhnlichen menschen" ist hier nicht nur Objekt der Darstellung; indem Zahl sich nämlich Pablo Nerudas Auffassung von der ,,Dichtung als Aufstand" zu eigen macht, versucht er durch seine Schriften diesen ,,kampf" mitzukämpfen. Wenn Zahl 1976 vor Gericht bei den Angaben zur Person sagte: ,,ich bin (auch) Schriftsteller", so macht er damit deutlich, daß Schreiben für ihn wesentlicher Bestandteil der politischen Praxis ist.

Die von Zahl wiederholte und aktualisierte Forderung nach einem Gebrauchswert von Literatur erschöpft sich keinesfalls in der agitatorisch-aufklärerischen Tendenz seiner Gedichte. Der von Zahl angelegte Nützlichkeitsmaßstab orientiert sich nämlich nicht allein an Gebrauchswerten, die unmittelbar materielle Gewalt annehmen können im Feld praktisch-politischer Veränderungen, er umfaßt außerdem die Forderung, daß Literatur auch zu allseitiger Sensibilisierung zu gebrauchen sein müsse: ,,die öffentliche nützlichkeit // der dichter (beruht) auf kraft und zärtlichkeit // und auf freude // wie neruda sang". Zahl macht damit deutlich, daß die als notwendig angesehene soziale Revolution ohne die ,,Rückeroberung der Sinne" undenkbar ist. In Zahls Texten werden stets auch die Interessengruppen namhaft gemacht, die eine solche Sensibilisierung u.a. deshalb verhindern, weil sie sich über den Zusammenhang zwischen Sensibilisierung und gesellschaftlicher Veränderung völlig im klaren sind. Mit Gewalt versuchten sie das eine wie das andere zu verhindern. Mit Gewalt?

Immer wieder stellt Zahl dar, daß jene Gewalt, die die gleichen Interessengruppen Zahl und der APO-Generation zum Vorwurf machen, konstituierendes Element der Produktionsverhältnisse ist. So konstatiert Zahl z.B. in ,,*Schutzimpfung*", daß in den kapitalistischen Gesellschaften ein permanenter Bürgerkrieg im Gange sei, der durch die private Verfügung über die Produktionsmittel bedingt ist und in dem die Lohnabhängigen wie in jedem Krieg ein ständiges ,,Blutopfer" zu erbringen haben – beispielsweise bei Unfällen an Arbeitsplatz. Der so definierte Klassenkrieg bestimmt notwendig auch die (sogenannte) Freizeit und verseucht die (sogenannte) Privatsphäre; dies ist um so weniger erstaunlich, als der (Spiel-)Raum dieser Sphäre – die Wohnung – bei den ,,gewöhnlichen menschen", die von der Arbeit zermürbt sind, aus den Kategorien privater Profitmaximierung nicht ausgenommen ist. Zahl zeigt z.B. in seinem Gedicht ,,*märkisches viertel*", daß die riesigen Neubauslums die in Beton gegossene, strategisch geplante Fortsetzung jenes Bürgerkriegs sind, der am Arbeitsplatz stattfindet:

architektur:
fortsetzung des fließbands
mit anderen mitteln.

Zahl, der das Gefängnis als ,,kapitalistische Gesellschaft im kleinen" erfährt und beschreibt, macht auch in diesem Gedicht deutlich, daß die ganze Gesellschaft ein Gefängnis im großen sei; weiter heißt es über diesen Wohnkomplex in Westberlin:

50000 häftlinge
in einzel-/zweier-
und mehrmannzellen
hygienisch verpackt
(...) alle vier jahre:
freie wahl der wärter –

Dasselbe Motiv erscheint auch mehrmals in Zahls neuestem Buch, dem über 500 Seiten langen Roman ,,Die Glücklichen", in hübsch bunter Aufmachung im Rotbuch-Verlag erschienen. Stärker als bisher tritt hier gleichzeitig das Moment des Ausbruchs hervor, der Sprengung der Ketten, die Forderung nach Freiheit. Gekleidet in die vergnügliche Form des Schelmenromans spielen sich hier in etwa folgende Ereignisse ab:

Eine Diebesfamilie (Mama Hemmers und ihre drei Söhne) entwendet bei einem Einbruch neben Geld Dokumente über eine Bauspekulation im Berliner Stadtteil Kreuzberg und läßt die Sache durch Veröffentlichung auffliegen; einer der Söhne, Jörg, bringt die Fixerin und Prostituierte Ilona von der Nadel runter, und die Familie bildet sie fachmännisch zur Diebin aus; Jörg und Ilona ziehen aus Ilonas Wohnzelle in eine Kommune ein und erobern die Sinnlichkeit in vielerlei Formen zurück; ein Kind wird geboren; Mitglieder der Diebesfamilie, der Wohngemeinschaft und einer Stadtteilgruppe legen des weiteren einem Rauschgiftring das Handwerk, nehmen an Demonstrationen gegen den US-Imperialismus in Vietnam und Kampuchea teil, verhelfen einem schwarzen amerikanischen Soldaten zur Fahnenflucht nach Schweden, haben Umgang mit ,,die Unnennbaren" genannten Mitgliedern der Baader-Meinhof-Gruppe, veranstalten ein Stadtteilfest für deutsche und türkische Kreuzberger, schlagen sich fast in jedem Kapitel mit der Polizei herum, trennen sich, und am Ende vereinigt ein Teil der Familie sich auf mehr oder weniger abenteuerliche Weise in Fuerteventura (Kanarische Inseln) wieder, als Zwischenstation in die ,,Große Weite Welt".

Das Buch ist Ausbruchsliteratur, ist Aufstand gegen die Unterdrückung der Bedürfnisse durch entfremdete Arbeit, kapitalistische Architektur und Wohnungspolitik, durch kapitalistische Nahrungsmittelindustrie und bürgerliche Sexualmoral. Es ist eine Kampfschrift für die Befreiung der Sinne, des Kopfes, der produktiven Fähigkeiten. Im letzten Kapitel entschwebt der Held Jörg zusammen mit seiner und der Heldin Ilona Tochter, in einem Fesselballon, zu jenem Fuerteventura. Blauer Himmer mit Fesselballons (eine Wandmalerei auf einem Schulhof in Berlin-Kreuzberg) schmücken auch den Einband des Buches. Das wird phantastisch und doch realistisch dargestellt, denn Zahl ist klug genug, und das wird wohl auch dem Leser klar, daß dieser Ausbruch nicht mittels eines Ballons, mittels Entschwebens, mittels Eskapismus stattfinden kann.

Der Roman ist ein sehr konsequenter Aufstand, denn er ist gleichzeitig, als Kunstwerk, ein Beispiel für realisierte ästhetische Freiheit.

Zahl setzt dramatische, lyrische, erzählende Texte ein, auch behördliche Dokumente; sprachlich benutzt er Dialekte und Soziolekte (mit einem nützlichen Wörterbuch, ,,Findex", im Anhang) und jongliert mit unzähligen Anspielungen auf andere literarische Werke bzw. volkstümliche Redewendungen; häufig unterbricht er den Handlungsverlauf; er spielt mit der Erzählerperspektive, u.a. im Wechsel zwischen Männer- und Frauenrolle; witzig stellt er den allwissenden Erzähler des traditionellen bürgerlichen Romans in Frage, indem er z.B. in Kapitel 14 schreibt, wie die Heldin Ilona dem Autor widerspricht und sich selbständig macht.

In gewisser Weise erlebt der Leser dieses Romans ebenfalls eine Befreiung. Er wird zum Denken aktiviert, da werden gewohnte Normen gebrochen, da wird auch Widerspruch erregt. Die Kehrseite einer solchen wirklich vergnüglichen Erzählweise ist, daß man oft nicht weiß, woran man ist. Politisch gesehen vertritt der Roman den Spontaneismus und den Anarchismus und ist gleichzeitig eine Kritik an ihnen; er enthält Angriffe auf Auswüchse der ML-Bewegung der 70er Jahre in der BRD bzw. in Westberlin und versucht selbst eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse auf marxistischer Grundlage. Der Widerspruch hebt sich darin auf, daß der Roman genau mit diesen Widersprüchen realistisch und dialektisch und damit nützlich für uns ist.

,,Die Glücklichen" gibt im Untertitel die Gattungsbezeichnung ,,Schelmenroman" an. Der Schelmenroman entstand im 16. Jahrhundert in Spanien und thematisierte den Kampf von Vertretern des Volkes gegen die Obrigkeit. Der Schelm war dabei nie ein Vertreter der produzierenden Klassen, sondern immer ein Gauner, ein Lumpenproletarier. Deshalb darf man Zahl die lumpenproletarischen Helden der ,,Glücklichen" nicht vorwerfen. Das berühmteste Beispiel für den Schelmenroman in Deutschland ist Grimmelshausens ,,Simplicissimus" aus dem dreißigjährigen Krieg. Zahls Schelmenroman ist eine geglückte Fortsetzung dieser Tradition: Indem das Buch das alte Motiv fortführt, daß ein Schelm, ein Spitzbube, ein Lumpenproletarier gegen die Unterdrückung kämpft, aber gleichzeitig dieses Motiv weiterentwickelt, sozusagen auf den Stand der heutigen Klassenkämpfe bringt, indem aus dem vereinzelten Helden eine Gruppe gemacht und der Leser mit einbezogen wird und dadurch bei allem Subjektivismus und Anarchismus das Moment des Kollektiven und damit des Sozialismus auf den Plan tritt.

Peter Paul Zahl:
Die Glücklichen. Schelmenroman
Berlin (Rotbuch Verlag) 1980, (528 S., 28,00 DM)
Schutzimpfung. Gedichte
Berlin (Rotbuch 132), (64 S., 6,00 DM)
Alle Türen offen. Gedichte
Berlin (Rotbuch 178) (96 S., 8,00 DM)

Die jetzige Adresse des Dichters ist:
Peter-Paul Zahl
JVA Tegel
Seidelstraße 39, TA 1
1000 Berlin 27

Weitere Informationen können
eingeholt werden über:
Initiativgruppe P.-P. Zahl
c/o Verlag Neue Kritik
Myliusstraße 58
6000 Frankfurt/Main

cher Körperverletzung und schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt" zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt; 1976, nach Revision der Staatsanwaltschaft, in der gleichen Sache, diesmal wegen ,,zweifachem Mordversuch und Widerstand", zu 15 Jahren. In der Begründung für die Verschärfung der Strafe heißt es: ,,Weil Zahl ein Gegner des Staates ist und zur allgemeinen Abschreckung". Zahl ist seitdem eingesperrt, zeitweise in Isolationshaft. Zahlreiche Proteste aus dem In- und Ausland haben inzwischen zu Erleichterungen der Haftbedingungen geführt, Revisionsanträge und kürzlich auch ein Gnadengesuch wurden jedoch bisher abgelehnt.

für die gesamtgesellschaftliche Wirklichkeit (und Unwirklichkeit). Seine Gedichte sind stets auch Reflex internationaler Bewegungen, und Zahl hofft, mit ihnen nicht nur in der BRD Impulse auszulösen.

Welche Vorstellungen Zahl über Funktion und Nutzen der Literatur (und der Schriftsteller) hat, läßt sich u.a. an jenem Gedicht ablesen, das am Anfang seines Gedichtbandes ,,*Schutzimpfung*" steht und das sich, wie bereits aus dem Titel hervorgeht, ,,*an die revolutionsdichter / an die revolutionären dichter*" wendet. Es handelt sich dabei um ein Gedicht des peruanischen Revolutionärs Hugo Blanco, das Zahl übersetzt hat, um es seinen eigenen Gedichten programmatisch voranzustellen. Die bildhafte Argumentation dieses Gedichtes für einen Gebrauchswert der Literatur für die Unterdrückten und Ausgebeuteten gipfelt in der Feststellung:

brauchswert von Literatur erschöpft sich keinesfalls in der agitatorisch-aufklärerischen Tendenz seiner Gedichte. Der von Zahl angelegte Nützlichkeitsmaßstab orientiert sich nämlich nicht allein an Gebrauchswerten, die unmittelbar materielle Gewalt annehmen können im Feld praktisch-politischer Veränderungen, er umfaßt außerdem die Forderung, daß Literatur auch zu allseitiger Sensibilisierung zu gebrauchen sein müsse: ,,die öffentliche nützlichkeit // der dichter (beruht) auf kraft und zärtlichkeit // und auf freude // wie neruda sang". Zahl macht damit deutlich, daß die als notwendig angesehene soziale Revolution ohne die ,,Rückeroberung der Sinne" undenkbar ist. In Zahls Texten werden stets auch die Interessengruppen namhaft gemacht, die eine solche Sensibilisierung u.a. deshalb verhindern, weil sie sich über den Zusammenhang zwischen Sensibilisierung und gesellschaft-

die Wohnung – bei den ,,gewöhnlichen menschen", die von der Arbeit zermürbt sind, aus den Kategorien privater Profitmaximierung nicht ausgenommen ist. Zahl zeigt z.B. in seinem Gedicht ,,*märkisches viertel*", daß die riesigen Neubauslums die in Beton gegossene, strategisch geplante Fortsetzung jenes Bürgerkriegs sind, der am Arbeitsplatz stattfindet:

architektur:
fortsetzung des fließbands
mit anderen mitteln.

Zahl, der das Gefängnis als ,,kapitalistische Gesellschaft im kleinen" erfährt und beschreibt, macht auch in diesem Gedicht deutlich, daß die ganze Gesellschaft ein Gefängnis im großen sei; weiter heißt es über diesen Wohnkomplex in Westberlin:

Meinhof-Gruppe, veranstalten ein Stadtteilfest für deutsche und türkische Kreuzberger, schlagen sich fast in jedem Kapitel mit der Polizei herum, trennen sich, und am Ende vereinigt ein Teil der Familie sich auf mehr oder weniger abenteuerliche Weise in Fuerteventura (Kanarische Inseln) wieder, als Zwischenstation in die ,,Große Weite Welt".

Das Buch ist Ausbruchsliteratur, ist Aufstand gegen die Unterdrückung der Bedürfnisse durch entfremdete Arbeit, kapitalistische Architektur und Wohnungspolitik, durch kapitalistische Nahrungsmittelindustrie und bürgerliche Sexualmoral. Es ist eine Kampfschrift für die Befreiung der Sinne, des Kopfes, der produktiven Fähigkeiten. Im letzten Kapitel entschwebt der Held Jörg zusammen mit seiner und der Heldin Ilona Tochter, in einem Fesselballon, zu jenem Fuerteventura. Blauer Himmer mit Fesselballons (eine Wandmalerei auf einem Schulhof in Berlin-Kreuzberg) schmücken auch den Einband des Buches. Das wird phantastisch und doch realistisch dargestellt, denn Zahl ist klug genug, und das wird wohl auch dem Leser klar, daß dieser Ausbruch nicht mittels eines Ballons, mittels Entschwebens, mittels Eskapismus stattfinden kann.

Der Roman ist ein sehr konsequenter Aufstand, denn er ist gleichzeitig, als Kunstwerk, ein Beispiel für realisierte ästhetische Freiheit.

Vertretern des Volkes gegen die Obrigkeit. Der Schelm war dabei nie ein Vertreter der produzierenden Klassen, sondern immer ein Gauner, ein Lumpenproletarier. Deshalb darf man Zahl die lumpenproletarischen Helden der ,,Glücklichen" nicht vorwerfen. Das berühmteste Beispiel für den Schelmenroman in Deutschland ist Grimmelshausens ,,Simplicissimus" aus dem dreißigjährigen Krieg. Zahls Schelmenroman ist eine geglückte Fortsetzung dieser Tradition: Indem das Buch das alte Motiv fortführt, daß ein Schelm, ein Spitzbube, ein Lumpenproletarier gegen die Unterdrückung kämpft, aber gleichzeitig dieses Motiv weiterentwickelt, sozusagen auf den Stand der heutigen Klassenkämpfe bringt, indem aus dem vereinzelten Helden eine Gruppe gemacht und der Leser mit einbezogen wird und dadurch bei allem Subjektivismus und Anarchismus das Moment des Kollektiven und damit des Sozialismus auf den Plan tritt.

Peter Paul Zahl:
Die Glücklichen. Schelmenroman
Berlin (Rotbuch Verlag) 1980, (528 S., 28,00 DM)
Schutzimpfung. Gedichte
Berlin (Rotbuch 132), (64 S., 6,00 DM)
Alle Türen offen. Gedichte
Berlin (Rotbuch 178) (96 S., 8,00 DM)

Die jetzige Adresse des Dichters ist:
Peter-Paul Zahl
JVA Tegel
Seidelstraße 39, TA 1
1000 Berlin 27

Fernsehvorschau

,,Ich habe Angst"

Der Regisseur Damiani hat sich in seinem Spielfilm von 1977 wohl mit den innenpolitischen Verhältnissen in Italien auseinandergesetzt. Nach dem Fall der Loge ,,P 2" gewinnt der Film vor allem an Aktualität. Der Polizist Graziano soll einen römischen Richter vor Anschlägen schützen. Eine Verhinderung des Anschlags glückt ihm allerdings nicht. Dafür wird er in eine Verschwörung von Neofaschistischen verwickelt, die schon wichtige Schaltzentralen der Macht innerhalb des Staates kontrollieren. Letztlich muß Graziano selber um sein Leben fürchten.

Samstag, 15.8., 22.20 Uhr im ARD

,,Das Ultimatum"

Im Jahre 1981 droht der Dritte Weltkrieg wegen einer Gruppe von Sträflingen. So jedenfalls in Robert Aldrichs Film. Frisch ist ein neuer Präsident angetreten, und schon wird er von einer Gruppe von Sträflingen erpreßt, die, ausgebrochen aus dem Gefängnis, sich Zugang zu einer Raketenbasis unter Führung eines ehemaligen Brigadegenerals verschafft haben. – Ob das eine Persiflage auf Reagans Regierungsantritt und die Auseinandersetzung um Mittelstreckenraketen und Neutronenbombe ist, kann bezweifelt werden.

Sonntag, 16.8., 21.05 Uhr im ARD

,,Invasion"

ist ein Fernsehspiel über den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR am 21.8.1968. Der ,,Prager Frühling" wurde zerschlagen. Das Dokumentarspiel basiert auf dem Roman von Zdenek Mlynar, ,,Nachtfrost". Mlynar war ein enger Berater Dubceks und emigrierte 1977 nach Österreich. Der Kommentar wird vom Autor selber gesprochen.

Mittwoch, 19.8., 20.15 Uhr im ARD

,,Peter Gombas Lehr- und Wanderjahre"

Ein Fernsehspiel über jugendliche Ausländer, Jugendarbeitslosigkeit, Gefängnisfürsorge und -ausbildung und Abschiebemethoden des westdeutschen Staatsapparates. Der jugoslawische Autor hat sich in mehr oder weniger satirischer Form mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in Westdeutschland beschäftigt.

Donnerstag, 20.8., 22.05 Uhr im ZDF